

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



Alles außer Öl

Wie Betriebsräte den Wandel der Kunststoffbranche gestalten



Gut beraten

So macht die Stiftung Betriebe zukunftsfest



Hart aber herzlich

Wir machen die Fußball-EM möglich

DER NEWSLETTER VOM MAGAZIN



ERSCHEINT **6 X** IM JAHR

Das Magazin Mitbestimmung der Hans-Böckler-Stiftung

Reportagen und Berichte aus dem Alltag von Betriebs- und Aufsichtsräten, Beiträge aus Forschung und Gewerkschaften.

Jetzt abonnieren unter: <https://www.boeckler.de/de/116070.htm>



Foto: Jan Rathke

LIEBE LESER*INNEN,

Schwere Unwetter und Überflutungen haben erneut vielen Kolleg*innen vorübergehend oder dauerhaft ihr Zuhause entrissen. Man könnte denken, dass man den Klimawandel nun nicht mehr leugnen kann. Seit Jahren kämpfen Gewerkschaften dafür, das Ziel der Klimaneutralität mit sozialer Sicherheit zu verknüpfen. Doch mit dem Festhalten am Prinzip Schuldenbremse wurden nicht nur Beschäftigungssicherung und sozialer Zusammenhalt verspielt, nun droht auch das Ziel der Klimaneutralität in immer größere Ferne zu rücken.

Technisch, zeigt das vorliegende Heft, ist schon viel mehr möglich, um die Nutzung fossiler Rohstoffe einzuschränken. Die Gesellschaft ist allerdings tief gespalten in der Frage, wie viel Veränderung möglich, wie viel Veränderung nötig ist.

In den Betrieben wird der Wandel längst gestaltet. Wo Interessenvertretungen einbezogen werden – das wissen wir aus unserer Forschung –, erhöht dies die Akzeptanz für Veränderungen. Mit den vielfältigen Angeboten der Hans-Böckler-Stiftung an Forschung, Beratung und Qualifizierung wollen wir die Interessenvertretungen für diese Aufgabe stärken. Wir hoffen, dass auch dieses Heft wieder einiges an Anregungen hierfür liefert.

Herzlich grüßt Eure/Ihre

Claudia Bogedan,
Geschäftsführerin

claudia-bogedan@boeckler.de

Mein Lesetipp:

„Das muss raus in die Welt“
von Joachim F. Tornau
(S. 32 ff.).

IN DIESER AUSGABE ...



TITELTHEMA: KUNSTSTOFFE/KREISLAUFWIRTSCHAFT

10 Recyceln statt wegwerfen

Wie die Kunststoffindustrie Richtung Kreislaufwirtschaft umsteuert.
Von Kay Meiners, Fabienne Melzer, Andreas Molitor und Marius Ochs

18 Preiswert, nützlich, unvergänglich

Plastik ist ökonomisch und praktisch, aber ein Problemstoff.
Von Kay Meiners

26 Zwölf Schichten, damit der Käse nicht schwitzt

Die Arbeit bei den mittelständischen Recyclern ist kein Zuckerschlecken.
Von Andreas Schulte und Andreas Molitor

29 „Recycling ist der größte Hebel“

Christian Bonten erklärt, wie Plastik nachhaltiger wird, warum Bio-kunststoffe es schwer haben und wieso es nicht ohne Kohlenstoff geht.



ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

32 „Das muss raus in die Welt“

Eine neue Förderlinie der Hans-Böckler-Stiftung soll den sozial-ökologischen Wandel beschleunigen. Von Joachim F. Tornau

36 Aus dem Ruhrgebiet, aber richtig

Sarah Jansen, Aufsichtsrätin bei Procter & Gamble.
Von Fabienne Melzer

38 Raus aus der Schockstarre

Immer mehr Betriebe machen dicht – was gibt es da noch zu retten?
Von Andreas Molitor

41 Praxistipp

Gesundheitsschutz fängt mit Prävention an. Von Fabienne Melzer



POLITIK UND GESELLSCHAFT

42 Wir machen's möglich

Zehntausende Beschäftigte arbeiten rund um die Fußball-EM.
Von Stefan Scheytt

IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Meinungen

AUS DER STIFTUNG

48 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Kreislaufwirtschaft



54 EVENTS Termine, die sich lohnen

55 ZUR SACHE Amélie Sutterer-Kipping über die EU-Entgelttransparenzrichtlinie

MEDIEN

56 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

59 DAS POLITISCHE LIED Soolking: Liberté

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs



RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ

WAS
SONST NOCH
GESCHAH



Zivilisationsmüll

Jede Zivilisation hinterlässt ihre Spuren – die Archäologie weiß das. Wenn die Äcker frisch gepflügt und abgeregnet sind, kommt alles ans Licht: Feuersteinpeilschäfte aus der Steinzeit, Münzen von den Kelten bis zum Euro, Keramik aus dem Mittelalter, Plastikspritzen zur künstlichen Besamung von Schweinen. Für dieses Heft habe ich diesem Prozess ein paar Stücke entrissen und rund um den Baum vor dem Mietshaus, in dem ich wohne, Plastikmüll gesammelt. Drei Dutzend Teile, es dauerte nur ein paar Minuten. Die Inschriften des modernen Zivilisationsmülls lesen sich wie Auszüge aus den Wirtschaftsnachrichten. Ferrero ist dabei – mit einer Schokoriegel-Verpackung aus Papier, Metall- und Kunststoffolie. Lidl mit einer Plastikbänderole für Solevita-Orangensaft. Coca-Cola, Heineken und Reissdorf mit Kronkorken samt Kunststoffinlays. Marlboro mit Kippen, deren Filter aus Kunststoffvlies bestehen. Ein unbekannter Sekthersteller mit einem Korken aus Polyethylen. Dazu kommen viele Folien – Umverpackungen für Zigaretten oder Bonbons. Ich weiß, dass es anderswo auf der Welt viel schlimmer aussieht. Im Weltmaßstab sind unsere Städte ziemlich sauber. Aber es liegt wohl in der Natur des Menschen, Dinge anders, besser machen zu wollen. Darum machen wir dieses Heft.

Foto: Karsten Schöne



KAY MEINERS ist Redakteur des Magazins Mitbestimmung.



Endlich eine Stimme

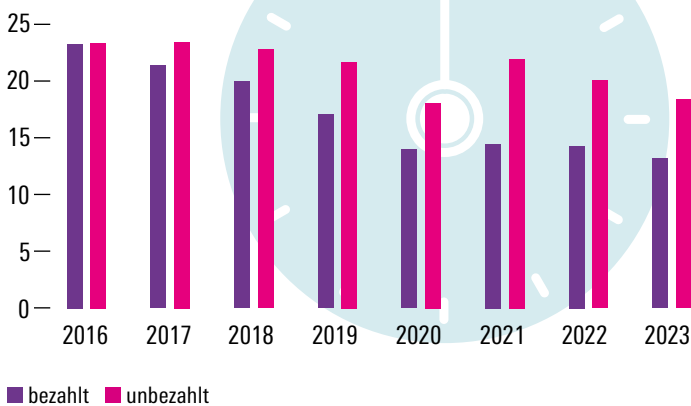
Wenige Tage vor der Wahl, in der die US-Gewerkschaft UAW erfolgreich die VW-Fabrik in Chattanooga organisiert, stellen sich US-Gewerkschaftsmitglieder gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der IG Metall für ein Foto auf. Mehrere frühere Anläufe, eine Belegschaftsvertretung zu schaffen, scheiterten an gewerkschaftsfeindlichen Kampagnen und juristischen Details. Die endlose Geschichte der Aus-

einandersetzungen fand nun ein glückliches Ende: In einer dreitägigen Wahl schenkten die Beschäftigten der UAW mit 73 Prozent Zustimmung ihr Vertrauen. Der Standort in Tennessee war lange die einzige VW-Fabrik in den USA ohne eine Belegschaftsvertretung. In den Werken des deutschen Autobauers Mercedes in Alabama kämpft die UAW derzeit noch für eine Belegschaftsvertretung. ■

ÜBERSTUNDEN

Beschäftigte arbeiten oft unbezahlt länger

Jährliche Überstunden pro Beschäftigtem im Schnitt



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2024

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK

Wenig aus Arbeitnehmersicht

Die Nachrichtensendungen, Talkshows und Magazine von ARD und ZDF widmen rund ein Fünftel ihrer Sendezeit wirtschaftspolitischen Fragen. Allerdings spielt die Arbeitnehmerperspektive in diesen Formaten kaum eine Rolle. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse von 3400 Programmstunden, die die Otto Brenner Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund gemeinsam veröffentlicht haben. Die Autoren Henrik Müller und Gerret von Nordheim zeigen sich insgesamt zwar überrascht von der Vielfalt an Formaten, doch die Bilanz der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsmagazine fällt ernüchternd aus: Die Arbeitswelt spielt in diesem Genre keine prägende Rolle, Tarifkonflikte oder Mitbestimmungsfragen kommen im Untersuchungszeitraum kaum vor. Häufiger nehmen die Beiträge eine Konsumentenperspektive ein. ■



EINE FRAGE, FRAU ZIMMER

Foto: Kay Herschelmann



Woran krankt der Galeria-Insolvenzplan?

Die Umfirmierung von Galeria in eine Unternehmensform ohne Aufsichtsrat, also ohne die unternehmerische Mitbestimmung der Beschäftigten, ist nicht der richtige Weg. Es wäre für einen Neuanfang wichtig, auf die Erfahrungen der langjährigen Beschäftigten zurückzugreifen. Sie sind seit Jahren direkt von den Folgen der Managementfehler betroffen, und sie sind es, die ihre Expertise gerne einbringen, um zu vermeiden, dass die gleichen Fehler jetzt wieder gemacht werden. Wir kritisieren außerdem die Pläne zur Sonntagsöffnung. Der arbeitsfreie Sonntag ist grundgesetzlich geschützt. Pläne, die Filialen einmal im Monat sonntags zu öffnen, sind aus unserer Sicht nicht gesetzeskonform. Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen nach drei Insolvenzen endlich Jobsicherheit sowie auskömmliche und Gute Arbeit – nicht Unsicherheit, Überlastung durch Sonntagsarbeit und ein Wiederholen der Fehler der letzten Jahre.

SILKE ZIMMER ist im Verdi-Bundesvorstand verantwortlich für den Handel.

69 Prozent

der Bundesbürger plädieren gegen eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters, wenn die Lebenserwartung der Bevölkerung weiter steigt. 25 Prozent sind für eine höhere Lebensarbeitszeit, ergab eine Befragung des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap im Auftrag der ARD. Unter Wählern der Grünen ist die Zustimmung zu einem späteren Renteneintritt mit 36 Prozent noch am größten. Bei Anhängern des Bündnisses Sahra Wagenknecht (18 Prozent) und der AfD (7 Prozent) findet die Idee die wenigsten Befürworter.

Quelle: infratest dimap, 2024

WISSEN SIE ...

... dass **Vollbeschäftigte ohne Tarifvertrag im Schnitt pro Jahr eine Woche länger arbeiten als vergleichbare Beschäftigte mit Tarifvertrag?** Und obwohl sie länger arbeiten, verdienen sie auch noch gut zehn Prozent weniger. Dies hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung anhand der Daten des IAB-Betriebspanels errechnet.

Malte Lübker/Thorsten Schulten: Tarifbindung in den Bundesländern: Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten. Analysen zur Tarifpolitik Nr. 103, Düsseldorf, April 2024

TARIFFLUCHT

„Tarifvertrag jetzt!“

Elf Warnstreiks in einem halben Jahr – und kein Ende in Sicht: Beim Bundesanzeiger Verlag in Köln kämpfen Betriebsrat, Beschäftigte und Verdi beharrlich für einen Haustarifvertrag, damit die 35-Stunden-Woche, 30 Tage Urlaubsanspruch sowie der Anspruch auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld endlich festgeschrieben werden. Doch der Verlag, eine Tochter der DuMont-Verlagsgruppe, die kürzlich die Druckerei des Kölner Stadt-Anzeigers geschlossen hat, verweigert strikt Tarifverhandlungen. An Geldnot liegt es nicht: Die 660 fest Beschäftigten erwirtschaften jährlich einen zweistelligen Millionengewinn; der Verlag ist DuMonts Cashcow. Für Verdi hat die Auseinandersetzung Symbolwert, denn der Verlag finanziert sich fast ausschließlich durch staatliche Aufträge vor allem aus den Bundesministerien für Justiz und Finanzen. Das Justizministerium ist auch Herausgeber des Bundesanzeigers. „Wir werden jetzt auch Bundesarbeitsminister Heil an sein Versprechen in Sachen Tarifreue erinnern“, kündigt der Betriebsratsvorsitzende Gerhard Treinen an. ■

Foto: Witich Roßmann



GREEN DEAL DER EU

„Mehr Geld, mehr Gehirnschmalz“

Eine Mehrheit der Industriebeschäftigten fordert angesichts der für den Green Deal der EU erforderlichen massiven Anstrengungen mehr Spielraum für staatliche Investitionen in den Umbau der Industrie. Das ergab eine bundesweite Umfrage unter rund 4000 Mitgliedern der IGBCE. Das Ziel des Green Deal, erster klimaneutraler Kontinent zu werden, halten 79 Prozent der Befragten derzeit für „eher unrealistisch“ oder „sehr unrealistisch“. „Wenn der Green Deal zum Erfolgsmodell werden soll“, kommentiert der Vorsitzende der IGBCE, Michael Vassiliadis, die Umfrageergebnisse, „dann muss die EU mehr Geld und Gehirnschmalz in die Weiterentwicklung der Industrie stecken.“ ■

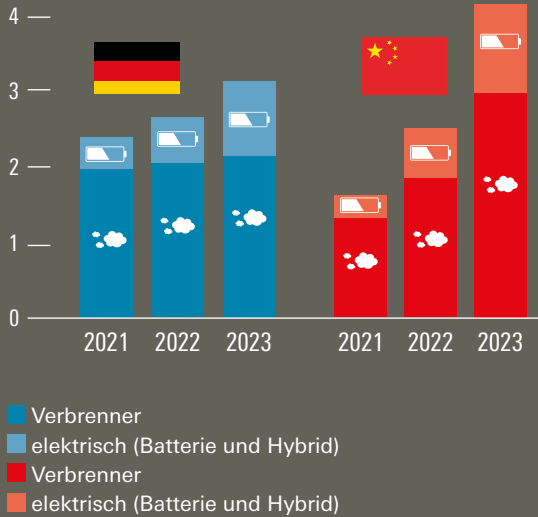
Wettlauf der Systeme

AUTOINDUSTRIE Deutschland kämpft um seinen Platz am Weltmarkt für Automobile. Sein Konkurrent China steigert die Produktionskapazitäten schneller und bringt mehr E-Autos auf die Straße.

Von Kay Meiners

Ungleiches Wachstum

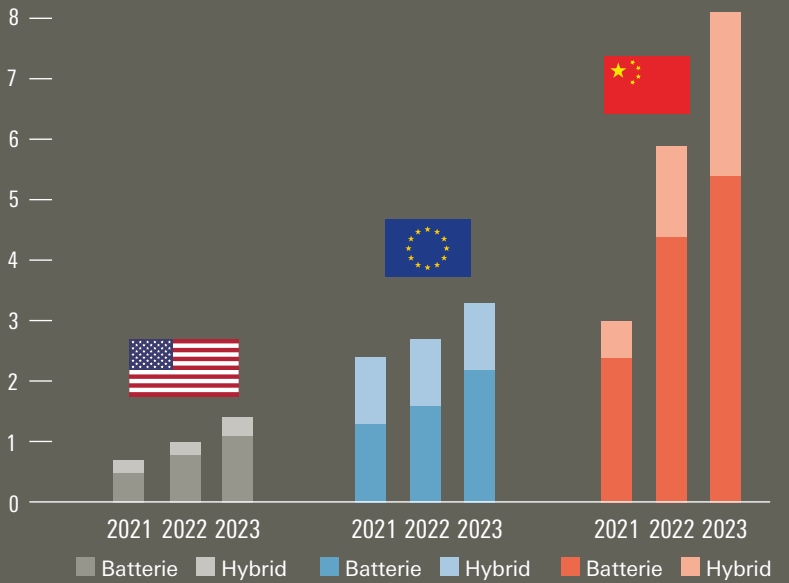
Deutsche und chinesische Autoexporte, Verbrenner und Elektrofahrzeuge, in Millionen



Quelle: VDA

China ist Leitmarkt fürs E-Auto

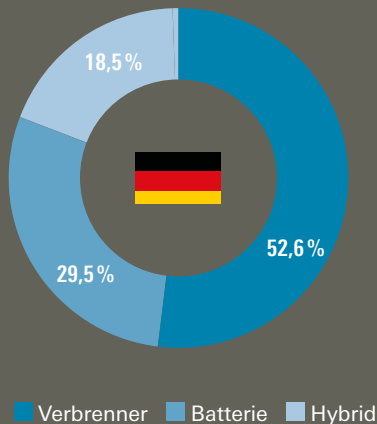
Zulassungen von Elektrofahrzeugen in den USA, Europa und China, getrennt nach Batterie- und Hybridfahrzeugen, in Millionen



Quelle: www.iea.org

Ähnlicher Mix, andere Größenordnung

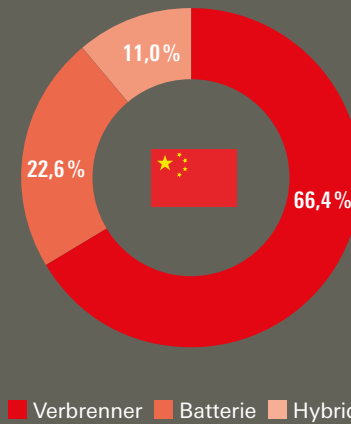
Zulassungen von PKW in Deutschland und China, 2023, prozentualer Anteil, nach Antriebsart



Gesamtzulassungen in Deutschland: **2,84 Millionen** Fahrzeuge



Gesamtzulassungen in China: **25,8 Millionen** Fahrzeuge



Hinweis: Die Statistik zählt Autos dort, wo sie produziert werden. So kommen rund 50 Prozent der Importe von Elektrofahrzeugen aus China von westlichen Marken, die selbst dort produzieren und nach Europa importieren.

Quelle: VDA/ China Passenger Car Association

PRO & CONTRA EIN THEMA, ZWEI MEINUNGEN

Soll die tägliche Höchstgrenze bei der Arbeitszeit fallen?

Foto: Büro Axel Knoerig MdB



Foto: Franziska Schäfer



JA.

Das bisherige Arbeitszeitgesetz bleibt hinter den Wünschen und technischen Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung vieler Beschäftigter zurück. Nicht zuletzt seit der Coronapandemie sind Homeoffice, mobiles Arbeiten und eine freie Einteilung der Arbeitszeit bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beliebt. Damit die Beschäftigten diese Möglichkeiten auch rechtlich ohne Bedenken wahrnehmen können, setzt sich die Union für eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ein – nicht aber für eine tägliche Höchstgrenze.

Klar ist, dass das Arbeitszeitgesetz als zentraler Baustein des deutschen Arbeitsschutzes dabei unangetastet bleibt und das wöchentliche Arbeitsvolumen nicht ausgeweitet wird. Auch in Zukunft wird die tägliche Höchstarbeitszeit über die geltenden Mindestruhezeiten definiert. Dennoch müssen wir dem Zeitgeist Rechnung tragen, indem Beschäftigten die Möglichkeit eingeräumt wird, die Einteilung ihrer Arbeitszeit im Wochenverlauf freier und flexibler zu gestalten.

Diese Option steht allerdings nicht allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im gleichen Maße offen, so viel Ehrlichkeit gehört dazu. Und auch für besonders gefahrgeneigte Berufe wollen wir passende Regelungen. Allen voran vertrauen wir den Sozialpartnern bei der auf spezifische Branchen, Berufe und Tätigkeiten ausgelegten, modernen Ausgestaltung der Arbeitszeit. ■

AXEL KNOERIG ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), des sozialpolitischen Flügels der CDU.

NEIN.

Eine Abschaffung des Achtstundentages ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Erstens sehe ich keinen Änderungsbedarf. Bereits heute kann die werktägliche Arbeitszeit auf bis zu zehn Stunden verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten im Durchschnitt acht Stunden Arbeitszeit werktäglich nicht überschritten werden. Außerdem sind weitere Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz durch Tarifvertrag oder in Betriebsvereinbarungen möglich, sofern der Tarifvertrag eine Regelung durch die Betriebsparteien ausdrücklich gestattet (Tarifvorbehalt). Zweitens ist die Abschaffung des Achtstundentages mit der Zielsetzung des Arbeitszeitgesetzes unvereinbar. Es ist ein Arbeitnehmerschutzgesetz, es schützt die Gesundheit von Beschäftigten. Arbeitsmedizinische Erkenntnisse belegen, dass lange Arbeitszeiten mit Gesundheitsbeeinträchtigungen einhergehen und das Risiko für Arbeitsunfälle ab der achten Arbeitsstunde exponentiell ansteigt.

Drittens droht der Effekt einer weiteren Verringerung der Erwerbsarbeit gerade bei Frauen, was dem Ziel der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie diametral entgegensteht. Die Vorhersehbarkeit und die Planbarkeit von Arbeitszeiten sind wichtige Schlüsselfaktoren für eine bessere Vereinbarkeit. In einem Modell, in dem die tägliche Arbeitszeit von acht Stunden regelmäßig überschritten wird, werden Betreuungskonflikte nicht gelöst, sondern verschärft. ■

AMÉLIE SUTTERER-KIPPING ist Referatsleiterin am Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht (HSI) der Hans-Böckler-Stiftung.



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de

RECYCELN STATT WEGWERFEN

KUNSTSTOFFE Die EU hat dem Plastikmüll den Kampf angesagt. Design und Herstellung von Kunststoffprodukten sollen umwelt- und recycling-freundlich werden. Ein schwieriges Unterfangen.

Von Kay Meiners, Fabienne Melzer, Andreas Molitor und Marius Ochs

Petra Kronen legt großen Wert darauf, welche Worte sie benutzt. Spricht sie von Covestro, dem Leverkusener Werkstoffhersteller, dessen Gesamtbetriebsrat sie leitet, käme ihr das Wort Plastik niemals über die Lippen. Stets spricht sie von Kunststoffen. Eigentlich bedeuten beide Worte das Gleiche. Aber Kunststoffe, das sind für sie hochwertige Werkstoffe, die vielfach einen besseren ökologischen Fußabdruck haben als Alternativen aus Metall

oder Glas. Plastik hingegen klingt billig und nach dem Müll der Wohlstandsgesellschaft. „Dieses Material hat auf Deponien, im Meer und erst recht in den Mägen von Fischen, Walen und Vögeln nichts zu suchen“, betont sie. „Dass wir als Gesellschaft dieses Problem bislang nicht gelöst haben, ärgert mich ungemein.“

Petra Kronens Berufsleben kreiste stets um Kunststoff. 1980 begann sie bei Bayer in Uerdingen als Chemielaborjungwerkerin. „Mein Blick





Foto: Getty Images

CO₂ zu Plastik: Mit einem neuen Verfahren werden bei Covestro in Dormagen aus Kohlendioxid und Propylenoxid Vorprodukte für Kunststoffe gewonnen.

auf Kunststoff war immer ein positiver“, sagt sie, egal ob als Chemiefachwerkerin in der Zentralen Forschung, als Vertrauensfrau oder, seit 1987, als Betriebsrätin. Seit 2016 führt sie den Gesamtbetriebsrat von Covestro. Kronen hat sich den optimistischen Grundton bewahrt. Allerdings sieht sie die Branche – und Covestro vorneweg – mitten in einem Paradigmenwechsel, forciert durch geschädigte Ökosysteme, drastisch gestiegene Energiekosten und eine immer schärfere

Regulierung durch die deutschen und europäischen Gesetzgeber.

In den letzten drei Jahren hat die EU den Kampf gegen die Plastikmüllflut verschärft. Unter anderem führte sie 2021 eine Plastikabgabe auf nicht-recycelte Kunststoffverpackungen ein, derzeit 80 Cent pro Kilo. Deutschland hat diese Abgabe bisher aus dem Staatshaushalt gezahlt. Ab 2025 sollen die Hersteller finanziell dafür geradestehen. All dies sind jedoch nur Vor- ►



Wir wollen enkelfähige Arbeitsplätze in unserer Industrie.“

PETRA KRONEN, Gesamtbetriebsratsvorsitzende Covestro, Leverkusen

► boten noch größerer Umwälzungen. Bis 2030 sollen alle auf dem EU-Binnenmarkt in Umlauf gebrachten Kunststoffverpackungen entweder wiederverwendbar sein oder recycelt werden können.

Nach den Plänen der EU soll ab 2030 zudem ein bestimmter Mindestanteil von recyceltem Plastik, im Fachjargon Rezyklat genannt, bei der Produktion von Kunststoffverpackungen verpflichtend sein – bei Verpackungen für Lebensmittel oder Arzneimittel aus PET beispielsweise 30 Prozent, ab 2040 dann 50 Prozent. Für PET-Flaschen gilt die 30-Prozent-Quote schon jetzt.

Viele Details sind allerdings noch nicht geklärt. So wird noch geforscht, ob Material aus chemischem Recycling für Lebensmittelverpackungen genutzt werden kann. Auch steht nicht fest, was am Ende einfach verboten wird.

Vision Kreislaufwirtschaft

Hersteller wie Covestro versuchen mit Vehemenz, vor die Welle zu kommen. Der Wandel zu einem vollständig auf eine abfallfreie Kreislaufwirtschaft ausgerichteten Hersteller bis zum Jahr 2050 ist dabei der Nordstern. Bis 2035 sollen die Covestro-Fabriken auf Basis erneuerbarer Energien klimaneutral wirtschaften.

Schon jetzt hat Covestro damit begonnen, seine Produkte so zu designen, dass sie nach dem Ende ihrer Lebensdauer besser sammel- und re-

cyclingfähig sind. Der Hersteller will einen geschlossenen Kreislauf für Kunststoffteile in der Automobilindustrie aufbauen, damit beispielsweise ein Kühlergrill aus Covestro-Kunststoff nicht auf dem Müll landet oder zu einer Parkbank wird, sondern wieder zu einem Kühlergrill. Auf der Fachmesse Chinaplas in Schanghai präsentierte der Konzern kürzlich ein durch chemisches Recycling gewonnenes Polycarbonat. Kunststoffabfälle aus Haushalten werden dabei chemisch komplett in ihre Bestandteile zerlegt – und anschließend wieder zu hochreinem Material zusammengesetzt.

In Leverkusen ging kürzlich eine Pilotanlage zur Produktion von Anilin aus pflanzlicher Biomasse statt aus Erdöl in Betrieb. Den Klimakiller CO₂ wollen die Covestro-Ingenieure als Ausgangsmaterial für neue Kunststoffe nutzen und Polyurethan-Schaumstoff chemisch recyceln, sodass sich Matratzen herstellen lassen, deren Schaumstoff die gleiche Qualität hat wie Neeware aus Erdöl. Diese und weitere Innovationen „sind das, was die Standorte in Deutschland so besonders macht“, sagt Irena Küstner, Betriebsratsvorsitzende im Leverkusener Covestro-Werk.

Der Betriebsrat hat die Metamorphose des Unternehmens von Anfang an mit vorangetrieben. Für die Konzernbetriebsratschefin Petra Kronen ist sie der Schlüssel zur Überlebensfähigkeit. Die Ausrichtung auf Kreislaufwirtschaft

Continental-Konzernbetriebsrat Hasan Allak: „Die Beschäftigung nimmt etwas ab, gleichzeitig entstehen höherwertige Jobs.“



sei kein „Nice-to-have“, sondern eine absolute Notwendigkeit: „Wir wollen enklaffähige Arbeitsplätze in unserer Industrie, und das ist die richtige Strategie dafür.“ Was sie sich wünscht, wäre etwas mehr Unterstützung, eine stärkere Pro-Industrie-Haltung – auch bei manchen Politikern. Man müsse sich schon entscheiden: „Will man Industrien wie unsere in Deutschland halten – oder lässt man zu, dass sie sich Standorte mit lascheren Umweltstandards suchen? Und hilft das dann dem Weltklima?“

Colaflaschen im Autoreifen?

Das gilt allerdings nicht nur für die Kunststoffhersteller, sondern genauso für Hunderte von Unternehmen, die in der Produktion oder bei der Verpackung ihrer Erzeugnisse auf Kunststoff angewiesen sind.

Zum Beispiel für Hersteller von Autoreifen. Die Pneu sind komplexe Produkte aus bis zu 100 Zutaten: Naturkautschuk, Stahl, aber auch diverse Kunststoffe. Alles soll nachhaltig werden,

doch das dauert. Der deutsche Hersteller Continental will den Anteil nachwachsender oder wiederverwertbarer Materialien bis zum Jahr 2050 von heute 15 bis 20 Prozent auf 100 Prozent steigern. „Naturkautschuk durch Löwenzahn zu ersetzen, ist uns schon gelungen, und wir haben bereits Reifen daraus produziert“, sagt der Konzernbetriebsratsvorsitzende Hasan Allak. Aber auch die Kunststoffe – als Rohstoff oder in der Verarbeitung – stehen im Fokus. In Zukunft soll hochwertiges Polyestergarn aus alten PET-Flaschen gewonnen, Altreifen weitgehend wieder in ihre Bestandteile zerlegt werden.

„Bei der technischen Entwicklung in Sachen Nachhaltigkeit sitzen wir, wenn ich das mit einem Auto vergleiche, nicht am Steuer, aber immerhin auf der Rückbank“, sagt Hasan Allak. Über den Wirtschaftsausschuss ist der Betriebsrat stets über etwaige Folgen für die Beschäftigung informiert. Tendenz bisher: „Die Beschäftigung nimmt etwas ab, gleichzeitig entstehen höher qualifizierte Jobs.“ Als Arbeitnehmervertre- ▶



Foto: Continental/Sascha Schuermann

Reifenproduktion bei Continental: Alle Zutaten sollen bis zum Jahr 2050 nachhaltig sein, auch die Kunststoffe.



Ralf Stahl, Betriebsratsvorsitzender beim Folienhersteller Kuraray in Troisdorf. Erst die Folien im Verbund mit Glas machen Fenster stabil für moderne Architektur wie die Kuppel des Berliner Reichstagsgebäudes.

► ter sitzt Allak auch in einem Nachhaltigkeitskreis des Aufsichtsrates, der die Etappenziele überwacht und dessen Berichte mit darüber entscheidet, ob die Vorstände ihre Nachhaltigkeitsboni erhalten oder nicht. Auch die Mitarbeiterzufriedenheit fließt in die Nachhaltigkeitsberichte ein.

Alleskönner hinter Glas

Kuraray in Troisdorf bei Köln ist einer der weltweit führenden Hersteller von Folien für Verbundglas. Ohne Kunststoff wären Konstrukte wie die Kuppel des Berliner Reichstagsgebäudes, das Geländer des Grand Canyon Skywalk oder die Glasgondeln des London Eye nicht möglich. Erst wenn Glasscheiben mit Folien aus Kunststoff zu einem Sandwich verschmelzen, dämmen sie Lärm, lassen Glas farbig scheinen oder sogar leuchten und erhalten letztendlich die Stabilität, wie sie die moderne Architektur mit großen Glasflächen benötigt. Für die Kreislaufwirtschaft sind solche Verbundstoffe allerdings eine harte Nuss.

Ralf Stahl, Betriebsratsvorsitzender bei Kuraray in Troisdorf und wie Petra Kronen, Irena Küstner und Hasan Allak IGBC-Mitglied, ist sich des Problems bewusst: „Wir wissen, dass Recycling wichtig ist, aber wir wissen noch nicht, wo es hingehet.“ Viele Ideen haben einen Haken: Fenster aus reinem Kunststoff seien nicht so kratzfest wie Glas, werden irgendwann blind und seien nicht so stabil wie der Verbund. Ein mechanisches Recycling, bei dem das Glas von den Folien geklopft würde, sei auch keine Lösung. „Die Folien wären so mit Staub und Splintern verunreinigt, dass wir sie nicht mehr verarbeiten könnten“, sagt der Betriebsrat.

In der Forschung und der Prozesstechnologie von Kuraray haben diese Fragen immerhin für neue Arbeitsplätze gesorgt. In der Produktion in Troisdorf wird teils unter Reinraumbedingungen gearbeitet. Autonome Gabelstapler bringen die Säcke mit dem weißen Kunststoffpulver zu den Füllstationen. Von dort kommt das Pulver in eine Art Fleischwolf, in dem zwei Schnecken die Zutaten zu einer Masse verarbeiten. Sie wird erhitzt und zu feinen, weißen Bahnen gezogen. Schmale Streifen Folie ziehen an den Seiten der Maschine nach oben, verschwinden. Das überschüssige Material wird

zerhäckelt und mit frischem Rohstoff zur nächsten Folie vermengt.

So werden Kunststoffabfälle in der Produktion direkt wiederverwertet. „Wir haben uns schon immer um Recycling gekümmert“, sagt Stahl. 2014 kaufte der japanische Mutterkonzern dazu ein Werk in Tschechien. Dort werden die Reste, die beim Zuschnitt einer Windschutzscheibe, eines Sicherheitsglases oder eines Schau Fensters anfallen, wieder zu Folien verarbeitet.

Früher waren Folien aus recyceltem Kunststoff bei den Kunden eher zweite Wahl. Inzwischen, stellt Ralf Stahl fest, lässt sich mit ihnen sogar Geld verdienen. Die Kunden interessieren sich dafür auch, weil Recyclingprodukte einen besseren CO₂-Fußabdruck haben.

Verpackungen – ein Sorgenkind

Peter Bunselmeyer philosophiert nicht so gern öffentlich darüber, ob in Kunststoffolie verpackte Salamischeiben eine besondere kulturelle Er rungenschaft sind oder doch eher ein Umweltproblem. Dem Betriebsratsvorsitzenden beim Lebensmittelproduzenten Franz Wiltmann geht es um das Wohl und vor allem die Arbeitsplätze von 800 Menschen, die bei dem im ostwestfälischen Vermold-Peckeloh beheimateten Spezialisten für Schinken und Wurst beschäftigt sind. „Würden wir unsere Wurst nicht mehr in diesen Verpackungen anbieten, hätte diese Firma vermutlich kaum genügend Arbeit für 200 Leute“, sagt Bunselmeyer, ganz Realist. Kunden und Supermarktketten lieben Aufschnitt in Kunststoffverpackungen. Bei Wiltmann sind sie rund und frühstückstellergroß, wurden von dem Künstler Otmar Alt 1997 designt und heißen etwas schö n fä rberisch „Genießerteller“.

Sein Betriebsratskollege Peter Hillesheim vom Hertener Aufschnittspezialisten Herta – ebenfalls in der NGG – sieht es ähnlich: „Wir brauchen diese Mischkunststoffe, weil wir nur so die hohe Qualität sicherstellen können.“ Nach einer Woche müsse der Schinken noch genauso frisch sein wie nach dem ersten Öffnen der Verpackung – alles andere akzeptiert der Kunde nicht.

Bei den Recyclingfirmen sind Verpackungen wie der Genießerteller gar nicht gern gesehen. Die miteinander verschweißten Folien aus ►

► mehreren Sorten Kunststoff lassen sich kaum sortenrein voneinander trennen und enden meist in der Müllverbrennungsanlage. Wiltmann und Herta gehen das Problem seit einiger Zeit an. Dünnere Folien reduzieren zumindest das Müllaufkommen. Bei Wiltmann steht demnächst die Umstellung auf eine Folie an, die nur aus einer Plastiksorte besteht und sich komplett recyceln lässt. Herta setzt neuerdings verstärkt recyceltes Plastik ein. Doch die Sache ist kompliziert, schließlich muss die Verpackung dicht bleiben und die Wurst frisch.

Genauso ist es bei Käsescheiben. „Der Käse braucht eine Schutzatmosphäre, die Verpackung muss also eine Gasbarriere erhalten“, erklärt Martin Kraus, beim Allgäuer Käsehersteller Hochland zuständig für die Verpackungen der Zukunft. „Und das funktioniert so ohne Weiteres nicht mit einer einzigen Kunststoffschicht.“ Kraus hat beim Hochland-Bestseller Grünländer, einem Scheibenkäse, dessen Verpackung bisher hauptsächlich aus einem Gemisch aus zwei Kunststoffen bestand, auf ein Hauptmaterial umgestellt und benutzt jetzt auch für die Deckfolie ein recyclingfreundlicheres Design.

Dazu waren allerdings umfangreiche Umrüstungen und Tests notwendig. All dies kostet Geld. Betriebsrätin Sabine Wagner ist froh, dass es eine Arbeitsteilung gibt und sie sich nicht auch noch um Verpackungen kümmern muss. Die Beschäftigten tragen den Kurs Richtung Nachhaltigkeit mit, weil er langfristig die Jobs sichert. „Auch privat ist mir die Mülltrennung wichtig, aber manchmal würde ich mir noch mehr Hinweise für die richtige Entsorgung von den Herstellern wünschen“, sagt sie.

Bei Wiltmann ist der Betriebsrat über den Wirtschaftsausschuss in puncto Verpackungen zwar immer auf dem neuesten Stand. „Aber Druck machen müssen wir gar nicht“, sagt Peter Bunselmeyer, der auch NGG-Regionvorsitzender in Ostwestfalen-Lippe ist. „Unsere Führungskräfte sind in puncto Nachhaltigkeit voll am Ball, die treiben die Sache voran. Wir haben da sehr gute Leute, die sich darum kümmern, dass wir das in Zukunft noch besser hinkriegen.“

Alles in einer Hand

Die Schwarz-Gruppe ist vor allem im Lebensmitteleinzelhandel mit ihren Supermarktketten Lidl und Kaufland ein Begriff. Was kaum jemand weiß: Die Firmengruppe mischt seit einigen Jahren auch im Müllgeschäft mit. Unter dem Namen Prezero betreibt sie inzwischen das zweitgrößte Entsorgungsunternehmen in Deutschland.

Die Mischung aus Lebensmitteleinzelhandel und Müllentsorgung, -trennung und -recycling ist hierzulande einmalig. Das Unternehmen spricht vom Bestreben, in der eigenen Gruppe eine Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Das Ziel heißt Zero Waste: Vermeidbare Abfälle sollen auf null reduziert und alles andere in einem ewigen Kreislauf wiederverwertet werden.

Dabei hat das Unternehmen nach eigenen Angaben sein ursprüngliches Ziel, bis 2025 im Vergleich zu 2017 20 Prozent weniger Plastik in den Eigenmarken einzusetzen, bereits übererfüllt und deshalb auf 30 Prozent nach oben geschraubt. Laut Unternehmen konnte der Plastikanteil in Eigenmarkenverpackungen von Lidl und Kaufland im Durchschnitt aller Länder im Vergleich zu 2017 um 28 Prozent gesenkt werden. Bei 53 Prozent der Eigenmarken habe die Verpackung inzwischen maximale Recycling-

Foto: Kai-Uwe Knoth



Betriebsrat Bunselmeyer: Kunden lieben Aufschnitt in Kunststoffverpackungen.

”

Wenn man sich die Anti-Plastikmüll-Strategie der EU anschaut, ist die Schwarz-Gruppe mit Prezero ideal aufgestellt.“

KATRIN BÜTTNER-HOPPE, beim Verdi-Bundesvorstand für Abfallwirtschaft zuständig

fähigkeit erreicht, und bei der Herstellung machen Rezyklate im Durchschnitt 17 Prozent aus. Im Müll steckt Geld. Je schwieriger der Zugang zu Rohstoffen, desto wertvoller werden Abfälle. Katrin Büttner-Hoppe, im Verdi-Bundesvorstand verantwortlich für die Abfallwirtschaft, sieht im Kalkül der Schwarz-Gruppe ein Zukunftsmodell. „Wenn man sich die Anti-Plastikmüll-Strategie der EU anschaut, ist die Schwarz-Gruppe mit Prezero ideal aufgestellt.“

Zukünftig könnten Supermarktkunden beim Einkauf nicht nur Plastikverpackungen und den alten Föhn entsorgen, sondern bei der Sammelstelle neben dem Parkplatz auch gleich ihren alten Bürostuhl abgeben. Praktischer geht es kaum. Für die Unternehmen der Schwarz-Gruppe könnte es sich gleich mehrfach lohnen. Mit dem Sammeln von Plastikabfällen lässt sich bisher, anders als mit dem Sortieren und Recyceln, kein Geld verdienen. Praktisch, wenn das bei Lidl und Kaufland künftig die Kunden übernehmen. Gleichzeitig kann das Unternehmen große Mengen Wertstoffe horten und damit deren Preis mitbestimmen. Katrin Büttner-Hoppe sieht noch einen anderen Pluspunkt: „Wenn Lidl und Kaufland ihre Verpackungen selbst entsorgen, müssen sie keine Plastiksteuer zahlen und haben damit einen großen Vorteil gegenüber Wettbewerbern.“

Auch aus Mitbestimmungssicht ist Prezero gut aufgestellt. Das Unternehmen ist tarifgebunden und hat einen Betriebsrat. Verdi-Mitglied und Konzernbetriebsratsvorsitzender Boris Jehn

beschreibt die Bedingungen bei Prezero als vergleichsweise gut in der Branche. „Die Entsorgungswirtschaft ist ein hart umkämpfter Markt“, sagt er. „Viele Mitbewerber zahlen keinen Tarif.“

Noch sind die Supermarktketten der Schwarz-Gruppe von einer echten Kreislaufwirtschaft weit entfernt – trotz aller Fortschritte. „Natürlich steckt da im Moment noch viel Greenwashing drin“, sagt die Verdi-Fachfrau Katrin Büttner-Hoppe. „Aber mit Prezero eröffnet sich immerhin die Chance, im Lebensmitteleinzelhandel erstmals eine Zero-Waste-Strategie aufzubauen.“ ■

Prezero-Betriebsrat
Boris Jehn: Das
Unternehmen ist
tarifgebunden.

Foto: Ugur Yigit



Preiswert, nützlich, unvergänglich

WERKSTOFFE Wir verwenden sie täglich und träumen heimlich von einer Welt ohne sie. Doch Kunststoffe werden nicht mehr verschwinden. Gerade deswegen muss sich unser Umgang mit ihnen ändern.

Von **Kay Meiners** – Illustrationen **Anton Delchmann**

Die fingerdicken Stäbchen aus dunklem Kunstharz sehen ein wenig aus wie Bonbonmasse, sind aber hart. Die Form und ihr halbkugeliges Ende verdanken sie den Reagenzglasern, in denen das Harz einst aushärtete. Reindert Groot aus Amsterdam, ein Sammler und Chronist des Plastikzeitalters, zählt die Materialprobe zu seinem wertvollsten Besitz. „Diese Stäbchen sind das älteste vollsynthetische Polymer der Welt“, sagt er, Kunststoff aus dem Jahr 1907. Groot hat die Probe in den USA aufgetrieben. Sie befand sich nach einem Jahrhundert noch bei einem Urenkel des belgisch-amerikanischen Chemikers Leo Baekeland, der die Masse einst in seinem Privatlabor in Yonkers im Bundesstaat New York aus Phenol und Formaldehyd zusammenkochte. „Später einmal soll sie in einem belgischen Museum zu sehen sein“, sagt Groot.

Das Kunstharz war eine Erfindung, die die Welt veränderte. Baekeland benannte sie nach sich selbst: Bakelit. In sein Tagebuch schrieb er: „Wenn ich mich nicht sehr täusche, wird sich diese Erfindung in der Zukunft als wichtig erweisen.“ Baekeland lieferte der Industrie einen neuen Werkstoff, ein gemahlenes Pulver, das in Pressformen aus Stahl unter Hitze und Druck zu jedem gewünschten Gegenstand erstarrte: zu Radiogehäusen, Munitionsdosen, Trinkbechern. In den vergangenen 100 Jahren sind unzählige neue

Kunststoffe dazugekommen, haben das Bakelit, das spröde war und nur in gedeckten Farben hergestellt werden konnte, längst aus den Haushalten verdrängt.

Preiswert und nützlich

Was macht Kunststoffe so erfolgreich? „Es ist zunächst ganz einfach der Preis, der den Erfolg der Kunststoffe ausmacht“, sagt Rainer Dahlmann, Wissenschaftlicher Direktor Kreislaufwirtschaft am Institut für Kunststoffverarbeitung (IKV) in Industrie und Handwerk an der RWTH Aachen. Das Material, sagt Dahlmann, könne zudem bei relativ niedrigen Temperaturen geformt werden und in einem Schritt zu komplex funktionalen Produkten verarbeitet werden.

Die technikbegeisterten Generationen der 1930er bis 1960er Jahre feierten die Kunststoffe als Werkstoffe der Zukunft, die man nicht mehr der Natur entnahm, sondern nach Maß aus den Grundbausteinen des chemischen Periodensystems zusammensetzte. Kunststoffe verdrängten andere Werkstoffe wie Glas, Metall oder Keramik, die teurer und schwerer zu bearbeiten waren. Sie erwiesen sich als unglaublich wandelbar. In seinem Buch „Mythen des Alltags“ von 1957 beschrieb der französische Kulturkritiker Roland Barthes das Plastik als eine „alchemistische Substanz“ der Moderne, die jede erdenkliche Form annehmen könne – vom Juwel bis zum Plastik-

Im Supermarkt sind fast alle Waren in Plastik eingepackt. Die Transport- und Verkaufsverpackungen werden im Haushalt zu Müll – oder zum Rohstoff, der recycelt wird.

eimer. Es war eine zwiespältige Liebeserklärung, denn schon damals zeichnete sich ab, dass die neue Welt voller nützlicher, billiger, aber auch banaler Gegenstände Traum und Albtraum zugleich war.

Neben neuen Konsumartikeln, teilweise in spektakulären Designs, tauchten seit den 1960er und 1970er Jahren immer mehr Wegwerfprodukte und Einwegverpackungen auf. Erst die Energiekrisen der 1970er Jahre und die aufkommende Ökologiebewegung setzten Fragezeichen hinter diesen globalen Plastikboom. Mit Juteaschen aus Bangladesch und dem Slogan „Jute statt Plastik“ schuf die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (GEPA) 1978 ein Produkt, das zum Symbol des Unbehagens mit der Plastikkultur wurde.

Global steigt die Kunststoffproduktion weiterhin an. RWTH-Experte Dahlmann schätzt die Zahl der Polymer-Familien auf rund 150, die Zahl der Handelsprodukte geht in die Zehntausende. „Denken Sie nicht, Polyethylen sei gleich Polyethylen“, sagt er. „Je nach Länge der Molekülketten werden dem Material ganz unterschiedliche Eigenschaften verschafft. Ein Kunststoffank braucht andere Eigenschaften als eine Plastiktüte.“ Dazu komme eine riesige Vielfalt an Modifikationen durch Additive als Weichmacher, Farbstoff oder UV-Schutz – oder durch Füll- und Verstärkungsstoffe. „Die Vielseitigkeit ►

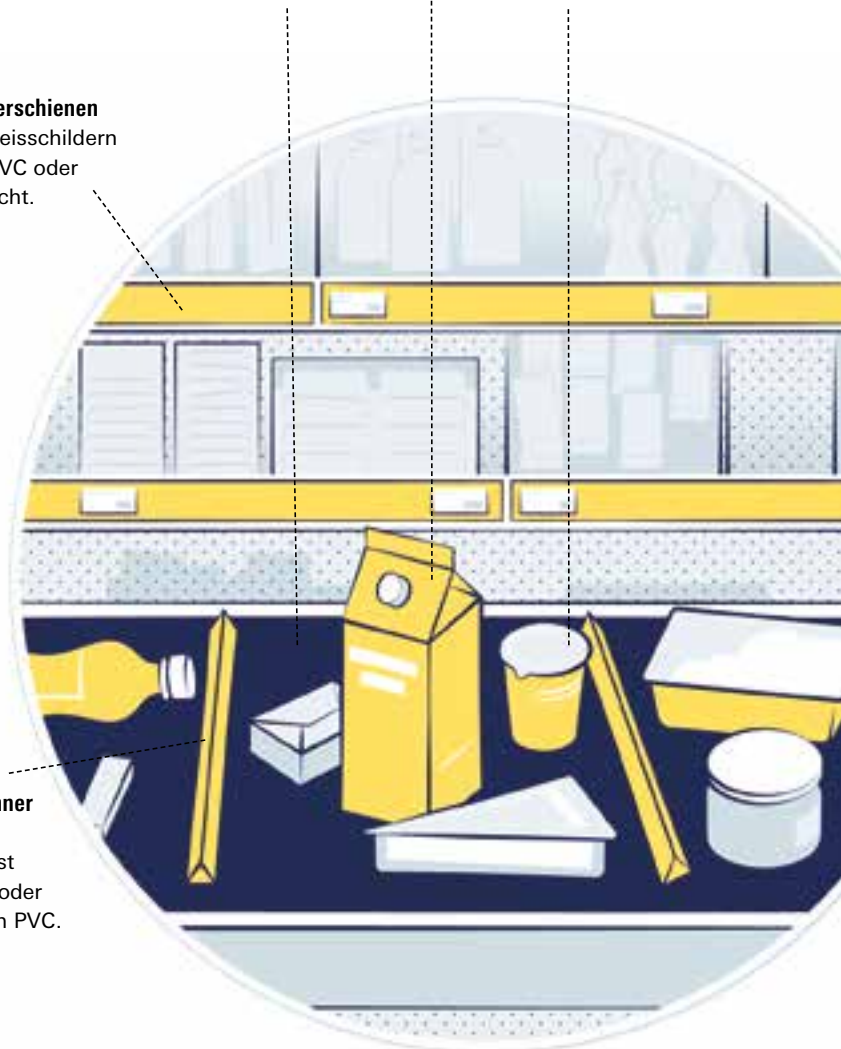
Das **Transportband** besteht aus künstlichem Kautschuk. Er ist beständiger gegen Abrieb, Fett, Öl oder Hitze als Naturkautschuk.

Die **Milchtüte** besteht aus einem Verbundmaterial aus Pappe, PE und Alufolie.

Der **Joghurtbecher** besteht aus PS oder PP, der Deckel aber aus Metall.

Die **Scannerschienen** mit den Preisschildern sind aus PVC oder PET gemacht.

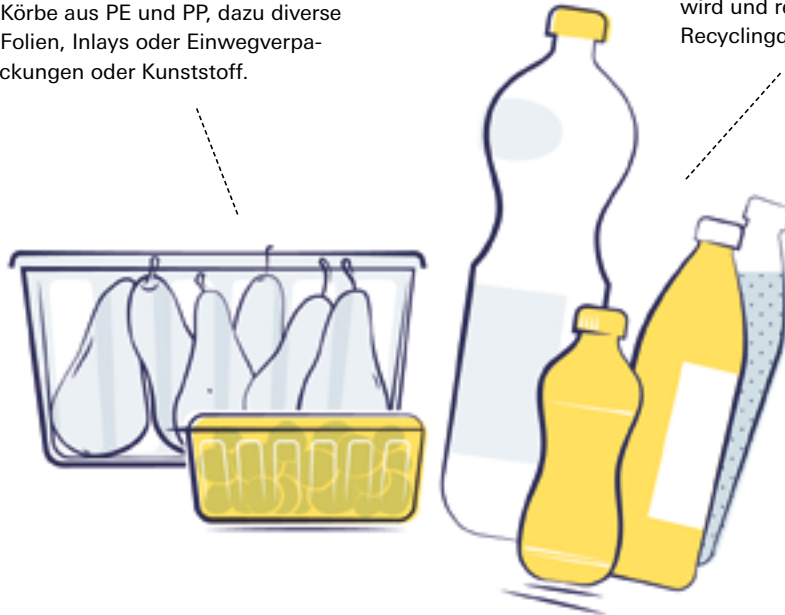
Die **Warentrenner** auf dem Band bestehen meist aus farbigem oder transparentem PVC.



Das **Obst** wird in leichten Einwegkörben oder Netzen aus PE verkauft. Eingesetzt werden auch Körbe aus PE und PP, dazu diverse Folien, Inlays oder Einwegverpackungen oder Kunststoff.

Die **Getränkeflaschen** bestehen aus PET, einem Material das teilweise mehrfach verwendet wird und recht hohe Recyclingquoten hat.

Die **Kasse** und das **Bezahlterminal** sind ohne Kunststoffe nicht vorstellbar. Die Tasten und das Gehäuse bestehen ebenso aus Kunststoff wie Kabelisolierungen, Teile der Platinen und die Bankkarte, die aus einem Mix von PVC und ABS gemacht ist.



Der Kassierer scannt in der Stunde **2000 Artikel** ein, von denen mindestens 90 Prozent in Kunststoff verpackt sind.

Die **Einkaufskörbe** aus PP sind praktisch und haltbar – oft im Design der Händler eingefärbt. Dabei kann Rezyklat eingesetzt werden, das aber etwas teurer ist.



Im Büro bestehen die wichtigsten Arbeitsgeräte zu großen Teilen aus Kunststoff. Sie sind oft jahrelang im Einsatz, bis sie ausgedient haben.

Die Gehäuse von **Notebook, Bildschirm, Tastatur und Maus** bestehen aus Kunststoffen wie ABS oder PS, das durch Kautschukzusätze verändert wird. Das Material soll pflegeleicht und schlagfest sein.

Die **Schreibtischplatte** ist mit Melamin beschichtet, das Kantenmaterial besteht aus Umweltschutz- und Entsorgungsgründen ausschließlich aus PP, das ohne Kleberzusatz verarbeitet wird.

Die **Kunststoffbox** aus PP stammt von einem Imbiss. Sie ist als Einwegverpackung ausgeliefert worden, ist aber von so guter Qualität, dass sie über ein Jahr lang zum Transport von Essen benutzt werden kann.

Der **Handschoner** besteht aus Memory-Schaumstoff-PUR und Additiven, die für eine erhöhte Viskosität sorgen. Offene Schaumblasen sorgen dafür, dass Luft sich durch das Material bewegen kann. Es reagiert auf Körperwärme und Druck, nimmt aber wieder die ursprüngliche Form an.

Das Gestell der **Brille** auf dem Tisch besteht aus CA, einem halbsynthetischen Kunststoff auf Basis von Zellulose, die aus getrockneter Baumwolle und Buchenholz gewonnen wird.

Das **Telefon** enthält auf kleinstem Raum einen Materialmix, zu dem auch viele Kunststoffe gehören. Die Schutzhülle besteht aus PC für die Rückseite und PUR für den Rahmen.

► führt zu ökonomischer Effizienz, etwa dadurch, dass man Leichtbau realisieren oder sehr leichte Verpackungen unter geringen Kosten herstellen kann, die das Produkt gut schützen und sich effizient transportieren lassen“

Ein Material, das nicht verrottet

Für die Riesenmoleküle moderner Kunststoffe werden fast immer fossile Rohstoffe, vor allem Erdöl, eingesetzt. Das Problem ist, dass Plastik, das auf Deponien, in der Natur oder im mensch-

lichen Körper landet, nicht wieder verschwindet. Einmal in den Müll geworfen, zerbricht und zerfällt es lediglich in kleine Stücke. Kunststoffe verrotten in der Natur kaum, denn ihre molekulare Struktur bietet wenig Angriffsflächen für eine biologische oder chemische Zersetzung. Die mikroskopisch kleinen Teilchen finden sich inzwischen überall auf der Welt, etwa im Sand der Insel Hawaii: 200 Gramm davon enthalten bis zu einem Gramm Mikroplastik, wie die Universität Denver herausgefunden hat. Gigantische ►

Der **Mülleimer** im Büro ist aus PP gemacht.

► Mengen von Kunststoff haben sich auf dem Meeresgrund abgelagert. Meerestiere ersticken an Plastik, das im Meer treibt, verhungern, weil ihr Magen mit Plastikmüll gefüllt ist, oder werden durch Zusatzstoffe vergiftet.

Auch Menschen nehmen bis zu fünf Gramm Mikroplastik pro Woche auf. Das meiste davon wird wieder ausgeschieden, doch was kleinste Partikel im Körper anrichten, ist erst in Ansätzen erforscht. Es gibt aber Hinweise auf entzündliche Reaktionen – und in einer Studie der Universität Wien Indizien dafür, dass Teilchen, die teilweise nur einen Millionstel Meter groß sind, die Zellmigration von Krebszellen in andere Körperregionen verstärken und so möglicherweise die Metastasierung von Tumoren fördern könnten. Die Wissenschaftler befürchten, dass von dem Mikroplastik eine „chronische Toxizität“ ausgeht. Genau das ist das Dilemma: Kunststoffe stellen täglich millionenfach ihre Nützlichkeit unter Beweis. Kein Raumanzug, keine Medizintechnik, keine moderne Lebensmittelindustrie und kein Auto ist ohne sie denkbar. Doch sie belasten die Natur und werden mitunter zur Gefahr für den Menschen selbst.

Plastik ist Teil unserer Ökologie

Die Industriegesellschaft braucht polymere Werkstoffe. Doch gerade die günstigen Preise und der Einsatz für Einwegprodukte und Verpackungen haben dazu geführt, dass viele Konsumenten sie nicht sehr schätzen oder für minderwertig halten. Dieses Vorurteil, gepaart mit der Unmöglichkeit, sie rasch zu ersetzen, verstellt aber gerade den Blick auf reale Probleme, die bearbeitet werden müssen: die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen, die Umweltproblematik, das

bis heute rudimentäre Recycling, das gerade durch die starke Individualisierung der Kunststoffe und den Einsatz in Verbundwerkstoffen vor erhebliche Probleme gestellt wird. Der Gedanke liegt nahe, die große Vielfalt an Kunststoffen regulatorisch zu verkleinern. Dahlmann ist skeptisch: „Eine solche Einschränkung ist denkbar, allerdings muss man dann Einbußen in den Eigenschaften der Produkte selbst hinnehmen.“

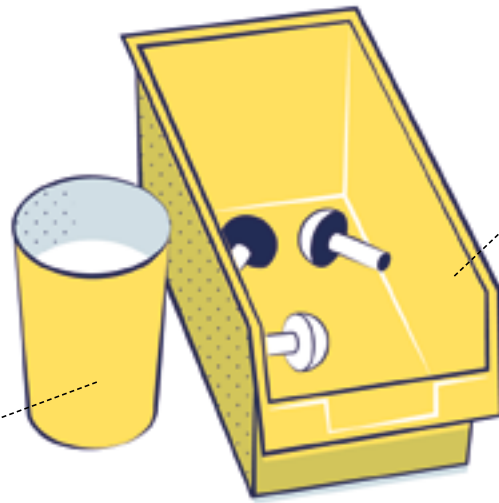
Polymere Werkstoffe prägen seit einem Jahrhundert unsere Alltagskultur. Die fossilen Ressourcen, die in die Kunststoffproduktion gehen, werden zuweilen überschätzt. Es sind nur rund vier bis sechs Prozent der geförderten Gesamtmenge, rund 70 Prozent finden Verwendung in anderen Segmenten der chemischen Industrie, im Transport und im Verkehr. Trotzdem sind die Kunststoffprodukte und Kunststoffabfälle Teil des globalen Ökosystems, das nie wieder ganz plastikfrei sein wird.

Weltweit landen die meisten Kunststoffe bis heute auf Deponien, werden verbrannt oder informell entsorgt. Doch ist ein verantwortungsvoller Umgang mit ihnen möglich. Dazu gibt es viele Wege: den Verzicht, der Einsatz alternativer Werkstoffe, die Überprüfung der Anforderungen an Verpackungen oder Kunststoffprodukte oder die Entwicklung neuer Polymere, die fossilfrei, biologisch abbaubar oder besser recyclingfähig sind. Die Defossilisierung und das Recycling sind die Trends der Zukunft. Sie werden die Art, wie wir Kunststoffe herstellen und verwenden, verändern. Und sie werden sie teurer machen. Allerdings, sagt Dahlmann, gelte das alles auch für andere Materialien: „Der Preisanstieg bei Kunststoff wird im Vergleich zu anderen Werkstoffen nicht überproportional hoch ausfallen.“ ■

Etwa 125 Kilo Kunststoff stecken in der **Karosserie**, der **Innenauskleidung** und dem **Armaturenbrett**, weitere 30 Kilo in der **Seitenverkleidung**, den **Sitzen** und im **Aufprallschutz**, 25 Kilo im **Teppichboden** und in den **Sitzbezügen**, weitere 35 Kilo in den **Reifen**, **Dichtungen** und im **Motorraum**. Viele Hochleistungskunststoffe werden verwendet.



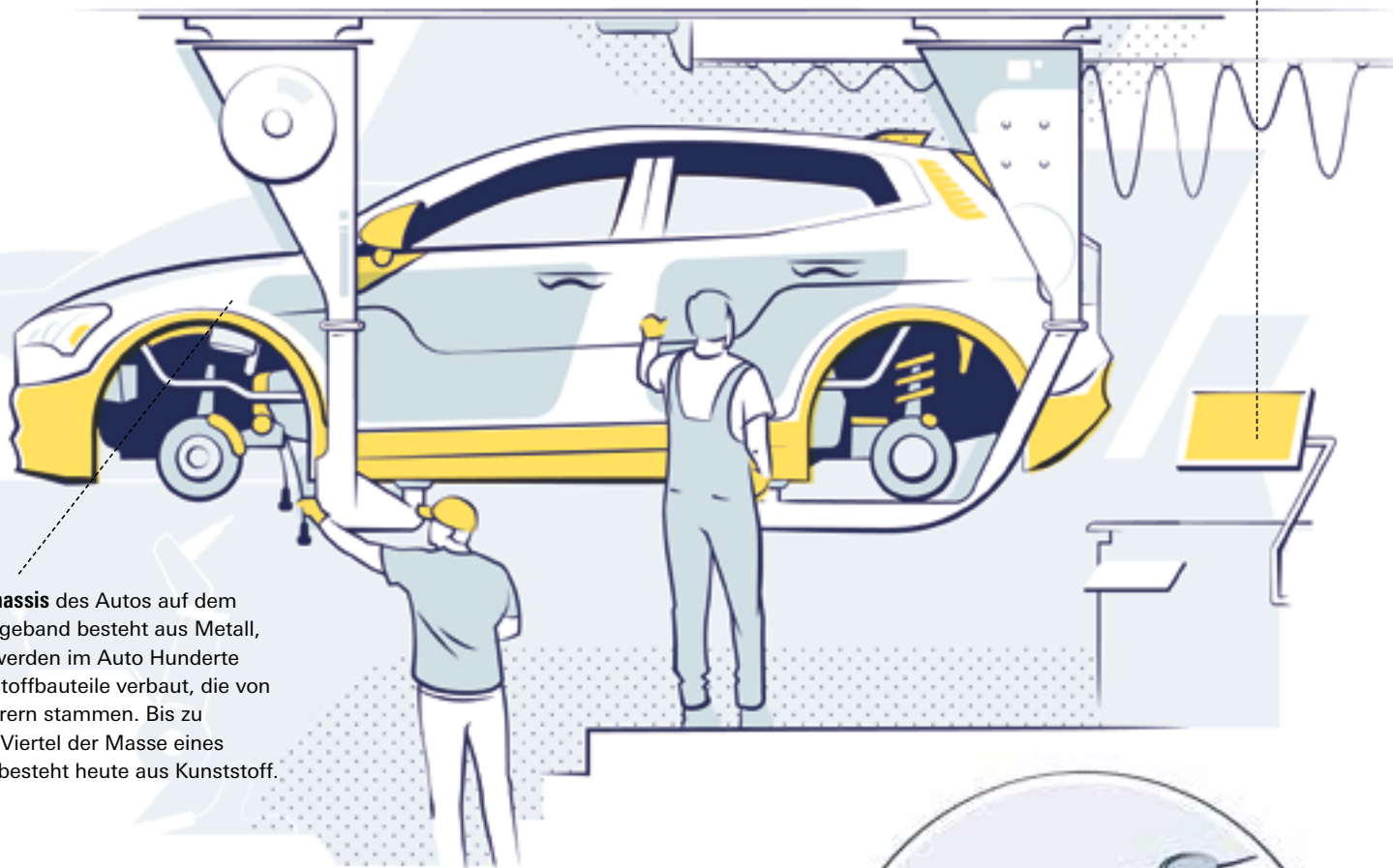
In der Autofabrik geht nichts ohne Kunststoffe. Täglich erreichen Sendungen mit Kunststoffteilen von Zulieferern aus aller Welt das Werk.



Der **Trinkbecher** für die Pause besteht aus PET.

Die **Sortierbox** für Kleinteile besteht aus PP.

Die **Displays** sind mit Splitterschutzfolien aus PC oder PVC ausgestattet.



Das **Chassis** des Autos auf dem Montageband besteht aus Metall, doch werden im Auto Hunderte Kunststoffbauteile verbaut, die von Zulieferern stammen. Bis zu einem Viertel der Masse eines Autos besteht heute aus Kunststoff.



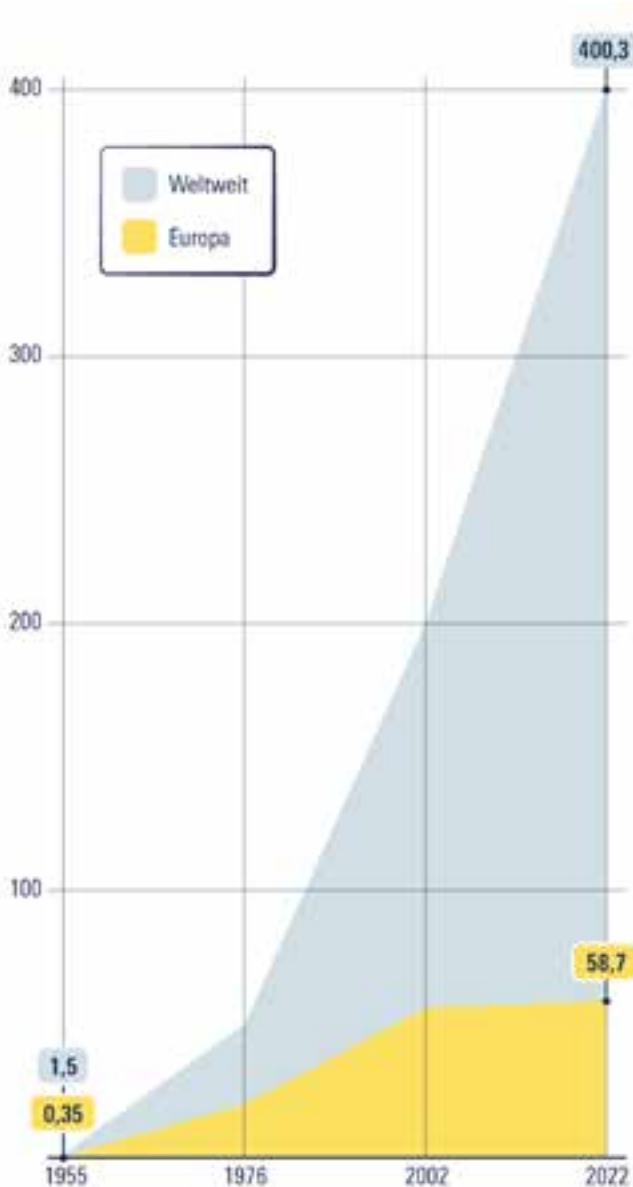
Die schnittfesten **Arbeitshandschuhe** bestehen aus PA, Glasfaser und PE mit sehr langen Molekülketten. Die Gummibeschichtung besteht aus Nitril.



Die **Kugelknöpfe** an Maschinen und Industrierobotern bestehen aus PA oder aus PH.

Immer mehr Plastik

Kunststoffproduktion in der Welt und in Europa von 1955 bis 2022 (in Millionen Tonnen)



Glossar Kunststoffe

Acrylnitril-Butadien-Styrol (ABS)

ist ein Thermoplast, der feuchtigkeitsabweisend, schmutzabweisend, schlagfest und recht resistent gegen Fette und Öle ist.

Celluloseacetat (CA)

ist ein halbsynthetischer Kunststoff auf Basis von Zellulose, die aus getrockneter Baumwolle und Buchenholz gewonnen wird. Er wird seit über 100 Jahren verwendet.

Duroplast

bezeichnet einen Kunststoff, der einmal ausgehärtet nicht wieder einschmelzbar ist.

Hochleistungskunststoffe

bieten eine Kombination von herausragender Festigkeit, hoher Temperaturbeständigkeit, chemischer Beständigkeit und geringem Gewicht. Sie werden in extremen Umgebungen eingesetzt, wie zum Beispiel in der Luft- und Raumfahrt oder in der Medizintechnik.

Kautschuk

ist heute längst nicht nur Naturkautschuk, der als milchiger Saft aus Kautschukpflanzen gewonnen wird. Er kann auch als Synthekautschuk aus elastischen Polymeren hergestellt werden, meist aus Styrol und Butadien, aber auch auf der Basis anderer Verbindungen.

Melaminharz

ist ein Duroplast aus Melamin und Formaldehyd, das witterungs- und lichtbeständig ist. Melaminharze haben eine hohe Oberflächenhärte und Kratzfestigkeit.

Nitril

ist eine chemische Verbindung, die hauptsächlich aus Kohlenstoff und Stickstoff besteht. Sie wird auch als Nitrilkautschuk bezeichnet und hat gummiähnliche Eigenschaften.

Phenolharz (PH)

besser bekannt unter dem Handelsnamen „Bakelit“, ist ein duroplastischer Werkstoff aus Phenol und Formaldehyd und der älteste echte Kunststoff der Welt. Er wird nicht mehr für Haushaltswaren eingesetzt, aber für technische Bauteile oder Maschinengriffe.

Polyamid (PA)

wird in großen Mengen zu Fasern verarbeitet, zählt aber auch zu den wichtigsten Thermoplasten. Es ist ein Material mit hoher Festigkeit und guter Abrieb- und Verschleißfestigkeit. Die Grundstoffe des Materials stammen aus Erdöl. Ein bekannter Handelsname war „Nylon“.

Polyethylen (PE)

ist ein beliebter Kunststoff und der zweithäufigste überhaupt. Er wird für Kunststoffkisten oder Verpackungen verwendet. Er wird aus Erdgas hergestellt – möglich wäre auch Bioethanol.

Kohlenstoff- und Wasserstoffatome bilden die Riesenmoleküle des Polyethylens, einem beliebten Alltagskunststoff.

Polycarbonat (PC)

ist ein durchsichtiges, kristallklares Material mit hoher Schlagfestigkeit. Es wird klassisch aus Erdöl hergestellt und neuerdings auch durch chemisches Recycling gewonnen.

Polyethylenterephthalat (PET)

ist ein wichtiges Thermoplast. Ursprünglich nur für Polyesterfasern verwendet, wird heute etwa ein Viertel der produzierten Menge für Verpackungen wie Flaschen eingesetzt. Sie werden teilweise zu neuen Flaschen oder Polyesterfasern für Fleecestoffe recycelt.

Polypropylen (PP)

ist der in Europa am häufigsten verwendete Kunststoff. Er lässt sich sehr gut an die gewünschte Anwendung anpassen und wird aus Erdöl oder Erdgas gewonnen. Auch aus Pflanzenölen oder Pflanzenfetten kann PP gemacht werden.

Polyurethan (PUR)

ist ein Material, das je nach Ausführung hart und spröde, aber auch weich und elastisch sein kann und als Schaumgummi oder Bauschaum benutzt wird. Die Ausgangsmaterialien werden aus Erdöl gewonnen – möglich sind auch Biorohstoffe, wie Mais oder Rüben.

Polyvinylbutyral (PVB)

ist ein hochwertiger Kunststoff, der als Schmelzklebstoff in Form von Zwischenfolien für Verbundsicherheitsglas verwendet wird.

Polyvinylchlorid (PVC)

ist der dritt wichtigste Kunststoff nach Produktionsmenge. Es kann Phthalate sowie Blei und Cadmium enthalten. Diese Stoffe können sich aus dem PVC lösen und in die Umwelt gelangen, zum Beispiel bei großer Hitze oder mechanischer Beschädigung.

Primärkunststoff

ist ein Kunststoffmaterial, das aus frischen petrochemischen oder biologischen Vorprodukten gewonnen wird.

Rezyklat

ist ein Kunststoffmaterial, das durch Wiederverwertung wie mechanisches oder chemisches Recycling gewonnen sind. Rezyklat wird teilweise schon heute dem Primärkunststoff beigemischt.

Thermoplast

bezeichnet einen Kunststoff, der sich bei Hitze verformt und der wieder einschmelzbar ist.



12 Schichten, damit der Käse nicht schwitzt

RECYCLING Bei der Wiederverwertung von Kunststoff geht es nach wie vor nur mühsam voran. Der mittelständisch geprägten Branche stehen jetzt sogar harte Jahre bevor.

Von **Andreas Schulte** und **Andreas Molitor** – Fotos **Thomas Roetting**

Globale Müllbilanz

Weltweit landeten im Jahr 2019 ganze 50 Prozent aller Plastikabfälle auf Deponien. Weitere 22 Prozent wurden nicht fachgerecht entsorgt, etwa in der freien Natur. Etwa 19 Prozent wurden verbrannt und nur 9 Prozent recycelt. Diese Zahlen veröffentlichte die OECD im „Global Plastics Outlook“.

Georg Gemeinde ist kein Mann, der Worthülsen von sich gibt, er meint es bitterernst. „Bei den mittelständischen Recyclern droht ein Firmensterben“, prophezeit der Sales Manager und Betriebsrat bei Multiport im sachsen-anhaltinischen Bernburg. In einer der größten Recyclinganlagen für Kunststoffe in Europa stellt der Betrieb, eine Tochter des französischen Veolia-Konzerns, mit 150 Beschäftigten aus Plastikmüll zurückgewonnenes Kunststoffgranulat her. Wie bedrohlich die Lage ist, weiß Gemeinde von seinen Kollegen aus Rosstock. Dort hat Veolia zum Jahreswechsel eine große Anlage zum PET-Recycling mit 50 Beschäftigten geschlossen. Über 20 Jahre wurden dort alte Getränkeflaschen zu Granulat verarbeitet, aus dem dann wieder neue Flaschen entstanden.

Dabei klingt doch alles nach glänzenden Wachstumsaussichten für die professionellen Verwerter. Politik und Kunststoffhersteller predigen mehr Recycling und beteuern, die Plastikmüllflut müsse eingedämmt werden. Beim Sammeln von Kunststoffverpackungen gehören die Deutschen mit zur Weltspitze, die EU will Einweg-Kunststoffverpackungen sogar komplett verbieten. Und schon heute verspricht fast jede Plastikflasche aus dem Supermarktregal Recyclingfähigkeit.

Dass viele Recycler sich trotzdem ernsthaft Sorgen machen, liegt an dem Rohstoff, mit dem sie arbeiten. Was beispielsweise aus gelbem Sack oder gelber Tonne bei ihnen landet, ist ein höchst

problematischer Mix. „Wichtig für die Wirtschaftlichkeit von Recyclingunternehmen ist vor allem, wie recyclingfähig das Verpackungsmaterial ist“, erklärt Verdi-Mitglied Georg Gemeinde. Sein Unternehmen bekommt unter anderem vorsortiertes Material aus dem gelben Sack. „Wir können bei gutem Material rund 80 Prozent von dem recyceln, was angeliefert wird“, sagt Gemeinde. Die restlichen 20 Prozent – Restinhalt. Etiketten, Dichtungen, Metallteile, Fremdkunststoffe werden im schlimmsten Fall verbrannt.

Es könne nur recycelt werden, was in den Verkehr gebracht wird, und so fange der Fisch am Kopf an zu stinken, sagt der Betriebsrat. Er zeigt damit in Richtung der Verpackungshersteller. „Wir sprechen regelmäßig mit ihnen, damit sie ihre Verpackungen recyclingfähig gestalten. Aber letztendlich hat der Hersteller das letzte Wort.“ Sortenrein sortiertes Ausgangsmaterial wäre der Traum der Recycler, doch in der Regel müssen viele verschiedene Kunststoffe mühsam voneinander getrennt werden.

Das alles ist aufwändig. Zerknüllt, verklebt und verschmutzt mit Essensresten, Etiketten und Lackrückständen kommt der Plastikverpackungsabfall bei den Recyclingunternehmen an, bunt gemischt mit Abfällen, die manuell aussortiert werden müssen: Schuhe, Textilien, Batterien, Styropor, Videokassetten und sogar Handyakkus, die Feuer fangen und große Schäden in den Sortieranlagen anrichten. Viele Recycler haben investiert und rücken dem Plastikmix mit immer



besserer Technik zu Leibe. Vor allem Infrarottechnik hilft beim Sortieren nach Kunststoffart und Farbe. Sensoren senden einen Lichtstrahl auf die Kunststoffe auf dem Sortierband, die bestimmte Wellenlängen des Lichts reflektieren. Das wiederum nehmen die Sensoren wahr und können an der Wellenlänge bestimmen, um welche Kunststoffe es sich handelt. Luftdüsen schießen dann die jeweils erkannten Kunststoffe in den passenden Sortierschacht.

Größtes Problem bleiben die Verpackungen, die aus mehreren, miteinander verbundenen Kunststoffen bestehen. Badreiniger mit aufgesetzten Spritzpistolen etwa, die auch Metallteile enthalten. Hauptfeind der Sortieranlagen ist allerdings die Folienverpackung von Wurst- und

Käsescheiben. „Da liegen dann vier Scheiben Käse in einer vertieften PET-Schale“, beschreibt Henning Wilts, Experte für Kreislaufwirtschaft am Wuppertal Institut und Altstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung, das Dilemma. „Darüber liegt eine Schicht aus bis zu zwölf verschiedenen, miteinander verbundenen Kunststofffolien, die dafür sorgen, dass der Käse nicht schwitzt, nicht verdirbt und dass die Verpackung sich wieder verschließen lässt.“ Meist sind derartige Verpackungen ein Fall für die Müllverbrennungsanlage.

Zwar könnte man im Extremfall selbst das wildeste, miteinander verschweißte Plastikgemisch chemisch in seine kleinsten Bestandteile aufspalten, aus denen dann wieder Kunst- ►

Georg Gemende, Betriebsrat bei Multiport in Sachsen-Anhalt, warnt vor einem Unternehmenssterben unter mittelständischen Recyclern. Multiport gehört zum französischen Veolia-Konzern und produziert Kunststoffgranulat aus Plastikabfall.

► stoffe zusammengesetzt werden können, aber diese Technik ist anspruchsvoll, selbst für Großunternehmen, und treibt den Preis für Rezyklat noch weiter in die Höhe.

Neuer Kunststoff aus Erdöl ist ohnehin vergleichsweise billig. Recyceltes PET etwa, ein gängiger Kunststoff für die Produktion von Flaschen und Folien, kostet fast ein Drittel mehr als neues Plastik. Immer mehr Verpackungshersteller setzen in letzter Zeit auf frisches Plastik, vielfach aus Asien. Außerdem steckt die Bauwirtschaft, bislang größter Rezyklat-Abnehmer, tief in der Krise. Die Folge: Die Nachfrage nach Rezyklat ist derart eingebrochen, dass der Branchenverband BVSE Hunderte von Betrieben in Gefahr sieht. Wenn das Worst-Case-Szenario eintritt, droht das gesamte System des Kunststoffrecyclings zu kollabieren. Rita Weber, Industriegruppensekretärin bei der Gewerkschaft IGBCE, bringt die Diskrepanz zwischen den politischen Bekenntnissen und der Wirklichkeit auf den Punkt: „Alle rufen nach mehr Rezyklaten, aber keiner will dafür bezahlen.“

Jobs geraten in Gefahr

Die Jobs in der mittelständisch dominierten Branche, in der Betriebsräte und gewerkschaftliche Präsenz eher die Ausnahme sind, geraten in Gefahr. Stellenstreichungen oder betriebsbedingte Kündigungen könnten sich bei einem späteren Aufschwung der Branche indes als Bumerang erweisen, warnt Multiport-Betriebsrat Georg Gemende. „Die Arbeitsbedingungen in der Branche sind oft wenig attraktiv“, sagt er. „Müll stinkt, und gezahlt wird meist nur knapp über dem Mindestlohn.“ Die Belastung durch Schmutz, Staub und Hitze bei der Arbeit ist groß, Schutzkleidung und Atemschutzmasken sind bei vielen Tätigkeiten unverzichtbar. Viele Firmen hätten schon jetzt Probleme, geeignetes Personal zu finden. „Wer die Branche einmal verlassen hat, kommt vermutlich nicht zurück.“

Henning Wilts wundert es nicht, dass es bei den Recyclingquoten nur in Trippelschritten vorangeht. Er beziffert die Quote von Plastikprodukten, die erneut als Kunststoff kommerziell verwertet werden, auf 16 Prozent. Das Umweltbundesamt nennt hingegen eine Verwertungs-



Bei guter Ware
recyclen wir
80 Prozent. Aber
Müll stinkt, und
bezahlt wird meist
nur knapp über
dem Mindestlohn.“

GEORG GEMENDE,
Betriebsrat bei Multiport

quote von traumseligen 99,4 Prozent. Zur Verwertung zählen allerdings auch die Entsorgung im Ausland und die Verbrennung. Gut zwei Drittel der Kunststoffabfälle in Deutschland landen größtenteils in Müllverbrennungsanlagen, der Rest als Ersatzbrennstoff für Öl oder Gas in Kraftwerken oder Zementfabriken. Der Weg in die Verbrennung soll aber tunlichst vermieden werden. Landet Plastik, fast durchweg aus Erdöl hergestellt, im Ofen, geht der Rohstoff verloren und klimaschädliches CO₂ wird freigesetzt. Allerdings ist Neuware nicht nur billiger, sondern meist auch hochwertiger. Beim Recyclen geht in der Regel Qualität verloren, etwa durch Verunreinigungen oder weil Molekülketten sich verkürzen, was dann auch die physikalischen Eigenschaften beeinträchtigt. Gängige Praxis ist das Downcycling, also die Umwandlung etwa zu Blumenkästen. Aus dem Multiport-Granulat entstehen hauptsächlich Rohre und Kabelmaterial für den Bau.

Die Politik ist gefordert

Die Politik könnte für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Georg Gemende denkt beispielsweise an „bessere Vorgaben zur Verwendung von bestimmten Kunststoffen bei der Haushaltsverpackung“. Oder an ein Verbot von nicht recyclingfähigen Verbundverpackungen. Oder ein System, in dem Hersteller einen bestimmten Prozentsatz ihres gesamten Materialbedarfs aus Rezyklaten decken müssen. Im Koalitionsvertrag der Ampel mangelt es nicht an Absichtserklärungen. Passiert ist in den vergangenen zweieinhalb Jahren hingegen wenig.

Die Forschung geht unterdessen weiter – und setzt unter anderem auf Künstliche Intelligenz. Bei der Fraunhofer-Einrichtung für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie (IWKS) arbeiten Forscher daran, die Infrarotsensoren mit KI zu trainieren, damit sie den chemischen Fingerabdruck eines Plastikpartikels abspeichern und Kunststoffstücke gleicher Form, Farbe und Struktur zuverlässig erkennen. Bis zur Marktreife dürften allerdings noch Jahre vergehen. Einige der heute 300 deutschen Kunststoffrecycler werden das wohl nicht mehr erleben. ■

„Recycling ist der größte Hebel“

FORSCHUNG Die Zukunft gehört Kunststoffen, die nicht aus Öl oder Gas hergestellt werden, sagt der Kunststoffexperte Christian Bonten. Doch auch sie müssen wiederverwertet werden.

Das Gespräch führte **Marius Ochs** – Fotos **Karsten Schöne**



Bis zum Jahr 2050 soll die Kunststoffindustrie das Ziel von Netto-Null-Emissionen erreichen. Wird es dann keine Kunststoffe mehr geben, die auf Erdöl und Gas basieren?

Das Ziel der Klimaneutralität steht über allem. Das maßgebliche Stichwort ist normalerweise die Dekarbonisierung, also der Verzicht auf Kohlenstoff, etwa durch den Umstieg von fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas auf erneuerbare Energieträger. Der Begriff passt aber nicht zur pharmazeutischen und chemischen Industrie. Beide kommen ohne Kohlenstoffe als Basisrohstoff nicht aus. Es gibt Wirkstoffe und Werkstoffe wie etwa die Kunststoffe, die gäbe es ohne Kohlenstoff einfach nicht. Entscheidend ist die Herkunft der Kohlenstoffe.

Woher werden sie kommen?

In Zukunft sollen sie nicht mehr aus fossilen Quellen wie Öl, Gas und Kohle gewonnen werden, deshalb sprechen wir hier nicht von Dekarbonisierung, sondern von Defossilisierung. Aber wie kommt die Industrie an ihre Kohlenstoffe, wenn nicht aus den fossilen Quellen? Und hier ist der größte Hebel das Recycling.

Kann die Industrie die Transformation zu einer hundertprozentigen Kreislaufwirtschaft schaffen?

Das wird nicht möglich sein. Die aktuelle Studienlage deutet darauf hin, dass wir bis zu 70 Prozent der Kunststoffe recyceln können. In einzelnen Bereichen, etwa bei PET-Flaschen, sind wir schon bei fast 100 Prozent. Die anderen 30 Prozent schafft man nicht wirklich, weil das aufgrund des enormen Energieaufwands weder aus wirtschaftlicher Perspektive noch mit Blick auf den Klimaschutz sinnvoll wäre.

Wie schließen wir die Lücke?

Manche vertreten die These, dass sich die Lücke mit biomassebasierten Kunststoffen schließen lässt. Das sind herkömmliche Kunststoffe, die allerdings auf Kohlenstoff aus nachhaltigen Rohstoffen basieren. Heute beträgt der Marktanteil dieser sogenannten Biokunststoffe allerdings nur etwa ein Prozent. ▶



Recyclbare Biokunststoffe werden kommen, wenn wir die Transformation ernst meinen.“

► **Wie vielversprechend sind denn solche Kunststoffe, die beispielsweise auf Maisstärke basieren?**

Dieses Biopolymer, sogenannte Thermoplastische Stärke (TPS), ist schon länger bekannt und wurde vor etwa 20 Jahren genauer betrachtet. Stärke nutzt Kohlenstoff beispielsweise aus Mais oder Kartoffeln. Daraus können auch ganz brauchbare Kunststoffbeutel hergestellt werden, die allerdings schnell reißen, wenn sie feucht werden. Das ist in manchen Köpfen hängen geblieben; viele Firmen waren danach abgeschreckt von biobasierten Kunststoffen.

Aber es wird weiter geforscht?

Ja, bis heute werden ganz verschiedene Rohstoffe ausprobiert. Wenige Jahre nach der ersten Welle wagten sich die Unternehmen wieder an etwas Neues. Die US-Firma Natureworks in Minnesota, im Corn Belt der USA, baute zum Beispiel eine große Anlage, in der sie Maisstärke zu Milchsäure fermentiert. Daraus entstand Polylactid (PLA), ein Kunststoff, der schon wesentlich bessere Stoffeigenschaften hatte. Das war die zweite Welle. Aber Polylactid ist nicht so weich wie herkömmlicher Kunststoff und ist auch weniger belastbar. Die mittelständische FKUR GmbH im kleinen Willich, aber auch die große BASF mischten dann noch etwas hinzu. Dieser sogenannte Blend, also ein gemischter Biokunststoff, wird heute vielfältig verwendet.

Ist eine dritte Welle biobasierter Kunststoffe in Sicht?

Ja. Mich begeistert die Gruppe der Polyhydroxyalkanoate, kurz PHA. Diese werden von speziellen Bakterien unter besonderen Bedingungen erzeugt. Noch sind sie sehr teuer und zu spröde, aber wenn PHA günstiger in Masse hergestellt und zugleich dehnfähiger und schlagzäher würde, traue ich dieser Gruppe viel zu. Sie sind dann ideal geeignet etwa für Spielzeuge und Gehäuse von Küchengeräten. Sie sind vollständig biobasiert und können sich in Meereswasser sogar biologisch abbauen. Daher gibt es bereits einen Hersteller, der Sandspielzeug daraus herstellt.

Unternehmen wie Covestro haben auch schon angefangen, Kunststoffe aus CO₂ herzustellen. Da wird CO₂ aus Abgasen oder aus der Atmosphäre für neuen Kunststoff genutzt. Wie bewerten Sie diese Technologie?

Sie ist sehr vielversprechend, aber die Verfahren stecken noch in den Kinderschuhen. Kunststoffe aus CO₂ können in naher Zukunft eine Ergänzung sein – wenn wir überflüssige grüne Energie dafür einsetzen. Der Kohlenstoff im CO₂-Molekül ist recht stark gebunden und braucht relativ viel Energie zur Abtrennung vom Sauerstoffmolekül.

Sollten die biobasierten Kunststoffe im besten Fall auch biologisch abbaubar sein?

Biologisch abbaubare Kunststoffe geben den Kohlenstoff an die Natur ab und dienen als Futter für Mikroben. Der darin gebundene Kohlenstoff geht für unseren Recyclingkreislauf verloren. Ich setze mich dafür ein, dass bioabbaubare Kunststoffe nur dort genutzt werden, wo der Kunststoff zwangsläufig in der Umwelt landet. So sind diese sinnvoll bei Wuchshüllen für junge Bäume, Mähfäden, meinetwegen Silvesterraketenspitzen. Alles andere verleitet nur zur Nachlässigkeit und Umweltverschmutzung. Kunststoffe gehören grundsätzlich ins Recycling; das gilt auch für Biokunststoffe.

Ist das heute schon möglich?

Technisch möglich wäre das, aber wirtschaftlich ist es noch nicht. Dazu müsste ein bestimmter biobasierter Kunststoff erst einen Marktanteil erreichen, ab dem es sich für die Recyclingfirmen

mehr lohnt, sie zu recyceln, als sie einfach auszusortieren. Würden beispielsweise alle Shampooflaschen sämtlicher Hersteller ab jetzt aus einem speziellen Biokunststoff bestehen, dann könnte man darüber nachdenken. Heute macht das aber noch keinen Sinn. Recyclbare Biokunststoffe werden kommen, wenn wir die Transformation ernst meinen.

Wie wird sich diese Transformation der Branche, also die Defossilierung und die zunehmende Relevanz von Recycling und Biokunststoffen, auf die Beschäftigten auswirken?

Arbeitsplätze werden voraussichtlich nicht verloren gehen, aber für den Umgang mit neuen Materialien und Technologien müssen die Beschäftigten qualifiziert werden. Auch beim Recycling, für das die Maschinen immer stärker auch durch Künstliche Intelligenz aufgerüstet werden, ist das nötig. Ich bin mir aber sicher, dass die gut ausgebildeten Fachexperten – vom Laboranten bis zur Maschinenführerin – damit gut klarkommen werden.

Welche Unternehmen werden sich verändern müssen?

Alle, die zur Wertschöpfungskette der Kunststoffproduktion gehören, werden sich anpassen müssen. Beginnen wir bei den Chemieunternehmen. Die müssen in ihre Fabriken investieren und sie modernisieren. Eine wichtige Maschine ist zum Beispiel der sogenannte Steamcracker. Der löst durch heißen Dampf die Kohlenstoffmoleküle aus Öl und Gas heraus. BASF hat jetzt den ersten vollelektrischen Steamcracker vorgestellt, der mit regenerativem Strom statt mit fossilen Brennstoffen betrieben werden kann. Mit solchen Steamcrackern wird auch das chemische Recycling noch umweltschonender möglich. Wenn das werkstoffliche Recycling durch Aufschmelzen, Säubern und Abkühlen nämlich an seine Grenzen stößt, müssen Kunststoffe chemisch recycelt werden.

Wie genau funktioniert chemisches Recycling?

Dabei werden Kunststoffe nicht aufgeschmolzen, sondern mit relativ viel Energie in ihre Grundbestandteile Kohlenstoff und Wasserstoff aufgebrochen. Aus diesen Grundbestandteilen können die Kunststoffe dann wieder völlig neu und besonders sauber aufgebaut werden. Dies benötigen wir

wohl für die anspruchsvollsten Anwendungen in der Medizin und in der Lebensmittelindustrie.

Wie sieht es auf der nächsten Stufe aus, bei den Verarbeitern?

Verarbeiter fertigen Bauteile aus Kunststoffgranulaten. Sie sind der Kern der Branche und sind meist mittelständisch organisiert. Wenn mich einer dieser Mittelständler fragt, wie er sich vorbereiten kann, sage ich: Sichert euch den Zugriff auf die Rezyklate! Bei den recycelten Kunststoffen werden sie nämlich in Konkurrenz mit den großen Chemieunternehmen treten, weil diese die Kunststoffabfälle auch als Rohstoff für ihre Herstellungsprozesse benötigen, insbesondere für das chemische Recycling. Die Verarbeiter müssen befürchten, dass die Chemieunternehmen den Markt leer kaufen. Bei den beiden gängigsten Kunststoffen, Polyethylen und Polypropylen, die über 50 Prozent aller Kunststoffe ausmachen, ist das am wahrscheinlichsten, denn da sind fast nur Kohlenstoff- und Wasserstoffatome drin, die man recht gut für den Steamcracker nutzen kann.

Was verändert sich bei den Maschinenbauern?

Die Maschinenbauer beliefern die Verarbeiter mit ihrer Technologie. Schon heute bekommt man auf den Branchenmessen interessante Veränderungen mit. Die Maschinen müssen auf schwankende Stoffzusammensetzungen eingestellt werden, denn die Rezyklate sind nicht so einheitlich wie neue Kunststoffe. Wir benötigen also intelligentere Maschinen, die sich beispielsweise durch KI oder bessere Sensoren daran anpassen. Das ist keine Umwälzung der Branche, aber eine Anpassung.

Für wie realistisch halten Sie es, dass die Transformation der Kunststoffbranche gelingt?

Ich werde von meinen Freunden mitunter als Optimist bezeichnet, aber das Potenzial ist ohne Frage da. Eine aktuelle Studie des Nova-Instituts in Hürth hat gezeigt, dass es rein rechnerisch möglich wäre, genug Biomasse zu produzieren, um damit sogar alle Kunststoffe auf der Welt zu ersetzen. Um immerhin das Ziel von 30 Prozent biobasierten Kunststoffen zu erreichen, müssen wir dringend genügend Kapazitäten aufbauen. Aber erst mal muss es heißen: Recycling, Recycling, Recycling! ■



Christian Bonten

Der Maschinenbauingenieur leitet das renommierte Institut für Kunststofftechnik in Stuttgart. Schon als Kind lernte er von seinem Vater, ebenfalls Kunststoffexperte, Eigenschaften von Kunststoffen durch Fühlen und Kauen festzustellen. Er ist Mitglied und Förderer der Renewable Carbon Initiative (RCI), die sich für die Transformation in Richtung nicht-fossiler Kohlenstoffe einsetzt.

„Das muss raus in die Welt“

TRANSFORMATION Mit einer speziell zugeschnittenen Förderlinie will die Hans-Böckler-Stiftung den sozialökologischen Strukturwandel in Betrieben und Regionen voranbringen. Zwei Jahre nach dem Start liegen jetzt die ersten Ergebnisse vor. Sie sind vielversprechend.

Von Joachim F. Tornau

Gruppenbild im Autoseitenspiegel
bei Magna in Dorfprozelten:
Personalleiter Christian Salomon,
Betriebsrats-Vize Georg Neuberger,
Gewerkschafter Percy Scheidler
und Vertrauenskörper-Leiter Heinz
Pleißmann (v.l.n.r.).



Foto: Lando Hass

Wie überlebensnotwendig es auch für kleine und mittlere Unternehmen ist, sich auf die klimagerechte Transformation der Wirtschaft einzustellen, lässt sich im Ulmer Industriegebiet Donautal aus erster Hand erfahren. Hier hat die Brehm Präzisionstechnik ihren Sitz, ein mittelständisches Familienunternehmen mit 230 Beschäftigten, das seit Jahrzehnten einen hervorragenden Ruf als Produzent von Drehteilen für die Automobilindustrie genießt. Der Haken: Das Gros dieser Präzisionsteile landet in Automatikgetrieben, die es in Elektroautos nicht gibt. Jan Gottke von der IG Metall in Ulm bringt es auf den Punkt: „Wir haben bei Brehm bis zu 90 Prozent Verbrennerabhängigkeit – und damit künftig ein großes Problem.“

Im vergangenen Jahr ergriffen Gewerkschaft und Betriebsrat deshalb die Initiative und gewannen die Geschäftsleitung für ein gemeinsames Projekt: Gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung und mit wissenschaftlicher Begleitung, begaben sie sich auf eine sozialpartnerschaftliche Lernreise, um mögliche neue Geschäftsfelder für das Unternehmen zu erkunden. Zusammen besuchte man nicht nur das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung Baden-Württemberg (ZSW), das als Projektpartner die technische Expertise lieferte, sondern auch mehrere Unternehmen der Wasserstoff- und Elektromobilität. Marktforschung ganz praktisch.

„Innerbetrieblich hatten wir noch nicht den richtigen Ansatz gefunden für die Transformation“, sagt der geschäftsführende Gesellschafter Thomas Brehm. „Da hat uns das Projekt wertvolle Impulse gegeben.“ Auch dank der Belegschaft: Betriebsrat und IG Metall betrieben großen Aufwand, um die Beschäftigten zu beteiligen. Natürlich stand am Ende des sechsmonatigen Projekts noch kein Masterplan für den Weg in die Zukunft. Und natürlich lösten sich nicht sämtliche Sorgen der Belegschaft in Luft auf. Doch es gibt jetzt Ideen – im Marketing, im Vertrieb, bei der Akquise neuer Kunden und Produkte. So wird analysiert, welche Kundenanfragen in der Vergangenheit abgelehnt werden – und warum. Die Website soll aufgefrischt werden. Und es wird intensiv daran gearbeitet, auch im Bereich neuer Technologien ein Netzwerk aufzubauen. „Die

Reise geht weiter“, sagt Brehm. Betriebsrat Wolfgang Reck spricht von Aufbruchstimmung.

Ermöglicht wurde das durch die 2022 aufgelegte Förderlinie Transformation, mit der die Hans-Böckler-Stiftung Akteure der Mitbestimmung bei Transformationsprozessen unterstützen will. Gefördert werden Projekte, die, wie bei Brehm in Ulm, einen Bedarf aus der Praxis mit wissenschaftlichem Know-how zusammenbringen, um kurzfristig zu Lösungen zu kommen.

Manuela Maschke koordiniert das Programm bei der Hans-Böckler-Stiftung. „Anders als sonst ist immer das konkrete betriebliche oder regionale Anliegen der Ausgangspunkt“, erklärt sie. Weil der Transformationsdruck so groß ist, soll von der Idee bis zur Bewilligung möglichst wenig Zeit vergehen. Die Stiftung übernimmt deshalb oft auch große Teile der Projektentwicklung. Dass sich nicht alle Probleme mit 50.000 Euro, der Höchstfördersumme für betriebliche Projekte, und binnen weniger Monate lösen lassen, darüber macht sich Maschke keine Illusionen. „Das ist gar nicht der Anspruch“, sagt sie. „Die Projekte sind immer nur ein Impuls.“ Der allerdings, zur richtigen Zeit und am richtigen Ort, durchaus über den Einzelfall hinauswirken könne.

Alexander Ziegler vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München hat das Projekt in Ulm geleitet. Das Vorgehen, meint der Soziologe, lasse sich auf andere Unternehmen des industriellen Mittelstands übertragen, die wie Brehm kein Geld für eine eigene Innovationsabteilung oder eine groß angelegte Investitions offensive haben. „Man muss Analyse und Umsetzung hier viel stärker verschränken“, sagt er. Nicht abstrakt diskutieren, sondern sich mit ganz konkreten Zukunftsfeldern beschäftigen – und bereit sein, gemeinsam schlauer zu werden. Im Projektteam, aber auch durch Beteiligung der Beschäftigten. „Vertrauen ist ganz wichtig“, unterstreicht Ziegler. „Transformation kann nicht von oben angeordnet werden.“

Ein anderes gefördertes Projekt beim Automobilzulieferer Magna verbindet sich sogar ausdrücklich mit der Aufforderung zum Nachmachen. Oder, wie Georg Rainer Hofmann, Direktor des Information-Management-Instituts an der Technischen Hochschule Aschaffenburg, sagt: „Das muss raus in die Welt.“ Es geht um ►

Ausführlichere Informationen über die Förderlinie Transformation und alle bislang geförderten Projekte unter:



Die Projekte bei Magna Mirrors und im mitteldeutschen Chemie- und Braunkohlerevier werden auch im Mitbestimmungsportal der Hans-Böckler-Stiftung vorgestellt:



► Weiterbildung – und um das Problem, dass die Notwendigkeit lebenslangen Lernens zwar allenthalben betont wird, Qualifizierungsangebote aber nicht auf eine entsprechende Nachfrage treffen. Der Projektleiter sieht darin ein rational-ökonomisches Marktversagen ähnlich wie beim Arbeitsschutz.

Vor gut einem Jahr wollte der kanadisch-österreichische Automobilzulieferer Magna sein Autospiegel-Werk im unterfränkischen Dorfprozelten schließen. 480 Menschen drohte der Jobverlust. In intensiven Verhandlungen gelang es IG Metall, Betriebsrat und Arbeitgeber jedoch, gemeinsam den Standort zu erhalten, wenigstens bis 2028 und mit mindestens noch 200 Arbeitsplätzen. Ein zentrales Element des Fortführungskonzepts: Magna stellt 500.000 Euro bereit, um die verbleibende Belegschaft für künftige Anforderungen zu qualifizieren.

Für Percy Scheidler, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Aschaffenburg, war es wichtig, über die Zukunft zu sprechen, nicht nur über Abfindungssummen. „Im Projekt ging es dann darum, die Worthülsen von der ‚lebenslangen Qualifikation‘ mit Leben zu füllen“, sagt Scheidler. Vereinbart wurde, dass alle verbleibenden Beschäftigten Anspruch auf ein Karriereberatungsgespräch bei einer externen Beratungsfirma haben, freiwillig und auf Wunsch vertraulich. Der Weiterbil-

dungsetat wird von einem Beirat verwaltet, in dem Betriebsrat, Arbeitgeber und Gewerkschaft vertreten sind. „Wir entscheiden gemeinsam, für welche Qualifizierungsmaßnahmen die bereitgestellten Gelder investiert werden“, sagt der Personalleiter des Standorts, Christian Salomon.

Vor allem aber werden Strukturen geschaffen, die der Weiterbildung die nötige Aufmerksamkeit verschaffen sollen: einerseits „top down“ durch die Benennung eines Chief Qualification Officer im Management, der regelmäßig Rechenschaft ablegen soll über den Stand der Qualifikation, und andererseits „bottom up“ durch Weiterbildungsmentoren in der Belegschaft. Neben den Hauptprojektpartnern Magna Mirrors und IG Metall waren in die Entwicklung des Modells auch Verdi und die IG BCE mit jeweils einem Unternehmen aus der Region einbezogen, dazu die örtliche Arbeitsagentur. Die Förderlinie Transformation geht die sozialökologische Transformation bewusst als überbetriebliche Aufgabe an. „Das ist um einiges aufwendiger“, weiß Koordinatorin Maschke. „Es müssen viele verschiedene Akteurinnen und Akteure zusammenkommen, die sonst nicht unbedingt mit im Boot sind.“

Zum Beispiel im mitteldeutschen Chemie- und Braunkohlerevier bei Leipzig. Am Industriestandort Böhlen-Lippendorf, wo heute noch Kohle gefördert und verstromt wird, künftig aber Wasserstofftechnologien den Ton angeben sollen, macht sich eine Arbeitsgruppe Gedanken über die Zukunft der beruflichen Bildung und der Fachkräftesicherung in der Region. Die großen Unternehmen LEAG und Dow Chemical und ihre Betriebsräte gehören dazu, Gewerkschaften, das Berufsschulzentrum, die Hochschule in Merseburg, auch IHK und Landrat sind eingebunden.

In dieser Runde entstand die Idee, ein „Technikum für Energie- und Stoffkreislauf“ zu schaffen als Mitmachort und Experimentierlabor. Das Ziel formuliert Daniel Menning vom Projekt „Revierwende“ des DGB als Dreiklang: „Es geht um Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler, damit sie vor Ort bleiben und hier ihre Ausbildung im Bereich der Zukunftstechnologien machen, um Aus- und Weiterbildung – und um den Abbau von Ängsten in der Bevölkerung.“ Mithilfe der Förderlinie Transformation wird an der Hochschule Merseburg nun ein erster Expe-

Gemeinsam für die Transformation beim Automobilzulieferer Brehm: Betriebsrat Wolfgang Reck, Gewerkschaftssekretär Jan Gottke und Geschäftsführer Thomas Brehm (v.l.n.r.).



Foto: Jens Volke

Foto: Benjamin Jenak



Markus Krabbes ist Rektor der Hochschule Merseburg, wo ein Experimentierzirkel zu Solarstrom entsteht.

perimentierzirkel entwickelt, der erfahrbar macht, wie Solarstrom erzeugt, dann als Wasserstoff gespeichert und schließlich in einer Brennstoffzelle wieder zu Energie werden kann.

Markus Krabbes, Rektor der Hochschule Merseburg, ist besonders wichtig, dass „den Teilnehmenden ein Selbstwirksamkeitserlebnis ermöglicht wird“. Ein erster prototypischer Durch-

lauf sei in Reichweite. „Das gibt unserem Vorhaben hoffentlich auch politischen Schwung“, hofft der Professor. Noch ist die Arbeitsgruppe nämlich auf der Suche nach einem Träger für das geplante Technikum.

Die Förderlinie Transformation war ursprünglich bis zum Sommer befristet. Mittlerweile wurde sie bis 2027 verlängert. ■

Georg Rainer Hofmann/
Percy Scheidler: **Chief
Qualification Officer (CQO)
und Weiterbildungsmentoren.** Thesen und Argumente. Aschaffenburg, IMI-Verlag 2024

Kostenloser PDF-
Download unter:



WIR BESTIMMEN MIT

Aus dem Ruhrgebiet, aber richtig

Sarah Jansen, Aufsichtsrätin bei Procter & Gamble

Von Fabienne Melzer – Foto Stephen Petrat

Für Menschen im Ruhrgebiet gehören Zechentürme und Fabrikschlote so selbstverständlich zur Landschaft wie Bäume. Jedenfalls wenn man richtig aus dem Ruhrgebiet kommt. Richtiges Ruhrgebiet, das ist für Sarah Jansen Wanne-Eickel, wo sie geboren wurde. Die Region mit ihrer Arbeitertradition hat die 34-Jährige geprägt. „Ich bin in dem Bewusstsein aufgewachsen, dass es ein Wert ist, gemeinsam mehr zu erreichen“, sagt Sarah Jansen. Deshalb war es am Ende vielleicht auch weniger Zufall als Fügung, dass sie nach ihrem Studium bei der IG BCE anfing, zunächst als Trainee, dann als Gewerkschaftssekretärin in Hamburg und seit 2018 in Köln, wo sie inzwischen die stellvertretende Bezirksleitung übernommen hat.

Mitte 2021 wurde sie gefragt, ob sie zwei Aufsichtsratsmandate beim US-amerikanischen Konsumgüterkonzern Procter & Gamble übernehmen wolle. Gerade als Frau bekomme man nichts geschenkt. Hinter jeder Chance stecken oft viele Jahre harte Arbeit. Für die 34-Jährige konnte die Antwort daher nur lauten: Zugreifen, auch wenn sie gerade ihr erstes Kind erwartete. „Es war offenbar kein Hindernis, alle wussten, dass ich schwanger bin“, erzählt Sarah Jansen. Sie bedauert, dass andere Frauen es sich nicht zutrauen: „Ich sehe leider immer wieder hoch qualifizierte Frauen, die zweifeln, ob sie mit Kindern alles hinbekommen, und sich fragen, ob sie überhaupt welche bekommen sollen. Angesichts des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, Frauen das Gefühl zu geben, sich entscheiden zu müssen.“

Ende 2021, kurz vor der Geburt ihres Sohnes, saß Sarah Jansen hochschwanger in ihrer ersten Aufsichtsratssitzung. Ein halbes Jahr später kam

sie mit Baby und Ehemann zur zweiten Sitzung. „Ich hatte vorher angerufen und gefragt, ob das geht“, erzählt die junge Mutter. Es brauchte Vorbereitung, Teamwork sowie gutes Timing und war für alle Beteiligten eine Herausforderung, aber am Ende funktionierte es. Das Unternehmen stellte einen Raum zur Verfügung, in dem Vater und Sohn warteten. Sarah Jansen stillte in den Pausen ihr Kind.

Kurze Zeit später stieg sie auch wieder in ihren Beruf ein – und zwar Vollzeit. „Das funktioniert“, sagt Sarah Jansen, „weil bei mir die Rahmenbedingungen stimmen.“ Die Kita ist zuverlässig, und sie teilt sich die Betreuung ihres Sohnes mit ihrem Mann. Doch auch sie spürte Widerstände. „Manche belächelten meine Pläne, nach einem halben Jahr wieder zurückzukehren“, erzählt sie. „Da hieß es: ‚Wart’s erst mal ab, wenn das Kind da ist.‘“

Als Gewerkschafterin und Arbeitnehmervertreterin im Aufsichtsrat will Sarah Jansen auch die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte mit Kindern verbessern. Sie betreut den weltweit größten Standort für die Produktion von Babywindeln von Procter & Gamble im rheinischen Euskirchen. Schichtarbeit und Familie lassen sich oft nur schwer vereinbaren. Sarah Jansen fragt sich, wie sich die Arbeit für Eltern attraktiver gestalten lässt.

Im Aufsichtsrat komme es darauf an, die richtigen Fragen zu stellen. Ihr Studium, in dem sie sich mit der Kommunikation von Parteien und Verbänden beschäftigt hat, kommt ihr da zugute. Ein Gedanke ist ihr daraus besonders in Erinnerung geblieben: „Gewerkschaften sollten mehr investieren, um zu erklären, was sie tun.“ ■



Raus aus der Schockstarre

BETRIEBSSCHLIESSUNGEN Oft werden Betriebsräte von Fabrikschließungen und Standortverlagerungen kalt erwischt. In dieser Situation können sie einiges falsch machen – aber auch vieles richtig.

Von **Andreas Molitor**

Es ist der Alptraum eines jeden Betriebsrats: Die Geschäftsführung bittet zum Gespräch und eröffnet mit den Worten: „Tut uns leid, aber zum Jahresende müssen wir die Fabrik schließen.“ Für viele Belegschaften und Betriebsräte dürfte dieses Szenario unangenehm vertraut klingen. Seit Monaten häufen sich bundesweit die Meldungen von Personalabbau, Standortschließungen und Verlagerungen. Zu Zehntausenden verschwinden gut bezahlte, überwiegend tarifgebundene Jobs – ohne dass es sich, wegen der grassierenden Personalnot, bisher in den Arbeitslosenstatistiken niederschlägt.

Am schlimmsten trifft es die Automobilzulieferer. Die einen ächzen unter der Last der Transformation zur Elektromobilität, die anderen hängen noch immer hoffnungslos am Verbrenner fest. Etliche Hersteller von Spritzgussteilen, Sicherheitsgurten, Stoßdämpfern, Scheinwerfern, Innenverkleidungen, Sitzen, Reifen, Rückspiegeln, Lenkungen und Kabelbäumen haben in den vergangenen Monaten die Fabriktore für immer geschlossen oder das baldige Ende der Produktion verkündet.

„In letzter Zeit haben wir es vermehrt mit kompletten Werkschließungen zu tun“, berichtet Kay Kürschner, Geschäftsführer der in Essen und Berlin beheimateten PCG - Project Consult GmbH, die sich auf die betriebswirtschaftliche Beratung von Betriebsräten und Gewerkschaften spezialisiert hat. „Es wird von Monat zu Monat mehr. Aktuell bekommen wir pro Woche mindestens eine Handvoll Anfragen herein – von Automobilzulieferern, aber auch von Lieferanten der Bauwirtschaft, beispielsweise Herstellern von Armaturen, Küchenmöbeln, Türzargen oder Klimaanlage.“ Aktuell geraten auch viele Kunststoff-Recyclingfirmen in Not (siehe auch „Zwölf Sorten Plastik“, S. 26 ff.).

Gibt es in solchen Situationen so etwas wie goldene Regeln, die Betriebsräte beachten sollten? Kardinalfehler, die auf jeden Fall zu vermeiden sind? Wir haben Gewerkschafter, Beschäftigtenvertretungen und arbeitnehmernahe Berater gefragt.



Keinen schnellen Deal abschließen ...

Manche Arbeitgeber nutzen die Situation der anfänglichen Schockstarre und drängen den Betriebsrat zu einer schnellen Unterschrift unter eine Vereinbarung nach dem Motto: „Wenn wir jetzt noch ein halbes Jahr verhandeln, müssen wir noch mehr Leute entlassen.“ Darauf sollte

der Betriebsrat sich auf keinen Fall einlassen. Im Gegenteil: Der Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, den Betriebsrat rechtzeitig und umfassend zu informieren und die geplanten Maßnahmen – samt Auswirkungen auf die Beschäftigten – mit ihm zu beraten. Dazu gehören beispielsweise detaillierte Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Eine schicke Powerpoint-Präsentation mit aus der Luft gegriffenen Zahlen zu erhofften Kostensenkungen reicht nicht. Ganz wichtig, so Kay Kürschner: „Der Arbeitgeber sollte auf jeden Fall der Überbringer der schlechten Botschaft sein. Er darf das nicht auf den Betriebsrat abwälzen.“



... aber trotzdem schnell handeln

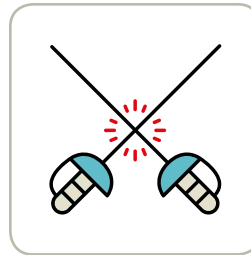
Der Betriebsrat ist in der Situation in der Regel überfordert. „Widerborstigkeit allein reicht nicht“, erklärt Kürschner. Es gehe darum, „das vom Arbeitgeber vorgelegte Zahlenwerk genau zu durchleuchten und die Stilllegungspläne des Managements mit Alternativszenarien zu

kontern.“ Dazu reichten die Ressourcen des Betriebsrats aber in den allermeisten Fällen nicht aus. Daher sollten sie schnellstmöglich die Gewerkschaft ins Boot holen und Expertinnen oder Experten in der

Begleitung von Betriebsräten und Gewerkschaften beauftragen. Bei Unternehmen ab 300 Beschäftigten hat der Betriebsrat sogar einen Rechtsanspruch auf Übernahme der Kosten für die Beratung. Mit Unterstützung der externen Expertise kann der Betriebsrat „den Arbeitgeber zwingen, sich mit dem eigenen Konzept noch einmal intensiv auseinanderzusetzen und es auf Plausibilität zu überprüfen“, erklärt Michael Gill, Geschäftsführer des in Stuttgart ansässigen IMU Instituts. Dann komme es tatsächlich regelmäßig vor, „dass wir nachweisen können, dass das Konzept des Arbeitgebers eben nicht gut durchdacht war und dass man noch einmal über Alternativen nachdenken sollte“.

Das alles geschieht unter großem Zeitdruck. „Man muss möglichst schnell mit den Entscheidern auf Arbeitgeberseite zusammenkommen“, so PCG-Geschäftsführer Kürschner. „Dann hat man Chancen, etwas zu bewegen.“ Natürlich nur mit einem Plan, „der auch einer kritischen Überprüfung durch die Beraterinnen und Berater des Arbeitgebers standhält“, betont sein IMU-Kollege Michael Gill: „Unsere Konzepte müssen einer betriebswirtschaftlichen Logik folgen. Wir versuchen nicht, auf Biegen und Brechen Standorte zu erhalten, die nicht lebensfähig sind.“

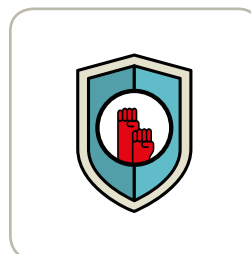
Die Bilanz, meint Kay Kürschner, sei gar nicht schlecht. „Hin und wieder kann mit unserer Hilfe eine Standortverlagerung tatsächlich verhindert werden.“ Das sei der „Best Case“. „Was wir in den meisten Fällen schaffen, ist eine Reduzierung des Beschäftigungsabbaus oder eine Streckung der Schließungspläne über einen längeren Zeitraum.“ Oder es gelingt, gemeinsam mit der Belegschaft Ideen für eine Produktsparte mit Zukunft zu entwickeln, die am Standort verbleiben kann. Grob geschätzt, passiere „bei vier von fünf Mandaten nicht eins zu eins, was der Arbeitgeber ursprünglich geplant hat. Allerdings gibt es auch Situationen, wo der Standort definitiv nicht zu halten ist und es um einen guten Sozialplan und die Einrichtung einer Transfergesellschaft geht.“



Auf Konfrontation gehen

Notgedrungen begleiten manche Betriebsräte den vom Arbeitgeber verordneten, stückweisen Schrumpfkurs über Jahre hinweg sozialpartnerschaftlich und konfliktfrei gegen das ein oder andere Zugeständnis bei den Abfindungen. Spätestens wenn ein Standort akut bedroht

ist, sollte allerdings Schluss damit sein. Wichtig sei, dass der Betriebsrat und die Beschäftigten motiviert und konfliktbereit sind, sagt Jochen Müller, Co-Geschäftsführer des IMU Instituts. Dazu braucht es auch die richtigen Akteure auf Betriebsratsseite: konfliktfähige Frauen und Männer, glaubwürdige Galionsfiguren. Mitunter bringt erst ein Wechsel im Vorsitz den entscheidenden Impuls – wie beim Continental-Werk im hessischen Babenhausen, das sich vor drei Jahren auf der Stilllegungsliste der Konzernführung fand. Kurz zuvor hatte Anne Nothing den Vorsitz im Gremium übernommen. „Wie lange wollen wir denn noch warten?“, rief sie der Belegschaft entgegen. „Wenn der Werksleiter vor der versammelten Mannschaft redet, dreht ihr ihm einfach alle euren Rücken zu“, instruierte sie die Belegschaft. So geschah es. Der Mann war total irritiert. So etwas hatte er noch nie erlebt.



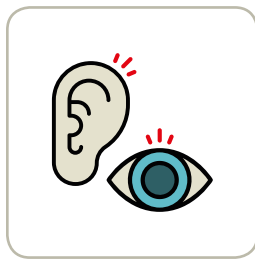
Konfliktfähigkeit herstellen

„Wirtschaftliches Drohpotenzial, Eskalationsfähigkeit und eine starke gewerkschaftliche Verankerung in der Belegschaft erhöhen die Chancen, dass wir mit Alternativen zur Standortschließung zum Management durchdringen“, postu- ▶

► liert Jochen Müller vom IMU Institut. „Wir können mit dem Betriebsrat ein wunderschönes Segelboot bauen, aber der Wind dazu kommt von der Gewerkschaft.“ Wenn die Bänder stillstehen, könne das durchaus ein paar Millionen Euro am Tag kosten. „Je größer die Androhung eines wirtschaftlichen Schadens für den Arbeitgeber ist, desto schärfer das Schwert am Verhandlungstisch mit dem Arbeitgeber.“

Am Beispiel des Konflikts mit Continental vor drei Jahren, als mehrere Werke mit Tausenden Beschäftigten auf der Schließungsliste standen, hat der IG Metall-Bezirk Mitte gezeigt, wie es geht. Anfangs waren die Belegschaften vor Ort alles andere als arbeitskampffähig, der Organisationsgrad vielerorts knapp zweistellig und die Betriebsräte traditionell auf friedliche Einigung mit dem Arbeitgeber ausgerichtet. Auf ein von vornherein aussichtsloses Kräfteressen aber konnte und wollte die Gewerkschaft sich nicht einlassen. Unter der Regie der Bezirksleitung in Frankfurt und der Geschäftsstellen wurden die Standorte per Anweisung stufenweise in den Arbeitskampfmodus versetzt. Bezirksleiter Jörg Köhlinger und sein Team schickten ihre Gewerkschaftssekretäre in jedes Werk. Die „schnelle Eingreiftruppe“ führte über Wochen und Monate Eins-zu-eins-Gespräche mit Beschäftigten am Arbeitsplatz; jeder wurde angesprochen. Mit Erfolg: Der Organisationsgrad schnellte überall in die Höhe, auf 70, 80, teilweise über 90 Prozent.

Es hat sich gelohnt: An allen umkämpften Standorten lenkte Continental schließlich ein und willigte in längere Fristen für den Stellenabbau, ein Aufschieben der Schließung um zwei oder drei Jahre, deutlich höhere Abfindungen und den Einsatz von Transfergesellschaften für die Hilfe bei der Suche nach neuen Jobs ein. Betriebsbedingte Kündigungen wurden ausgeschlossen, jedenfalls für IG Metall-Mitglieder.



Alle Sinne auf Empfang

Betriebsräte müssten „viel früher anfangen, ein Sensorium zu entwickeln, ob der Standort für die Zukunft noch gut aufgestellt ist“, nicht erst, wenn die Geschäftsführung zum unangenehmen Gespräch bittet. So sieht es Norbert Göbelsmann, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall

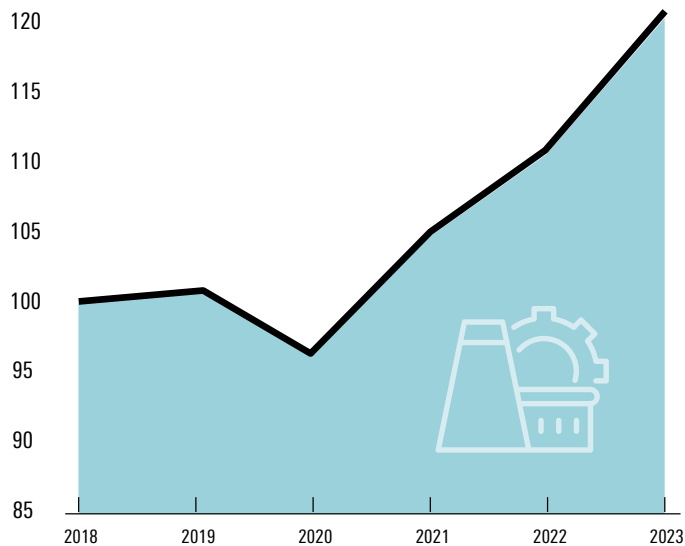
in Freiburg im Breisgau. Er wirbt für den „Zukunfts-Check“, ein von der IG Metall Baden-Württemberg entwickeltes und vom Transformationsteam der Gewerkschaft moderiertes Workshopformat. Für einen halben Tag „holen wir den Betriebsrat zusammen, durchleuchten den Betrieb systematisch und schärfen den eigenen Blick für Stärken und Schwächen des Standorts“.

Was verbirgt sich hinter den angeblichen Kostenproblemen des Unternehmens? Sind wir längst im ruinösen Preiskampf? Wie zukunftsfähig sind unsere Produkte? Welche Gerüchte kursieren schon, und was ist dran? Was erwarten unsere Kunden von uns? Gerade in kleinen und mittleren Betrieben mit dürftigem Organisationsgrad, so Norbert Göbelsmann von der IG Metall, könne das eine Alternative zu einer aufwendigen Gewerkschaftsmobilisierungskampagne à la Continental sein.

Nur ein Betriebsrat, der das Ohr am Puls des Unternehmens hat, das weiß Göbelsmann aus Erfahrung, „ist diskursfähig und kann sogar die wirtschaftliche Meinungsführerschaft übernehmen“. Und eigene Vorschläge entwickeln, die er im Dialog mit dem Arbeitgeber platzieren kann, lange bevor der große Knall kommt. Ein Betriebsrat, der auf Augenhöhe mit der Geschäftsführung diskutiert – so etwas spricht sich schnell herum und verschafft dem Gremium ein besseres Standing in der Belegschaft. „Und das“, sagt Göbelsmann, „kann im Konfliktfall genauso wichtig sein wie ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad.“ ■

Immer mehr Betriebe machen dicht

Entwicklung der Unternehmensschließungen in der Industrie (2018 = 100)



Quelle: Mannheimer Unternehmenspanel 2024

PRAXISTIPP

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) wertet regelmäßig Betriebs- und Dienstvereinbarungen aus und zeigt anhand von Beispielen, worauf es ankommt. Mit der Reihe Praxistipp stellen wir in jeder Ausgabe eine Auswertung vor.

Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz fängt mit Prävention an

Arbeitgeber müssen Beschäftigten nach langer Krankheit ein Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) anbieten. Damit soll einer weiteren Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und die Arbeitskraft erhalten werden. Dazu verpflichtet sie der Gesetzgeber. Doch nicht immer kommen die Arbeitgeber dieser Verpflichtung nach, oder machen nur das Allernötigste. Beim Nahrungsmittelhersteller Hochland und bei der Bremer Stadtverwaltung haben die Interessenvertretungen Betriebs- und Dienstvereinbarungen abgeschlossen, die nicht nur das Betriebliche Eingliederungsmanagement verbessern, sondern auch den Arbeits- und Gesundheitsschutz erfassen.

Als der Nahrungsmittelhersteller Hochland vor knapp 15 Jahren krankheitsbedingte Kündigungen aussprechen wollte, intervenierte der Betriebsrat. Er verhinderte die Kündigungen und schuf am Ende eine Betriebsvereinbarung zu BEM, die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgeht. Für die Betriebsratsvorsitzende Sabine Wagner war klar: Prävention beginnt nicht dort, wo Menschen 42 Tage innerhalb eines Jahres krank waren. Daher definiert die Betriebsvereinbarung auch den Erhalt und die Förderung von

Gesundheit als Ziel des BEM und verzahnt es mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dieser Gedanke ist inzwischen zum Selbstläufer geworden und wird zum Beispiel bei der Bestellung neuer Anlagen automatisch mitgedacht. Grundsätzlich ist die Teilnahme für die Beschäftigten freiwillig, aber sie können ein BEM jederzeit beantragen.

Auch dem Personalrat der Bremer Stadtverwaltung ging es nicht nur um die BEM-Ziele, sondern generell um gesunde Arbeitsbedingungen. Dazu schloss der Gesamtpersonalrat 2009 eine Dienstvereinbarung ab, die drei Jahre später durch eine Handlungshilfe ergänzt wurde. Allerdings stellte sich nicht der gewünschte Erfolg ein. Als größtes Hindernis hatte sich in der Praxis erwiesen, dass Führungskräfte die BEM-Gespräche führten, die meist wenig Erfahrung mit solchen Fällen hatten.

Mit der Überarbeitung der Handlungshilfe 2018 wurden BEM-Teams und -Beauftragte in den Dienststellen eingesetzt und geschult. Dies hat das Vertrauen der Beschäftigten erhöht, da es den Beauftragten gelang, wesentliche Elemente der Handlungshilfe umzusetzen. Dabei bleibt die Vereinbarung aber nicht stehen. Alle fünf Jahre wird die Arbeit evaluiert und verbessert. ■



Die Porträts zum Nachlesen

Hochland:



Bremer
Stadtverwaltung:



Weitere Fragen an:
betriebsvereinbarung@
boeckler.de

Die Berliner U-Bahn-Fahrerin Sandra Gerhardt hat kein Problem damit, „zu arbeiten, damit andere etwas erleben können“.



WIR MACHEN'S MÖGLICH

FUSSBALL-EM Zehntausende Beschäftigte sorgen dafür, dass die Fans das Mega-Event in Deutschland erleben und genießen können.

Von **Stefan Scheytt**



Die ganze Stadt ein Stadion“ – so lautet das Motto Stuttgarts, wo in diesem Sommer fünf Spiele der Fußball-EM ausgetragen werden. „Das ganze Land ein Stadion“ – so ließe sich das Motto auf Deutschland übertragen: 51 Spiele in zehn Städten von Düsseldorf bis Leipzig, von Hamburg bis München; allein in den Stadien werden 2,7 Millionen Besucher erwartet, bis zu 12 Millionen weitere Menschen in den Fanzonen und bei Public Viewings. Dass diese Massen bei der drittgrößten Sportveranstaltung der Welt transportiert, verköstigt und beherbergt werden und sich sicher fühlen, ist auch Zehntausenden von Beschäftigten zu verdanken.

Sandra Gerhardt ist seit neun Jahren U-Bahn-Fahrerin bei der BVG in Berlin, Verdi-Mitglied – und Fan des Fußball-Zweitligisten Hertha BSC. Manchmal geht sie sogar selber ins Olympiastadion, wo sechs EM-Begegnungen angepfiffen werden, auch das Endspiel Mitte Juli. Stünde die deutsche Mannschaft im Finale und wäre Sandra Gerhardt an diesem Tag zum Dienst eingeteilt – und damit das Live-Erlebnis vorm Fernseher unmöglich –, wäre das für sie kein Problem: „Es

gehört nun mal zum Berufsleben einer U-Bahn-Fahrerin, dass man arbeitet, damit andere etwas erleben können. Und ich arbeite gern und bin gern zuverlässig.“ Abgeklärt schaut die 30-Jährige auch auf die Fans und ihr Verhalten: Einerseits freut sie sich auf die Großveranstaltung in ihrer Stadt, die mit mehr als zwei Millionen Besuchern im Stadion und in der Fanzone am Brandenburger Tor rechnet. „Gut gelaunte Fans als Fahrgäste machen anderen Fahrgästen gute Laune.“ Dafür revanchiert sich Gerhardt manchmal, indem sie per Mikro einen Spielstand durchgibt oder beim Aussteigen hinterherruft: „Ich hoffe, Sie haben unsere wunderbare Fahrt genossen und noch einen schönen Abend.“

Natürlich hat sie auch schon Situationen erlebt, die sich keiner wünscht: frustrierte, alkoholisierte Fans, die randalieren und Fahrgäste oder auch sie anpöbeln. „Das Turnier wird definitiv eine höhere Belastung sein. Die Züge werden zum Teil brechend voll sein, und dann sind die Leute oft gereizter.“

Denn schon der Normalbetrieb ist auf Kante genäht. Eine von Verdi beauftragte aktuelle Studie über den kommunalen ÖPNV weist ►



Foto: Getty Images



Foto: Picture Alliance / dpa

Busfahrer Andreas Czerwinski geht auch bei abendlichem Anpfiff früh zu Bett – damit er zu Schichtbeginn ausgeschlafen ist.

► einen Bedarf von rund 65 000 Fahrerinnen und Fahrern allein bis 2030 aus – und das nur, um das heutige Angebot an Bussen und Bahnen aufrechtzuerhalten. „Wegen unseres hohen Krankenstands graut mir schon vor der EM. Die Kollegen sind auch ohne die Sonderbelastung durch die EM ausgebrannt“, sagt Inge Ritter, seit 31 Jahren Straßenbahn- und Stadtbahnfahrerin bei der Ruhrbahn in Essen, die auch den EM-Spielort im nahen Gelsenkirchen bedient. Im jüngsten Arbeitskampf hat sich die Verdi-Vertrauensfrau stark engagiert, nahm an Warnstreiks teil und fuhr zur Großkundgebung nach Dortmund, wo ebenfalls EM-Spiele ausgetragen werden. „Wir werden laut, damit jeder weiß: Im ÖPNV kann es so nicht weitergehen“, sagt Inge Ritter. Wie schlecht die Arbeitsbedingungen seien, sehe man

auch daran, dass kaum noch Nachwuchs zu finden sei. „Wir müssen ausbilden, ausbilden, ausbilden, und dafür müssen wir attraktiver werden. So attraktiv wie früher, als sich Kinder wünschten, Feuerwehrmann, Polizist, Lok- oder Straßenbahnführer zu werden.“

Trotz deutlicher Kritik an zu hoher Wochenarbeitszeit, fehlenden Entlastungstagen und Zulagen sei sie „Fahrerin mit Leib und Seele“, versichert Ritter und erinnert an die „wunderbare Stimmung“ während der WM 2006: „Wenn ich daran denke, krieg ich Gänsehaut. Wir wurden zwar nicht Weltmeister im Fußball, aber ‚Weltmeister der Herzen‘.“ Und obwohl selbst kein großer Fußballfan, trug sie im Dienst manchmal ein Deutschlandtrikot oder steckte Fähnchen an ihre Straßenbahn.



”

Wir werden laut, damit jeder weiß: Im ÖPNV kann es so nicht weitergehen.“

Inge Ritter, Straßenbahn- und Stadtbahnfahrerin bei der Ruhrbahn in Essen



Foto: Jens Volle

So weit würde Andreas Czerwinski, Busfahrer in Stuttgart, kaum gehen. Fußball interessiert ihn nicht wirklich, selbst bei einem Endspiel am Abend mit deutscher Beteiligung würde er vermutlich nach der ersten Halbzeit ins Bett gehen, um seine Frühschicht ausgeschlafen antreten zu können. Zwei der vier EM-Wochen wird der Verdi-Vertrauensmann im Urlaub sein – aus Solidarität mit den Kollegen, die schulpflichtige Kinder haben. Und in den anderen zwei Wochen wird er „um jeden Tag froh sein, an dem ich nicht in die Innenstadt fahren muss“. Zu den ständigen Umleitungen wegen Stuttgart 21, der berühmten Dauer-Großbaustelle am Hauptbahnhof, werden sich im Stuttgarter Talkessel Zehntausende tummeln. „Es bedeutet immer Stress, wenn viele fremde Leute in der Stadt sind, die sich nicht auskennen, keine Fahrpläne und Linienverläufe kennen und dann uns Fahrer oft in fremden Sprachen ansprechen. Aber irgendwie kriegen wir das schon hin“, sagt Czerwinski, der seit 40 Jahren Busfahrer ist. Zumal er weiß, dass die Hauptlast die Kolleginnen und Kollegen auf der Schiene trifft, während er in seinen Bussen „nur“ Zubringerdienste leisten muss.

In seinem Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen hat sich Czerwinski auch an der Kampagne von Verdi und Fridays for Future (FFF) für einen massiven Ausbau des ÖPNV mit entsprechender personeller Ausstattung beteiligt. In einem Interview mit einer Philosophiestudentin

und Klimaaktivistin bekannte er unlängst in der Lokalzeitung: „Was sich FFF auf die Fahnen geschrieben hat, ist fast identisch mit unseren Forderungen. Warum also nicht zusammenarbeiten und die Kampfkraft vergrößern, anstatt dass jeder sein Süppchen kocht?“

Natürlich gehört auch das Gastgewerbe von den Hotelketten bis zu Essenslieferdiensten, Burgerketten und Restaurants zu den Profiteuren des Mega-Events, ebenso der Lebensmitteleinzelhandel und die Ernährungsindustrie von den Brauereien bis zur Fleischbranche. Allesamt sind sie nicht bekannt dafür, besonders gewerkschaftsfreundlich zu sein, was den Geschäftsführer der NGG-Region Berlin-Brandenburg, Sebastian Riesner, zu Kritik veranlasst: Es stoße schon sauer auf, „wie sich manche Unternehmen großzügig als Sponsoren hervortun, wenn gleichzeitig die Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten bestenfalls Mittelmaß sind. Wenn dann in Tarifrunden behauptet wird, es sei kein Geld für höhere Löhne da, wundert und ärgert man sich schon“, sagt Riesner.

Ein Beispiel dafür ist EM-Sponsor Lidl, der imagefördernd Plätze für „offizielle Einlaufkinder“ und Tickets für Stadionbesucher verlost. Ein Lidl-Manager kommentierte: „Wir freuen uns sehr darauf, Teil einer Veranstaltung zu sein, die sowohl unsere Kundschaft als auch unsere Mitarbeitenden in allen Ländern begeistert.“ Hinter die Begeisterung der Mitarbeiter darf man jedoch ein Fragezeichen setzen. Während sich der Branchenkrösus als „offizieller Partner“ der EM feiert, mussten die NGG und ihre Mitglieder auch bei der Lidl-Tochter MEG (Mitteldeutsche Erfrischungsgetränke) in Sachsen-Anhalt jüngst Streiks ansetzen, damit die Arbeitsbedingungen endlich jenen in Westdeutschland nahekommen. „In den letzten zwei Jahren haben wir bei den Löhnen in Ostdeutschland gute Fortschritte gemacht, sie stiegen um rund 20 Prozent“, sagt Sebastian Riesner. „Aber das waren auch Nachhol-effekte. Für eine 100-prozentige Angleichung, also das Einreißen der lächerlichen Lohnmauer 35 Jahre nach der Wiedervereinigung, müssen und werden wir weiterkämpfen.“

Tief im Westen, am EM-Spielort Düsseldorf, leistet Polizeihauptkommissar Torsten Oeser seinen Beitrag für ein gelungenes Turnier. Im Polizeipräsidium wird Oeser in der „Gefangensammelstelle“ Personen, die zuvor an Stadien, ►

► in Fanzonen oder auf Bahnhöfen festgenommen wurden, vernehmen und an andere Orte verteilen. Nach Ausschreitungen können dies 20, 30 oder noch mehr Verdächtige auf einmal sein. Darüber, dass er solche Sonderdienste leisten muss – über die Dauer der EM könnten es ein Dutzend Einsätze à zwölf Stunden werden, es gilt eine Urlaubssperre –, will Oeser nicht klagen: „Das gehört nun mal zum Job“, sagt der 55-Jährige. Eine Belastung sei es trotzdem, „und die könnte geringer sein, wenn es mehr Kollegen gäbe“. Oesers Gewerkschaft, die GdP, rechnet vor, dass Polizistinnen und Polizisten von Bund und Ländern zuletzt fast 2,5 Millionen Stunden nur zur Absicherung von Fußballspielen leisteten, das entspricht mehr als 1900 Stellen. Und die EM und die dort geleisteten regulären und Überstunden kommen noch obendrauf.

Und nicht nur das: Zu den „zunehmenden Respektlosigkeiten und Angriffen“ auf Polizistinnen und Polizisten, wie sie die GdP im Ligaalltag feststellt, bringt die EM zusätzliche Gefahren wie

Terroranschläge mit sich. In NRW, wo die meisten Spiele stattfinden, wurde deshalb eigens ein zentrales Lagezentrum eingerichtet. „Das Gefährdungspotenzial macht uns Sorge, auch wenn wir uns bestmöglich darauf vorbereiten“, sagt Oeser. Er selbst hatte schon unangenehme Begegnungen mit reisenden Fans: Es war während der EM 2016 in Frankreich. Ein Bus voller Fans hatte auf einem Rastplatz an der A1 bei Remscheid angehalten, betrunkene Männer fing an, Autofahrer anzupöbeln. Zwei Streifenwagenteams konnten die Situation nicht beruhigen, weshalb Oeser und seine Kollegen von der Autobahnpolizei hinzugerufen wurden. „Als wir eintrafen, sahen wir, wie sich die Kollegen körperlich mit den Fans auseinandersetzen mussten, aber auch gemeinsam waren wir zahlenmäßig unterlegen und mussten Pfefferspray und Schlagstöcke einsetzen. Erst als noch mehr Polizisten eintrafen, bekamen wir die Lage in Griff.“ Oeser blieb unverletzt, anders als manche Kollegen. Deshalb auf Großereignisse wie die EM zu verzichten, sei jedoch

Inge Ritter ist Straßenbahnfahrerin „mit Leib und Seele“. Wenn sie an die Stimmung bei der WM 2006 denkt, bekommt sie heute noch Gänsehaut.



Foto: Thomas Range

keine Option: „Dann hätte eine radikale Minderheit gewonnen. Die meisten Veranstaltungen verlaufen ja ohne Zwischenfälle. So eine EM ist eine schöne Gelegenheit, dass Menschen aus vielen Ländern friedlich zusammen feiern.“

Nach dem Feiern kommt das Aufräumen. Am EM-Spielort Leipzig sorgt dafür die kommunale Stadtreinigung, ein Eigenbetrieb mit gut 900 Beschäftigten. Deren Personalratsvorsitzender ist Verdi-Mitglied Lars Krönig, der bis vor Kurzem noch selbst auf dem Müllauto durch Leipzig fuhr. „Es wird natürlich mehr Abfall geben als sonst, deshalb auch erheblich mehr Arbeit für die Beschäftigten und entsprechend viele Überstunden und eine verstärkte Rufbereitschaft“, berichtet Krönig. Die eigenen Gärtner werden die Parks sauber halten, Beschäftigte im Ruhestand werden reaktiviert, aus dem nahe gelegenen Halle werden Kollegen dazustoßen. An den Stadien werden Wertstoffinseln mit Aufklebern zur Abfalltrennung in zehn Sprachen stehen, in der Fanzone Abfallpressen. Lars Krönig berichtet von Sonderdienstplänen, Sonderschichten, mehr Nachtdiensten: „Damit morgens alles in akkuratem Zustand ist. Das ist unser Job“. Alles beruhe auf Freiwilligkeit, es gebe keine Urlaubssperre. Aber leider auch keine EM-Zulagen. ■

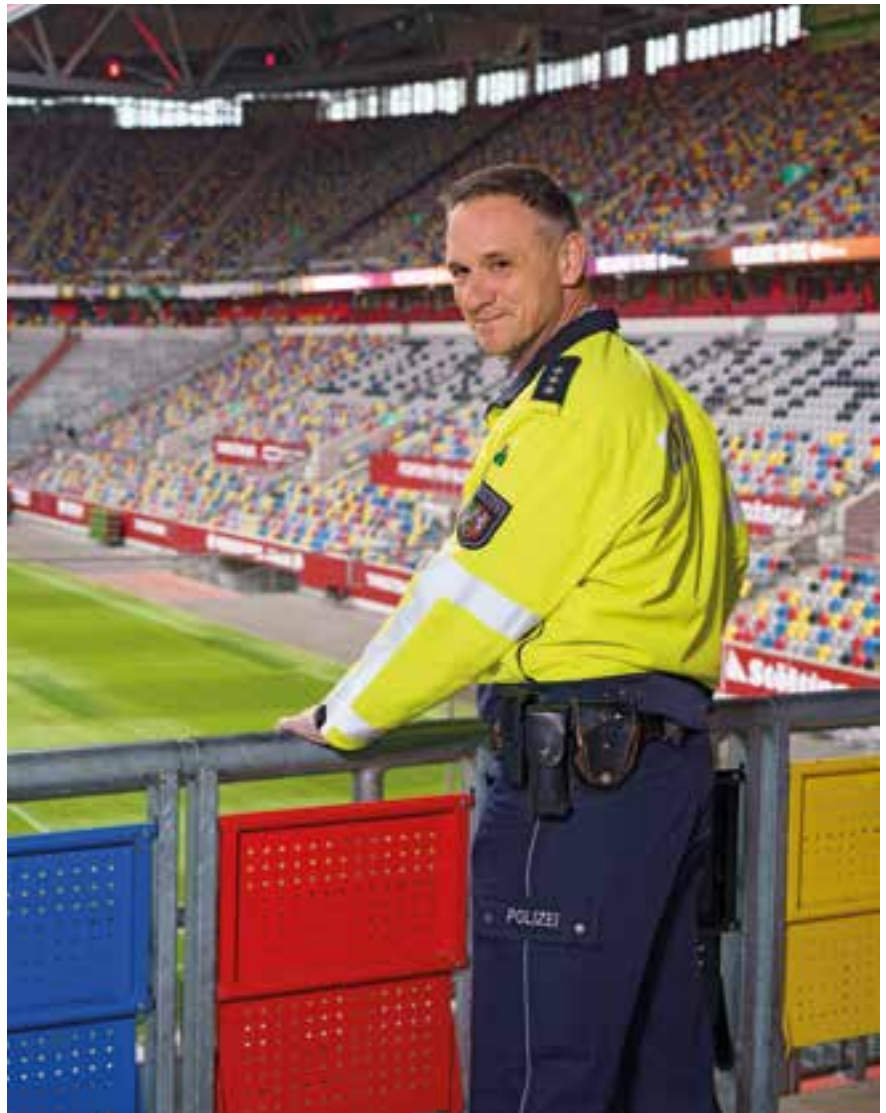


Foto: Stephen Petret

”

Das Gefährdungspotenzial macht uns Sorge, auch wenn wir uns bestmöglich darauf vorbereiten.“

TORSTEN OESER, Polizeihauptkommissar

Polizeihauptkommissar Torsten Oeser hofft, dass er nicht allzu viele Randalierer in der Gefangenensammelstelle vernehmen muss.

„Wir reproduzieren Armut immer weiter“

FAMILIENPOLITIK Bettina Kohlrausch, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, über Kinderarmut und nicht eingehaltene Koalitionsversprechen

In der Koalition wird weiter um die Kindergrundsicherung gerungen. Wie viel Grundsicherung wird am Ende noch herauskommen?

BETTINA KOHLRAUSCH: Es wurden ja bereits einige Konflikte gelöst. Allerdings hätten wir uns andere Ergebnisse gewünscht, auch weil es im Koalitionsvertrag anders vereinbart wurde.

Um welche Themen ging es da?

Einer unserer Hauptkritikpunkte ist die Orientierung der Höhe des einkommensabhängigen Teils der Kindergrundsicherung am Bürgergeld. Im Koalitionsvertrag hatten sich die Parteien darauf verständigt, das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern neu zu berechnen.

Warum ist das wichtig?

Das derzeitige Existenzminimum orientiert sich an Einkommen und Verbrauch der 20 Prozent ärmsten Haushalte. Wir gehen nicht nur davon aus, dass damit die tatsächlichen Bedarfe systematisch unterschätzt werden. Mit der Orientierung am ärmsten Fünftel unserer Gesellschaft reproduzieren wir Armut immer weiter. Wir haben dazu ein Alternativkonzept erarbeiten lassen, nach dem der Bedarf bei Ausgaben für Grundbedürfnisse wie Ernährung, Bekleidung und Wohnen nicht mehr als 25 Prozent und bei sonstigen Bedürfnissen nicht mehr als 40 Prozent von der Mitte nach unten abweichen darf. Je nach Alter liegt der Satz in unserem Konzept zwischen 30 und 190 Euro höher als derzeit geplant.

Was kritisieren Sie noch?

Dass vor dem neuen Gesetz nicht alle Kinder gleich sind. Kinder aus geflüchteten Familien,

die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, bekommen unterm Strich sogar weniger als bisher. Dagegen wurde der Steuerfreibetrag, von dem besonders Gutverdienende profitieren, nicht an das Niveau der Grundsicherung angepasst. Auch die Idee, dass Eltern alle Leistungen, auf die sie Anspruch haben, aus einer Hand bekommen, könnte auf der Strecke bleiben. Wie es im Moment aussieht, könnte es auch nach Einführung der Kindergrundsicherung mehrere Anlaufstellen geben.



WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch

Warum ist Kinderarmut besonders schlimm?

Weil Kindheit eine sehr verletzte Phase ist. Was Kinder erleben, prägt sie fürs Leben. Armut ist eine sehr prägende Erfahrung. Viele werfen armen Eltern vor, dass sie sich nicht genügend um ihre Kinder kümmern. Das ist unfair, alle Eltern wollen das Beste für ihre

Kinder, aber Armut beschränkt die Möglichkeiten der Eltern, ihre Kinder zu unterstützen, in vielerlei Hinsicht. Armut verursacht Stress, sie stigmatisiert, und darunter leiden Kinder. So hat eine Studie der Bertelsmann Stiftung gezeigt, dass arme Kinder sich häufig schämen, Freunde nach Hause einzuladen. Armut trifft Kinder zudem in einer Bildungsphase, in der die Weichen fürs Leben gestellt werden.

Lässt sich das Problem der Benachteiligung im Bildungssystem mit der Kindergrundsicherung lösen?

Natürlich müssen wir auch im Bildungssystem die Benachteiligung von armen Kindern bekämpfen. Aber wir müssen beides zusammen denken. Oft wird armen Eltern ja unterstellt, das Geld komme nicht bei ihren Kindern an. Das ist einfach falsch. Gegen Armut hilft wirklich Geld. Es nützt nicht nur den Kindern, es nützt auch gesamtgesellschaftlich. Unsere Studien zeigen: Die Zahl der Menschen, die einen mittleren oder höheren statt einen niedrigen Bildungsabschluss besitzen, wäre durch die Grundsicherung im Jahr 2050 um 840 000 höher. Damit nimmt nicht nur die Zahl der Fachkräfte zu, auch ihre eigenen Einkommenserwartungen steigen, und das Armutsrisiko sinkt zukünftig.

Gibt es etwas Gutes an der Kindergrundsicherung – in der Form, in der sie jetzt vorliegt?

Sie wird Kinderarmut nicht abschaffen, aber sie ist besser als nichts. Es ist ein Schritt vorwärts, wenn Eltern der Zugang zu den finanziellen Leistungen, die ihnen zustehen, erleichtert wird. Gut ist auch, dass die Grundsicherung von Kindern nicht mehr unter Bürgergeld fällt. Unter dieser Stigmatisierung sollten Kinder nicht leiden. ■

Das Interview führte **Fabienne Melzer**.

ALUMNI

Grimme-Preis für Jonas Walter

Der frühere Böckler-Stipendiat Jonas Walter ist für seinen Spielfilm „Tamara“ mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet worden. Der Film ist Walters Abschlussarbeit an der Filmhochschule Babelsberg. „Tamara“ erzählt von einem Land, das es nicht mehr gibt und das doch noch immer präsent ist. Es ist ein Film über eine Familie, die sich auflöst, über Grenzen des Verstehens und letzte Geheimnisse. Je mehr Tamara, eine junge Frau, die in der DDR geboren wurde, über die Vergangenheit wissen will, desto mehr verschanzte sich die Mutter. Als dann noch der Vater bei einem Verkehrsunfall stirbt und das Elternhaus verkauft wird, erlebt Tamara, was ihre Eltern nach 1989 erlebt haben. Alles ändert sich – und das Leben

lässt einem kaum Zeit, damit klarzukommen. ■

Foto: Jonas Scheler



Hier geht es zum Interview

STUDIENFÖRDERUNG

300-Euro-Stipendium für Azubis

„Welchen Beruf du lernst, spielt für die Bewerbung keine Rolle. Was zählt, sind deine Kompetenzen im Arbeitsalltag und deine Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.“ So wirbt die Stiftung für Ihr neues Azubi-Stipendium TIBB. Die Abkürzung steht für „Talente in der beruflichen Bildung“. Mit 300 Euro monatlich zusätzlich zur Ausbildungsvergütung sollen Auszubildende in Zukunft unterstützt werden – dazu gibt es ein umfangreiches Bildungsangebot, Sprachkurse und einen geplanten Auslandsaufenthalt, Karriereberatung sowie eine Community. Das Projekt unter dem Namen TIBB – befindet sich „noch in der Aufbau- und Bewerbungsphase“, sagt Teamleiterin Stefanie Nartschik-Mikami. „Hintergrund ist die Öffnung der akademischen Begabtenförderungswerke für die berufliche Bildung mittels verschiedener Pilotprojekte“, erklärt Ralf Richter, Leiter der Abteilung Studienförderung. Die akademische und die berufliche Ausbildung sollen gleichwertig behandelt werden. „Das Stipendium dient nicht dem Lebensunterhalt, sondern soll zusätzliche ausbildungsbezogene Vorhaben unterstützen“, sagt Richter. Mit der Förderung geht es 2025 los, wissenschaftlich begleitet von der Universität Hannover. ■



www.tibb-boeckler.de

KURZ GEMELDET

Für die Transformation

Foto: privat



Arne Münkkel arbeitet seit Anfang des Jahres als Projektassistent für den Hub „Transformation gestalten“. Von Berlin aus hilft er, Forschungsinhalte zur sozialökologischen

Transformation zusammenzuführen und unterstützt die „Förderlinie Transformation“, über die Workshops und der Forschungstransfer organisiert werden. ■

Neue Justiziarin

Foto: Karsten Schöne



Pelin Naskos ist seit Mai neue Justiziarin in der Verwaltung. Sie unterstützt die Stiftung in rechtlichen, insbesondere personalrechtlichen Fragen. Naskos hat zuletzt als Rechtsanwältin in einer Düsseldorfer

Kanzlei am Medienhafen gearbeitet. ■

Ausgezeichnet

Foto: Hereaus Bildungsstiftung



Lenny Liebig ist Künstler und Vermittler. Für ein Unterrichts- und Ausstellungsprojekt an einer Gesamtschule wurde der Alumnus zusammen mit zwei Kolleginnen mit dem Sonderpreis „Kulturelle Bildung“ beim

Deutschen Lehrkräftepreis ausgezeichnet. ■

Referentin am HSI

Foto: Frank Rumpfenhorst



Helene Langbein ist seit Mai Referentin am Hugo Sinzheimer Institut. Sie promoviert zum Vorher-nachher-Prinzip, das besagt, dass nach der Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft das zuvor geltende Mitbestimmungsniveau eingefroren wird. ■

Thema: Kreislaufwirtschaft

STIFTUNG Wie schaffen wir es, nachhaltige Werkstoffe einzusetzen, Müll zu vermeiden und dem Ideal der Kreislaufwirtschaft nahezukommen? Überall in der Stiftung wird an diesen Themen gearbeitet.

Von Kay Meiners



SABRINA HELLFEIER betreut im Forschungsbereich Strukturwandel und globale Arbeitsteilung das praxisnahe Format der Branchenanalysen, in denen die Auswirkungen der Transformation in ganz unterschiedlichen Bereichen beleuchtet werden.



MANUELA MASCHKE betreut unter anderem ein Praxisprojekt zur Kreislaufwirtschaft, das vor allem die sozialen Aspekte des Umbaus untersucht. Abgeschlossen ist ein Reallabor mit der Kunststoffindustrie in Ostwestfalen-Lippe. Daneben gibt es über 20 Projekte in der Förderlinie Transformation, die sich mit verschiedenen Aspekten des Themas befassen.



SASKIA FREYE ist in der Forschungsförderung für den Förderbereich Strukturwandel und globale Arbeitsteilung zuständig. Sie betreut Projekte zur kommunalen Versorgung, zu alternativen Energien und dem Einsatz von Wasserstoff in der Stahlindustrie.



VERONIKA DEHNEN ist zuständig für die Kooperation mit dem C2C-Congress, der sich mit dem Cradle-To-Cradle Ansatz in der Kreislaufwirtschaft beschäftigt. An dem Kongress nehmen seit vielen Jahren jeweils zehn Geförderte teil. Sie beschäftigt sich mit dem Fachcluster Wirtschaftsingenieurwesen mit Ansätzen der Kreislaufwirtschaft.

Fotos: Karsten Schöne (1, 2, 3, 5), Stephan Pramme (4), privat (6)



ARNE MÜNDEL beschäftigt sich im Hub: Transformation gestalten mit der sozial-ökologischen Transformation und arbeitet dabei mit Manuela Maschke zusammen, die in der Forschungsförderung Projekte auf betrieblicher Ebene betreut.



MAXI LEUCHTERS arbeitet am I.M.U. zur Unternehmensmitbestimmung in Banken und Versicherungen und zum europäischen Gesellschaftsrecht. Ihr besonderer Fokus liegt auf politischen Bestrebungen, Kapitalflüsse in ökologisch nachhaltige Aktivitäten zu lenken.

Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnitthaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Beschäftigte vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.

DURCHBLICK

Transformation – warum?

Der Klimawandel fordert von Wirtschaft und Gesellschaft grundlegende Änderungen in kurzer Frist. Gleichzeitig wird die Digitalisierung vorangetrieben. In Europa macht sich der demografische Wandel bemerkbar. Pandemie und Ukrainekrieg haben gezeigt, wie anfällig wichtige Wertschöpfungsketten sind. Alles in allem sprechen wir von Transformation – die gestaltet werden muss: sozial und ökologisch, demokratisch, mitbestimmt und fair. Die Themenseite informiert über alle Angebote der Stiftung.



Kunststoffbranche



Die Hersteller von Kunststoffprodukten stehen vor vielerlei Herausforderungen: Ihre Produkte sollen umweltfreundlicher werden, zugleich müssen sie innovativ und wettbewerbsfähig sein und sich neuen

regulatorischen Bedingungen stellen. Diese Studie aus dem Jahr 2020 stellt die Entwicklung der Branche mit Blick auf Beschäftigung, wirtschaftliche Kennziffern und Nachhaltigkeitsziele dar. Daraus werden Aufgaben für die Arbeitspolitik abgeleitet.

Forschungsverbund

Der Umbau hin zu einer Wirtschaft, die die ökologischen Grenzen des Planeten respektiert, kann nur gelingen, wenn er demokratisch, fair und sozial nachhaltig ausgestaltet wird. Dazu braucht die Gesellschaft fundierte Forschung. Im Rahmen eines eigenen Forschungsverbunds lotet die Hans-Böckler-Stiftung Perspektiven einer sozial-ökologischen Transformation aus.





Jörg Seisselberg warnt davor,
Italiens rechte Ministerpräsidentin
Meloni zu unterschätzen.

Der Italienkenner

JÖRG SEISSELBERG berichtet für die ARD aus Italien. Schon zum zweiten Mal lebt und arbeitet er in dem Land, das ihn seit dem Studium nicht mehr losgelassen hat.

Von Fabienne Melzer – Foto Stefano Spaziani

Es liegt einfach so nahe: Wer Italien liebt, liebt es vor allem des Genusses wegen. Vielleicht stellt Jörg Seisselberg deshalb gleich zweimal klar: „Ich gehöre nicht zur Toskana-Fraktion.“ Also zu jenen Menschen, die vor allem in den 1990er Jahren im Sommer in der Toskana einen hedonistischen Lebensstil mit gutem Wein und Nachdenken pflegten. Den 63-jährigen fasziniert die Zerrissenheit des Landes. „Aus politischer Perspektive gibt es kaum etwas Interessanteres als Italien“, sagt der Journalist. „Es ist ein gespaltenes Land, ein Land der Extreme.“

Seit 2019 arbeitet Seisselberg als Korrespondent der ARD in Rom – zum zweiten Mal nach seinem ersten Einsatz in den Jahren 2003 bis 2008. Er nennt Berlusconi den Urvater der Populisten. Giorgia Meloni, die Ministerpräsidentin mit neofaschistischen Wurzeln, hält er für keineswegs so harmlos, wie viele in Europa inzwischen meinen. Um sie einzuschätzen, müsse man sich länger im Land bewegen. Das tut Seisselberg schon seit vielen Jahren. Und er hört genau hin, etwa wenn Meloni über Geschichte spricht und nicht einmal das Wort Faschismus in den Mund nimmt. Manchmal fragt er sich, ob er sich zu sehr an der Frau verbeißt, doch schon im nächsten Augenblick warnt er wieder: „Sie ist schlau. Ich bin sicher, wir haben noch nicht alles von ihr gesehen.“

Gleichzeitig fühlt er sich wohl in diesem Land, in dem die Menschen sich füreinander interessieren. Er mag die Herzlichkeit und den Austausch mit den Menschen, die, anders

als in Deutschland, nicht ständig nach etwas suchen, an dem sie herumrörgeln können. „Für einen Norddeutschen wie mich etwas ungewöhnlich“, sagt Seisselberg und lacht. Aufgewachsen ist er in Soltau, einem 20000-Einwohner-Örtchen in der Lüneburger Heide.

Dass er Journalist werden will, steht schon in der Schule fest. Nach dem Abitur fängt er als Volontär beim Pinneberger Tage-



Foto: privat

Jörg Seisselberg als Student

blatt an. Mit 19 Jahren schreibt er über Sport. Gleich am zweiten Tag seines Volontariats tritt er in die Gewerkschaft ein, wird später Vertrauensmann und übernimmt den Vorsitz der dju-Jugend. Für ihn war das selbstverständlich. „Auch mein Vater war immer in der Gewerkschaft“, erinnert er sich.

Vielleicht wäre sein Weg ohne die Hans-Böckler-Stiftung anders verlaufen. Nach dem Zivildienst hätte er zum Pinneberger Tageblatt zurückkehren können, die Tür stand

offen. „Für die Entscheidung gegen die sichere Stelle und für das Studium war das Stipendium der Stiftung nicht unwichtig“, sagt Seisselberg. Seine Eltern hätten kein Studium finanzieren können. In Hamburg studiert er Politikwissenschaften, hört Vorlesungen zum politischen System Italiens und geht für ein Jahr zum Studium nach Bologna. „Auch das hätte ich mir ohne die Förderung der Stiftung nicht leisten können“, sagt Seisselberg.

Nach dem Studium arbeitet er zunächst freiberuflich für den NDR, berichtet wieder über Sport. Für eine Wochenzeitung reist er immer wieder nach Italien und schreibt Beiträge. Als er 1996 beim NDR fest angestellt wird, fällt sein politisches Interesse schnell auf, und so geht der Sportredakteur 1997 als Parlamentskorrespondent nach Bonn. Dort begegnet er dem jungen Abgeordneten Olaf Scholz. Beide aus Hamburg und beide neu in Bonn, kommen sie schnell ins Gespräch. „Ich bin gerne mit ihm essen gegangen“, erzählt Seisselberg. „Er war sehr unterhaltsam. Er hatte Potenzial.“ Als Scholz 2021 zum Bundeskanzler gewählt wird, sagt ein Bekannter: „Es gab drei Menschen, die daran geglaubt haben, dass Olaf Scholz Bundeskanzler wird: Olaf Scholz selber, sein Staatssekretär und du.“

Im Herbst geht es für Jörg Seisselberg zurück nach Deutschland. Für Italien wünscht er sich, dass die Opposition sich weniger streitet, denn auch das habe Meloni an die Macht verholfen. Ein Standbein will er auf jeden Fall in Italien behalten. Wo, steht noch nicht fest. Aber es wird sicher kein Haus in der Toskana. ■

EVENTS TERMINE, DIE SICH LOHNEN

Foto: Verdi



#krassmedial-Sommerakademie

Wie können Medienmacher gesellschaftlich relevante Themen finden, recherchieren, erzählen und der Polarisierung der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen? Dieser Frage widmet sich die #krassmedial-Sommerakademie. Das Programm setzt seinen Fokus auf Berichterstattung in unruhigen Zeiten. Zum Beispiel geht es – ganz praktisch – um TikTok und Telegram: Wie kann demokratisches Engagement auf solchen Plattformen aussehen? In zwei Praxisworkshops steht das Erzählen in Kurzvideoformaten im Fokus: Wie kann journalistisches Erzählen dort funktionieren, und wie kann man Erzählungen auf TikTok im Social Listening zur Recherche verwenden?

Außerdem gibt es Workshops zu antisemitischen Narrativen in den Medien, zur Recherche internationaler Geldflüsse sowie zur Lokalberichterstattung. Die Sommerakademie beleuchtet auch, wie sich Journalistinnen und Journalisten vor juristischen Angriffen schützen können.

Die #krassmedial-Sommerakademie von Verdi findet in Kooperation mit der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju), der Gewerkschaftspolitischen Bildung gGmbH (Verdi GPB) und der Heinrich-Böll-Stiftung statt. ■

Am 6. und 7. Juli in Berlin-Wannsee
katja.wiesinger@verdi.de



Foto: Kai Löffelbein

Bis 24. August in Bonn

Schattenseiten der Digitalisierung

Millionen Tonnen Elektroschrott verursachen enorme Umweltschäden und zerstören die Lebensgrundlage und Gesundheit vieler Menschen. Mit eindringlichen Bildern beispielsweise aus der

postapokalyptischen Landschaft von Agbogbloshie in Ghana beleuchtet der mehrfach ausgezeichnete Fotograf Kai Löffelbein die Entsorgung dieser westlichen Hinterlassenschaft.

Transformationskonferenz

Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einem rasanten Wandel. Was ist Beschäftigten dabei wichtig? Was braucht es, und welche Rolle nehmen die Betriebs- und Personalräte ein? Wie und wo verankern wir unsere Perspektiven in konkret anstehenden Veränderungen? Und welche Hebel braucht es bei der Finanzierung? Der DGB Hamburg lädt zur gemeinsamen Diskussion.

11. Juli in Hamburg



Info und Anmeldung:

Sommerakademie

„Handlungsfähig in die Zukunft: Kommune neu denken!“ Unter diesem Motto steht die Sommerakademie der Friedrich-Ebert Stiftung und Kommunalakademie Baden-Württemberg. Gemeinsam mit Wissenschaftlern, Kommunalpolitikern, NGO-Vertretern und Gewerkschaftern wollen die Teilnehmer Wege ausloten, um die sich verändernde Kommune zu einer Erfolgsgeschichte zu machen.

Vom 12. bis 14. Juli in Herrenberg Gültstein (Ba-Wü)



Info und Anmeldung:

Klimawandel und Arbeitsschutz

Der Arbeitsplatz ist ein zentraler Ort, wenn es darum geht, die Gesundheit von Menschen zu schützen. Deswegen ist die sichere und gesundheitsförderliche Gestaltung der Arbeitswelt ein zentraler Baustein der Anpassung an den Klimawandel. Die Fachtagung „Klimawandel und Arbeitsschutz“ des DGB nähert sich dem Thema auf drei Ebenen: Arbeitsplatz, Betrieb und Politik. Sie will Arbeitsschutzakteure aus diesen Bereichen miteinander vernetzen und ins Gespräch bringen.

16. Juli in Berlin



Sozialpolitik.BVV@dgb.de

Seminar Unternehmensstrategie

Das Weiterbildungsseminar der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema Unternehmensstrategie wendet sich an Aufsichtsräte. Es vermittelt die Grundlagen zum Strategieprozess in den Unternehmen sowie zur strategischen Zielplanung und zur strategischen Analyse. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Überwachung der Unternehmensstrategie durch den Aufsichtsrat.

4. und 5. September in Düsseldorf



Anmeldung:

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN

Foto: Franziska Schäfer



Über Geld spricht man doch

AMÉLIE SUTTERER-KIPPING findet, dass die EU-Entgelttransparenzrichtlinie die Durchsetzung der Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen ein großes Stück vorangebracht hat.

Das Gebot des gleichen Entgelts für Frauen und Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit, kurz das Entgeltgleichheitsgebot, ergibt sich aus der grundrechtlich geschützten Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Niemand darf in Bezug auf das Entgelt wegen seines Geschlechts unmittelbar oder mittelbar benachteiligt werden. Das 2017 in Kraft getretene Entgelttransparenzgesetz konkretisiert dieses Gebot und flankiert es mit besonderen Rechten und Pflichten.

Das Gesetz enthält drei zentrale Instrumente: erstens einen individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte, zweitens die Aufforderung an Arbeitgeber, ihre Entgeltstrukturen zu überprüfen, drittens eine Berichtspflicht zum Stand der Gleichstellung und der Entgeltgleichheit. Trotz der längst bestehenden Pflichten lag der Gender-Pay-Gap in Deutschland 2023 bei rund 18 Prozent. Diese unbereinigte Entgeltlücke berücksichtigt keine Unterschiede etwa in den Erwerbsbiografien. Doch auch bei gleicher formaler Qualifikation und ansonsten gleichen Merkmalen beträgt der bereinigte Gender-Pay-Gap noch rund sechs Prozent. Die praktische Bedeutung des Entgelttransparenzgesetzes war bislang außerordentlich gering.

Das ist auch nicht verwunderlich. So unterliegt der Auskunftsanspruch zahlreichen

Einschränkungen: Zum einen greift er erst ab einer Betriebsgröße von mehr als 200 Beschäftigten. Zum anderen besteht er nur, wenn die relevante Vergleichsgruppe mindestens sechs Personen des jeweils anderen Geschlechts umfasst. Bisher haben nur vier Prozent der Befragten in Betrieben und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes mit mehr als 200 Beschäftigten den Auskunftsanspruch geltend gemacht.

Ein weiteres wichtiges Instrument sind die betrieblichen Prüfungen: Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten sind aufgefordert, mit betrieblichen Prüfverfahren ihre Entgeltstrukturen auf die Einhaltung des Entgeltgleichheitsgebots des Entgelttransparenzgesetzes zu überprüfen. Das Gesetz ist an dieser Stelle als bloßer Appell formuliert. Sanktionen für den Fall, dass ein Arbeitgeber der Aufforderung nicht nachkommt, enthält die Vorschrift nicht. Daneben gibt es zwar noch Berichtspflichten zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit für Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten, die zur Erstellung eines Lageberichts verpflichtet sind. Nicht geregelt sind jedoch die Konsequenzen, wenn Arbeitgeber ihrer Pflicht nicht nachkommen.

Am 6. Juni 2023 ist die sogenannte Entgelttransparenzrichtlinie der EU in Kraft getreten. Sie ist innerhalb von drei Jahren in

deutsches Recht umzusetzen. Die Richtlinie macht einige Änderungen des deutschen Entgelttransparenzgesetzes erforderlich – Änderungen, die die Möglichkeiten zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit in Deutschland deutlich erweitern. Der Auskunftsanspruch der Beschäftigten ist nach der Richtlinie nicht mehr auf große Unternehmen begrenzt und von keiner Vergleichsgruppe abhängig. Künftig müssen Arbeitgeber mit mehr als 100 Beschäftigten über geschlechterbezogene Entgeltunterschiede berichten. Ergibt sich daraus ein Gender-Pay-Gap von mehr als fünf Prozent, müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretungen gemeinsam eine Entgeltbewertung durchführen und Abhilfe schaffen. Außerdem sieht die Richtlinie wirksame Sanktionen, insbesondere Bußgelder, für Rechts- und Pflichtverletzungen vor. Auf diese Weise erhöht sie den Druck zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit, die bereits vor mehr als 65 Jahren im EWG-Vertrag versprochen wurde. ■

AMÉLIE SUTTERER-KIPPING ist Referatsleiterin am Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung.

Skeptisch, aber kämpferisch

GEWERKSCHAFTSSOZIOLOGIE Eine Studie über die Ehrenamtlichen der IG Metall offenbart: 80 Prozent von ihnen sind Männer. Viele blicken pessimistisch in die Zukunft – und rechnen damit, dass spätere Generationen es schlechter haben als sie selbst.



Eine Gewerkschaft lebt nicht nur durch den Apparat, sie hat zahlen- und, mehr noch, engagierte Mitglieder. Bei der IG Metall sind rund 70 000 Ehrenamtliche in Betriebsräten und Vertrauensleutkörpern, in Jugend-, Auszubildenden- und Schwerbehindertenvertretungen aktiv. Sie sind das betriebliche Gesicht der Gewerkschaft, kümmern sich um Probleme am Arbeitsplatz,

werben neue Mitglieder und organisieren Aktionen aller Art.

Doch wer genau sind diese Menschen? Ticken die Aktiven im Betrieb vielleicht ganz anders als die Hauptamtlichen? Die IG Metall wollte es genauer wissen und beauftragte das Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen mit einer Studie zu der Frage, mit welcher Haltung und auf der Grundlage welcher Werte die Ehrenamtlichen „Ziele von Wandel und Veränderung“ formulieren.

In zwölf Fallgeschichten stellen die Wissenschaftler einzelne Ehrenamtliche vor, um deren Engagement lebensgeschichtlich zu rekonstruieren. Es wird deutlich, dass neben betrieblichen Erfahrungen viele weitere Faktoren wie die individuelle Sozialisation und das soziale Umfeld prägend wirken. Die Fallgeschichten lesen sich wie biografische Miniaturen, in denen immer auch Perspektiven auf gesellschaftliche Verhältnisse und die gewerkschaftliche Organisation nachgezeichnet werden.

Als Gemeinsamkeit in den Gesellschaftsbildern der ehrenamtlich Engagierten ermittelten die Soziologen „Ansprüche politischer Mitgestaltung und Vorstellungen eines beständig auszuhandelnden gesellschaftlichen Miteinanders“ als „gemeinsame Grundlage des gewerkschaftlichen Engagements der Ehrenamtlichen“. In ihrem Verständnis vom Zusammenleben haben „Aushandlungen und das Ausbalancieren pluraler Interessen und Kräfteverhältnisse entlang demokratischer Verfahren und institutioneller Absicherungen einen zentralen Stel-

lenwert“. Das ist wenig überraschend. Aussagekräftiger sind da die statistisch repräsentativen Ergebnisse von über 1000 Telefoninterviews. Mehr als 80 Prozent der Ehrenamtlichen sind Männer, mehr als die Hälfte der Aktiven (54 Prozent) ist über 50 Jahre alt. Die Altersgruppe der unter 35-Jährigen ist in dieser Gruppe lediglich zu 17 Prozent vertreten, bei den Betriebsratsmitgliedern nur zu 9 Prozent. Von den Ehrenamtlichen verfügen 60 Prozent über eine Berufsausbildung als höchsten Abschluss, gut 15 Prozent sind Akademiker. Auffallend ist die hohe Organisationsbindung: „Ich bin mit Leib und Seele Gewerkschafter“ – dieser Aussage stimmen etwa zwei Drittel der Befragten zu.

Als Gründe für ihr Engagement geben die Ehrenamtlichen vor allem an, dass sie „Ungerechtigkeiten im Betrieb bekämpfen“ und sich für die „soziale Gemeinschaft im Betrieb einsetzen“ wollen. Bezogen auf die Zukunft herrscht Skepsis vor, geht doch eine Mehrheit davon aus, dass es zukünftigen Generationen schlechter gehen wird als der eigenen. Auch die gesellschaftliche Solidarität sieht diese Gruppe im Schwinden begriffen. Die hier formulierte Skepsis schlägt jedoch nicht in Resignation um. Die Zukunft gilt den ehrenamtlich Aktiven als grundsätzlich gestaltbar – auch weil es die Gewerkschaft gibt. ■

Von Dirk Manten

Martin Kuhlmann/Milena Prekodravac/Stefan Rüb/Berthold Vogel: **Gesellschaftsbilder. Die Zukunft gewerkschaftlichen Engagements.** Frankfurt am Main, Campus Verlag 2024. 267 Seiten, 29 Euro

Fazit

DIESES BUCH GEWÄHRT TIEFE EINBLICKE IN DIE BASIS DER IG METALL.

Ein Ziel namens Dilemma



Wir leben in Zeiten des Protests. Friedemann Karig führt durch Theorie und Praxis des Aufbegehrens. Die These, dass Protest wirkt, sobald sich 3,5 Prozent der Bevölkerung – in Deutschland rund drei Millionen Personen – beteiligen, verwirft der Autor. Vielmehr gehe es darum, Bevölkerung und Regierung in ein strategisches Dilemma zu bringen: Wenn sich die Bürgerrechtlerin Rosa Parks weigert, im Bus für einen Weißen aufzustehen, ist ein solches Dilemma erreicht. Wer nicht für Parks

ist, ist gegen sie – und ein Rassist. Erhellend an Karigs Buch ist der Hinweis, dass solche Momente strategisch vorbereitet werden. Sie sind das Ergebnis harter Arbeit. Da der Autor einen wirkungsvollen Protest für mehr Klimaschutz für nötig hält, nehmen die Proteste von Fridays for Future und der Letzten Generation viel Raum ein. Wie wird in Zukunft unser Klima-Dilemma aussehen? ■

Von **Marius Ochs**

Friedemann Karig: **Was ihr wollt**. Wie Protest wirklich wirkt. München, Ullstein Verlag 2024. 190 Seiten, 22,99 Euro

Am Atem der Natur



Der Soziologe Simon Schaupp erinnert uns daran, dass wir in steter Wechselwirkung mit der Natur wirtschaften. Karl Marx bezeichnete diesen Austausch als „Stoffwechsel“; Schaupp lehnt sich daran an und entwirft eine „Stoffwechspolitik“, die Arbeits- und Umweltpolitik zusammen denkt. Die Natur ist autonom und stützt mit ihrem Eigensinn die Emanzipation der Beschäftigten – dieser leicht romantische Gedanke schimmert hier und da durch. Eine harmonische Transformation der Wirtschaft zur Nachhaltigkeit hält Schaupp dabei für „sehr unwahrscheinlich“. Alles läuft auf „weitreichende gesellschaftliche Konflikte“ hinaus. Wir sollen lernen, der Nutzbarmachung der Natur eine „lustvolle Politik der Nutzlosigkeit“ entgegenzusetzen. ■

Von **Kay Meiners**

Simon Schaupp: **Stoffwechspolitik**. Berlin, Suhrkamp Verlag 2024. 422 Seiten, 24 Euro

DREI FRAGEN AN STINA BARRENSCHEEN-LOSTER

Foto: Gerrit Mumme



Die Leiterin der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße hat eine Dissertation über das mittlere Management westdeutscher Großunternehmen geschrieben.

Sie haben den Wandel im Management dreier deutscher Traditionsunternehmen – VW, BMW und Bayer – von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Fall der Mauer analysiert. Welche Erkenntnis war für Sie am erstaunlichsten?

Führungskraft wurde man früher durch Familienhintergründe, Klassenzugehörigkeit oder eine besondere Eignung. Der Habitus bestimmte den Auswahlprozess. Etwa seit den 1960er Jahren wurde es erlernbar, Führungskraft zu sein. So entstand eine neue Klasse. Das Aufkommen der „mittleren Manager“ oder, wie es im deutschen Gesetz heißt, der „leitenden Angestellten“ veränderte vieles.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

In einer Zeit der Internationalisierung und neuer Märkten mussten die deutschen Traditionsunternehmen wettbewerbsfähig sein und nahmen Einflüsse aus den USA auf. Die erste Nachkriegsrezession ab etwa 1966 wurde als ein Schock nach dem ersten Wirtschaftswunder empfunden, dem die Unternehmen mit neuen Managementkonzepten begegneten. Die Zahl der leitenden Angestellten explodierte. In den 1960er Jahren waren es 100 000 bis 150 000, in den frühen 1970er Jahren zwischen 350 000 und 400 000.

Was bedeutet dieser Wandel für die heutige Arbeitswelt?

Es entstand eine arbeitgebernahe Gruppe von Angestellten, für die eine gewerkschaftliche Organisation erst einmal unmöglich war. Diese mittleren Manager rutschten oft in die Position, zwischen der Basis und der Unternehmensführung vermitteln zu müssen, ohne selbst mitbestimmen zu können. Diese Strukturen bestehen oft heute noch. ■

Die Fragen stellte **Marius Ochs**.

Deutsch-deutsche Annäherung



Mit dem Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland wuchsen in den Betrieben der ehemaligen DDR neue Mitbestimmungsstrukturen; die alten Strukturen der Partei- und Massenorganisationen brachen zusammen. Gleichzeitig standen viele Unternehmen vor einem Umbruch. Mit der Wäh-

rungsunion im Sommer 1990 und der Einheit im Herbst desselben Jahres brachen ihnen Absatzmärkte im Osten weg, ohne dass sie auf anderen Märkten Fuß gefasst hätten. Schließungen und Massenentlassungen waren die Folge.

Wie sich die Mitbestimmung unter diesen Vorzeichen neu aufstellte und wie notwendig sie gerade in diesen Zeiten war, zeigt Jacob Warnecke am Beispiel des Stahlwerks Hennigsdorf. In der Studie, die die Hans-Böckler-Stiftung gefördert hat, richtet er den Blick zunächst in die Geschichte zurück bis zur Gründung des Werks Anfang des 20. Jahrhunderts. Arbeitskämpfe, das zeigt dieser Blick zurück, haben eine lange Tradition im Stahlwerk Hennigsdorf. Vor allem der 100-Tage-Streik 1929 und der 17. Juni 1953 sind kollektiv im Gedächtnis geblieben.

Mit der Wende geriet das Stahlwerk in den Strudel des Wettbewerbs, die Treuhand trat auf den Plan, Teile des Werks wurden geschlossen, der Rest verkauft. Für die Interessenvertretung ging es darum, das Überleben des Stahlwerks zu sichern. Dazu musste sie mitten im Umbruch neue Vertretungsstrukturen aufbauen. Bereits Ende 1990 nahmen einzelne Vertreter aus Hennigsdorf Kontakt zur IG Metall in Westberlin auf, 1991 eröffnete die Gewerkschaft ihr Büro in Oranienburg. Der Annäherungsprozess verlief dabei keineswegs einseitig, wie Warnecke feststellt. Westdeutsche Gewerkschaften mussten ihre Instrumente an die Gegebenheiten im Osten anpassen. Am Ende konnten die Betriebsräte nicht alles verhindern, sie konnten aber den Prozess gestalten. Das zeigt nach Einschätzung des Autors, dass sie den Entscheidungen der Treuhand nicht ohnmächtig ausgeliefert waren. Und es zeigt zudem, wie wichtig die Rolle der Gewerkschaften in Zeiten des Umbruchs war und ist. ■

Von Fabienne Melzer

Jacob Warnecke: **Wandel gewerkschaftlicher Praxis im ostdeutschen Betrieb.** Ostdeutsche Transformationsprozesse in den Jahren 1989–1994 am Beispiel des Stahlwerks Hennigsdorf. Study der Forschungsförderung Nr. 489, April 2024

Zeitenwende mit Risiken



Wie die Wirtschaft unter den Vorzeichen von Pandemie, Krieg und Energiepreisschock klimaneutral werden kann und welche Risiken der Wandel birgt, beschreibt der Ökonom Gustav Horn. Während Belastungen etwa durch die CO₂-Abgabe sofort spürbar werden, bleiben zukünftige ökologische Krisen immer noch recht abstrakt. Der notwendige Wandel fordert die Politik heraus, Umbrüche

ohne wirtschaftliche Verwerfungen zu gestalten. Dazu müsste sie weniger auf finanzielle Belastungen wie etwa CO₂-Zertifikate als auf positive Anreize wie die Förderung von Innovationen setzen. ■

Von Fabienne Melzer

Gustav A. Horn: **Wirtschaftspolitik in der Zeitenwende.** Forschungsförderung, Working Paper Nr. 332, April 2024

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?

➡ Besuchen Sie [boeckler.de](https://www.boeckler.de) (Veröffentlichungen).

Fachkräfte am Bau dringend gesucht



Etwa ein Drittel des Energieverbrauchs entfällt in Deutschland aufs Heizen. Wenn Deutschland 2045 klimaneutral sein soll, müssen Häuser und Wohnungen daher energieeffizienter werden. Was das für den Fachkräftebedarf am Bau bedeutet, zeigt diese Studie. Anhand von Förderprogrammen der Bundesregierung und den mit ihnen verbundenen Investitionen ermittelt sie einen zusätzlichen Fachkräftebedarf von 52.000. Der größte Teil – knapp

33.000 Stellen – entfällt auf das Handwerk, eine Branche, die schon heute händeringend Nachwuchs sucht. ■

Von Fabienne Melzer

Jan Ludwig Fries/Andreas Haaf/Katja Hünecke/Sandra Zimmermann: **Fachkräftebedarfe der sozialökologischen Transformation im Wohngebäudesektor.** Working Paper Forschungsförderung Nr. 328, April 2024

DAS POLITISCHE LIED



Soolking: Liberté (2019)

Freiheit, Freiheit, Freiheit
 Sie beginnt in unseren Herzen
 Freiheit, Freiheit, Freiheit
 Sie macht uns keine Angst

FANGESANG DER FREIHEIT

Am 10. Februar 2019 verkündet Algeriens greiser Präsident Abdelaziz Bouteflika, dass er bei den Wahlen im April erneut antreten werde. Da hat er schon 20 Regierungsjahre hinter sich, und in der letzten Zeit ist sich die Öffentlichkeit gar nicht mehr sicher, ob er überhaupt noch in der Lage ist, Regierungsgeschäfte zu führen: Nach mehreren Schlaganfällen sitzt der 82-Jährige im Rollstuhl und kann kaum noch sprechen.

In vier Amtszeiten hat Bouteflika Milliarden an Staatsgeldern außer Landes geschafft. Die Ankündigung seiner erneuten Kandidatur löst Massenproteste aus. Ab dem 22. Februar demonstrieren die Menschen in Algier und anderen großen Städten, immer freitags.

Ein melancholisch-souliger Song mit Akustikgitarre und reduziertem Stolper-Beat im Stil des algerischen Raï begleitet die Demonstrationen, wird an Straßenecken und auf Plätzen gespielt. „Es scheint, dass die Macht käuflich ist“, singt Soolking, einer der größten Popstars Algeriens auf Französisch. Die Macht, „le pouvoir“, damit sind die mächtigen Greise gemeint, die die Geschicke des Landes bestimmen. Weiter singt er: „Wenn ich sage, dass ich mit dir glücklich bin, lüge ich.“

Auf den Demos geht es um mehr als Bouteflikas Kandidatur. Die Proteste richten sich friedlich gegen die Machtelite und fordern mehr Demokratie. Die Bilder von jungen Leuten, die Blumen an Polizisten verteilen, gehen um die Welt. Bis zu einer Million Menschen versammeln sich an manchen Tagen. „Gib mir meine Freiheit zurück, ich bitte dich freundlich“, singt Soolking: Liberté.

Der Ursprung des Songs liegt in der Fußball-Fanzene. „Das Original stammt von Ouled El Bahdja, einer Gruppe, die im Stadion Musik macht“, erklärt Soolking dem Guardian. „Ich habe den Text geschrieben, die Musik mit ihnen ein bisschen bearbeitet, und dann wurde es mehr als ein Stadionsong.“ Mit inzwischen über 380 Millionen Klicks allein auf Youtube ist „Liberté“ mittlerweile einer der meistgestreamten Songs des Landes.

Algerische Fußballfans gelten seit jeher als musikalisch, unabhängig und kreativ. Besonders die Gruppe Ouled El Bahdja, Fans des Hauptstadt-Clubs USM Algier, schreibt lieber eigene Songs, als bekannte Hits umzutexten. Ein lockerer Kreis von rund 20 Mitgliedern trifft sich regelmäßig, um zu komponieren und neue Textideen zu besprechen. Sie nehmen sogar Songs im Studio auf. Ein

erstes Album, das 2013 erscheint, wird gleich zum Hit.

Die USMA-Fankurve gilt seit Jahrzehnten als politisch. Während des Unabhängigkeitskriegs von 1954 bis 1962 starben Dutzende Widerstandskämpfer aus dem Umfeld des Clubs. 1988 nahmen Kundgebungen gegen die Einparteiherrschaft in den Hochburgen der USMA-Fans ihren Anfang. Und während des Bürgerkriegs, der zwischen 1991 und 2002 150 000 Menschen das Leben kostete und mit einem Sieg der Regierungstruppen endete, wurden mehrere Anhänger des Clubs wegen ihrer politischen Lieder verhaftet.

Wenige Tage vor Ablauf seiner Amtszeit erklärt Bouteflika seinen Rücktritt, doch die Proteste gegen „le pouvoir“ gehen danach noch über Monate weiter. ■

Von **Martin Kaluza**

Das Lied hören/ansetzen:



Der Ursprungssong „Ultima Verba“ in der Fankurve:



Dachverband für soziale Gerechtigkeit



<https://www.der-paritaetische.de/>

Vor 100 Jahren gründete sich der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Dachorganisation der Sozialverbände. Aus diesem Anlass hat er seine Website aufgefrischt. Ein Highlight ist die als Zeitstrahl aufbereitete Chronik auf der Startseite: Der Verband gründete sich nach dem Ersten Weltkrieg, als in breiten Bevölkerungskreisen Not und Elend herrschten. Deutlich wird, wie der Verband im Laufe der Zeit neue gesellschaftliche Entwicklungen aufnahm und sich thematisch immer mehr verbreiterte: Ursprünglich war er ein Verband für Einrichtungen der Gesundheits- und Sozialfürsorge, heute gehören zu den über 10 000 Mitgliedsvereinen und -verbänden auch lokale Selbsthilfeorganisationen etwa für Migrantinnen und Migranten, Frauenberatungsstellen und schwul-lesbische Organisationen. Letztere fanden erst in den 1980er Jahren ihren Platz im Verband, nachdem sie in den 1970er Jahren noch abgelehnt wurden.

Der Internetauftritt bietet gute Informationen über die Rolle des Wohlfahrtsverbands. So ist seine Hauptaufgabe die eines Dienstleisters

für seine Mitglieder: Er bietet Rat in fachlichen, rechtlichen und organisatorischen Fragen und hilft beim Durchblick bei den vielen staatlichen Fördermöglichkeiten.

Zu den Themenbereichen gehören unter anderem die Sozial-, Pflege- und Rentenpolitik. Sie sind auf der Seite klar gegliedert, und zu jedem Einzelthema können Interessierte einen Newsletter abonnieren.

Politisch bezieht der Verband klar Position. So lehnt er etwa die von der Ampel-Regierung geplante zusätzliche Aktienrente als extrem risikoreich ab und fordert stattdessen eine Bürgerversicherung. ■

Von **Gunnar Hinck**

Fazit

**GUTER EINBLICK IN EINEN
WICHTIGEN INTERESSEN-
VERBAND**

SOCIAL MEDIA

Für mehr Tarifbindung

Unter dem Motto und Hashtag „#tarifwende jetzt!“ bündeln der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ihre Kampagne für mehr Tarifbindung. Nur noch knapp über 50 Prozent der Beschäftigten in Deutschland profitieren von einem Tarifvertrag. Der DGB mobilisiert nun für eine Kehrtwende. Die konkreten Forderungen an die Politik: Das im Koalitionsvertrag verabredete Tarifreugesetz muss kommen, Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können und Gewerkschaften in Zeiten von Homeoffice die Beschäftigten leichter digital erreichen können. ■

#Tarifwende jetzt

KAMPAGNE

Misstände in der Fleischindustrie

Die EFFAT, der Europäische Verband der Nahrungsmittelin-
dustrie- und Landwirtschaftsgewerkschaften (die deutsche
NGG ist Mitglied), will mit ihrer Kampagne bessere Arbeits-
bedingungen in der Fleischindustrie erreichen. Leiharbeit
und Beschäftigung über Subunternehmen sind in den meis-
ten Ländern immer noch üblich. „Meat the Standards“ hat
diese Ziele: einen höheren Organisationsgrad der Gewerk-
schaften, bessere Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge und
EU-Regeln für verbindliche Standards in der Branche. Unter
anderem auf Youtube finden sich die Kampagnenvideos. ■

#MeatTheStandards

AUS DER STIFTUNG

Alles über Mitbestimmung

Wer Hintergrundinformationen zum Thema Mitbestim-
mung sucht, ist hier genau richtig. Auf dieser Seite bündelt
die Hans-Böckler-Stiftung Statistiken und Aktuelles und
bietet hilfreiche Informationen für Betriebs- und Aufsichts-
räte an. Die Quote der Beschäftigten, die in Unternehmen
mit einem Betriebsrat arbeiten, steigt seit einigen Jahren
wieder an. Interessant ist auch der Blick in die EU-Staaten:
Die Gewichtungen zwischen Gewerkschaften und Betriebs-
räten sind sehr unterschiedlich. In den osteuropäischen Län-
dern – Ausnahme Ungarn – wächst langsam die Bedeutung
der Mitbestimmung. Das nützliche „Praxiswissen Betriebs-
vereinbarungen“ findet sich ebenfalls auf der Seite. ■

<https://www.mitbestimmung.de>



Foto: dropoutcinema

„Ein Traum von Revolution“.

Regie: Petra Hoffmann.
Der Film läuft in den
Programmkinos.



Infos:

FILMTIPP

Traum vom guten Leben

Am 12. November 1985 war es so weit: Mit ihrer Spende von 68,48 Mark überschritt die DGB-Jugend Ortenaukreis die Millionen-DM-Grenze der Spendenliste für Nicaragua um 19,12 Mark.

Die sandinistische Bewegung in diesem mittelamerikanischen Land, die sich in einer Revolution des Diktators Anastasio Somoza entledigt hatte und stattdessen ein gemeinwohlorientiertes Staatswesen etablierte, fand weltweit Unterstützer – und ganz besonders engagierte in der deutschen Gewerkschaftslandschaft: Die Gewerkschaftsjugendlichen investierten die Million unter anderem in die Landarbeiterschule „Donald Guevara“ auf der Insel Solentiname. Monatlich wurde der Stand der Spenden veröffentlicht. Und nicht nur das: Viele junge Menschen aus der Gewerkschaft fuhren als Aufbauhelfer in das Land, ernteten Kaffee und Baumwolle, bauten Schulen, Kindergärten und Zahnarztpraxen.

Über engagierte junge Menschen wie diese berichtet Petra Hoffmann in ihrer äußerst sehenswerten Dokumentation „Ein Traum von Revolution“. Ein Traum, weil man Hoffnung hatte, dass die sandinistische Bewegung unter Revolutionsführer Daniel Ortega Ausgangspunkt sein könnte für die Demokratisierung ganz Südamerikas.

Die Gegenbewegung reaktionärer Kräfte erwies sich jedoch als stark. Die sandinistische Partei wurde nach kriegerischen Auseinandersetzungen jahrelang in die Opposition gedrängt, erlag selbst antidemokratischen Reflexen. Von Gewalt und Vetternwirtschaft ist die Rede und davon, dass die Politik unter Ortega, heute wieder an der Regierung, diktatorische Züge angenommen hat. Vor allem seine weiblichen Weggefährten mussten ins Exil nach Costa Rica, wo sie weiter am Traum arbeiten.

40 Jahre Nicaragua-Solidarität mitsamt auch der aktuellen politischen Entwicklung Nicaraguas fasst die Regisseurin, die selbst bis heute in der Soli-Bewegung aktiv ist, gekonnt und toll erzählt in 90 Minuten zusammen und lässt viele Aktive von damals bis heute zu Wort kommen. ■

Von Jürgen Kiontke

RÄTSEL Modern und vor allem preiswert sollen die Häuser sein, so die Vorgabe der Stadt Dessau an Walter Gropius. Der Bauhaus-Gründer macht sich ans Werk und erschafft 1926 mit der Siedlung Törten einen Prototyp für den sozialen Wohnungsbau.

Von Guntram Doelfs

Foto: Bauhaus-Archiv Berlin 3256/12 / Digitale Retusche: Karsten Schöne





Fünf Kinder, eine Katze und ein Hund – es ist ein unscharfer Schnappschuss aus der Neubausiedlung Dessau-Törten, wo in den 1920er Jahren neue Sozialwohnungen gebaut werden. Der Ort ist ein Versuchslabor für das industrielle Bauen, in dem völlig neue, kostensparende Methoden erprobt werden. Preiswerte Verfahren sind gefragt, denn die Weimarer Republik kämpft mit einer Wohnungsnot.

Schockierend schlicht wirken die 314 Einfamilienhäuser, die hier gebaut werden. Schmucklos, mit Flachdach, an den Fassaden weißer Putz, die Vorsprünge aus grauem Sichtbeton. Horizontale und vertikale Bänder mit schwarzen Stahlfenstern und -türen gliedern die Fassaden. Das markante „Konsumgebäude“ rechts im Bild ist als Zentrum der Siedlung konzipiert.

Entworfen wird die Siedlung von Walter Gropius, dem Direktor des Bauhauses, das zur einflussreichsten Architekturschule der deutschen Moderne werden wird. Dessau-Törten macht er zum Modellprojekt für das industrielle Bauen. Schon 1924 formuliert er sein Credo: „Das neue Ziel“, schreibt er, „wäre die fabrikmäßige Herstellung von Wohnhäusern im Großbetrieb auf Vorrat, die nicht mehr an der Baustelle, sondern in Spezialfabriken in montagefähigen Einzelteilen erzeugt werden.“

In Törten werden die Bauteile teilweise sogar vor Ort hergestellt, überwiegend aus Beton und Schlackensteinen. Rund 10.000 Reichsmark kostet ein Haus mit einer Wohnfläche zwischen 57 und 75 Quadratmetern. Nach einer Anzahlung werden monatlich nur 27 bis 44 Reichsmark zur Tilgung fällig. Damit sind die Häuser, wie von der Stadt Dessau gefordert, für Kleinverdiener bezahlbar. Ein Bauhilfsarbeiter verdient damals durchschnittlich 35 Reichsmark in der Woche.

Die Rationalisierung hat allerdings auch ihre Schattenseiten. In manchen Wohnungen liegen die Fensterbänder so hoch, dass man nicht mehr aus dem Fenster schauen kann. Die schlechte Wärmedämmung durch Stahlfenster und dünne Fassaden treibt die Heizkosten in die Höhe. Dennoch bilden die kubischen Gebäude einen markanten Kontrast zu den üblichen Gartenstädten mit ihrer weniger radikalen Architektur. Törten verkörpert das Industriezeitalter – und ist doch eine grüne Lunge. Alle Häuser verfügen über 350 bis 400 Quadratmeter große Nutzgärten zur Selbstversorgung. ■

Rätselfragen

Das Bauhaus musste 1925 auf politischen Druck seinen Sitz nach Dessau verlegen. In welcher Stadt residierte die Architektenschule vor dem Umzug?

Das Bauhaus musste 1933 auf Druck der Nationalsozialisten schließen. An welchem Institut der Harvard University lehrte Walter Gropius nach seiner Emigration in die USA 1937?

Die Siedlung Törten wurde 1930 mit sogenannten Laubenganghäusern erweitert. Diese gehören seit 2017 zum Weltkulturerbe der UNESCO. Welcher Architekt hat die Laubenganghäuser entworfen?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 25.07.2024** bei uns eingehen, nehmen an der Auflösung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung:

Hans-Böckler-Stiftung
Redaktion Mitbestimmung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Auflösung der Rätselfragen 2/2024

72 / Alnatura / Spiegel

Den 1. Preis hat Magdalena Midden aus Hamburg gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Manfred Loimeier aus Mannheim, Edith Pankratz aus Dortmund und Klaus Dieterle aus Freiburg.

BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



ZU PRO & CONTRA: „SOLLEN SMART STORES AM SONNTAG ÖFFNEN?“ IN AUSGABE 02/2024

9 bis 17 Uhr reicht

Auf Facebook und Instagram geschrieben:

Stephan Seiffert: „In den Niederlanden ist von 9 bis 17:30 Uhr auf. Geht auch und ist viel sozialverträglicher.“

Robert: „Deswegen muss sonntags keiner arbeiten? Wenn wir ehrlich sind, Kassierer ist ein aussterbender Beruf. Verdi sollte sich proaktiv für Fortbildungsmaßnahmen und Änderung des Berufs einsetzen. Es geht immer stärker um Warenmanagement und Kundenservice.“

ZU „AUF AN DIE WAHLURNEN“ IN AUSGABE 02/2024

Wunsch zur Wahl

schrrieb der Berliner Schauspieler **Lorris Andre Blazejewski** auf Instagram:

„Dieses Bekenntnis wünsche ich mir sehr ... Für uns alle.“

ZUM „FILMTIPP: „DIE NEUE ZEIT“ IN AUSGABE 02/2024

Ständiger Wandel

Heinz Rittermeier aus Bochum schrieb:

„Im Ruhrgebiet geht es immer um den Wandel. Dieser wird meist als Abkehr von Kohle und Stahl betrachtet. Bei dieser Betrachtung kommt zu kurz, dass viele Betriebe, die als Ersatz für die Montanindustrie angesiedelt wurden wie Opel in Bochum, heute bereits wieder Vergangenheit sind. Dafür entwickelten und entwickeln sich IT- und KI-Produzenten und Dienstleister wie die auf Wasserstoff basierte Technologie und die Gesundheitswirtschaft zu bedeutenden Branchen im Ruhrgebiet. Übrigens: Die Menschenkette ‚Band der Solidarität‘ fand nicht 1992, sondern 1997 statt.“



ZUR BROSCHÜRE „70 JAHRE“

Kaum Ostdeutsche

Martin Weinhold aus Berlin schreibt:

„Ich lese regelmäßig Ihr Magazin, bin Gewerkschaftsmitglied bei Verdi. Meine Frau war Böckler-Stipendiatin. Ich freue mich, dass es Sie gibt, und gratuliere Ihnen zu 70 Jahren Böckler-Stiftung. Die Broschüre mit den Gratulanten habe ich mir durchgelesen und im Netz recherchiert. Von 21 Personen hat nur eine einen Osthintergrund.“

Ich habe mich daran gewöhnt, dass in den wichtigen Medieninstitutionen des Landes die wesentlichen Positionen immer mit Menschen aus dem Westen besetzt sind. Es ist leider ein Fakt, dass so gut wie alle Firmenzentralen in den westlichen Bundesländern liegen, und es ist leider auch wahr, dass sich dieses Bild in den Gewerkschaften und auch in Ihrer Stiftung wiederfindet. Ich bin Jahrgang 1971, in Ostberlin groß geworden, frühes Mitglied der Bürgerbewegung gewesen. Meistens ist es mir egal geworden, dass der Blick aus dem Osten kaum vorkommt, dass wir in den wichtigen gesellschaftlichen Positionen sehr selten vertreten sind, aber manchmal ärgert es mich doch noch – wie in diesem Fall.“



ZU „MEHR SCHEIN ALS SEIN“ ÜBER PREKÄRE JOBS IM ONLINEHANDEL IN AUSGABE 01/2024

Ausbildung fördern

Sandra Uhling schrieb auf Facebook:

„Wieso gibt es keine Kampagnen von IHK oder Handwerkskammer zu Ausbildungen? Für viele in prekären Arbeitssituationen könnte das sehr interessant sein. Das sollte auch staatlich gefördert werden. Man ist nie zu alt für eine Ausbildung.“

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!
redaktion@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Geschäftsführerin:

Claudia Bogedan

Redaktion:

Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139

Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titeltchemas: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktion dieser Ausgabe: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktionsassistenz: Angelika Söhne, Eva Quenzel

Telefon: 0211/77 78-147

E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Grafik/Layout/Produktion/Lithographie:

Signum communication GmbH, Heidelberg,

Nadine Bernhardt, Oliver Weidmann, Jutta Stuhlmacher,

Anja Daum

Titelfotos: Getty Images, Jens Volle, Stephan Pramme

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:

foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:

Über das Extranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:

Bund-Verlag GmbH

Telefon: 069/79 50 10-96

E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz

Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Magazins Mitbestimmung. Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:

www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



BPC-165FF

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 4 | August 2024

Investitionen

In manchen Schulen tropft es durch die Decke, einige Brücken hält nur noch der Rost zusammen, und ein Tag ohne Zugverspätung ist so wahrscheinlich wie ein Sechser im Lotto. Auf rund 600 Milliarden Euro schätzen Forschende des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) die Investitionen, die allein der Staat in den kommenden zehn Jahren in Infrastruktur und Wirtschaft stecken müsste. Auch wenn die Summe gigantisch klingt, in ihrer gemeinsamen Studie kommen die beiden Institute zu dem Schluss, dass die öffentliche Hand sie tragen kann. Doch nicht nur der Staat ist gefordert, auch für Unternehmen gibt es viel zu tun. Was sind die größten Baustellen, wo wird schon investiert, und welche Voraussetzungen muss die Politik schaffen, damit Staat und Wirtschaft investieren?

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147

redaktion@boeckler.de

magazin-mitbestimmung.de



FLUGHAFEN FRANKFURT, HUGO- ECKENER- RING 1, 60547 FRANK- FURT AM MAIN

Joachim Linck (60) lebt mit seiner Frau in Wiesbaden. Er kontrolliert das Gepäck der Gäste auf Passierflügen.

Von **Andreas Schulte**
Foto **Karsten Schöne**

„Fachkraft für Luftsicherheit war bestimmt nicht mein Kindheits-
traum, aber ich mache diesen
Job dennoch gerne. Früher war ich mal Lkw-
Schlosser und dann Informatiker. Aber ab
einem gewissen Alter wird es als Informatiker
schwieriger, etwas zu finden. So bin ich nach
einem Hinweis des Arbeitsamtes vor gut 15
Jahren hier gelandet und kontrolliere nun
Passagiere und deren Gepäck.“

Von außen betrachtet, unterschätzen viele
Menschen unsere Arbeit: Wir tragen zum
einen viel Verantwortung für die Luftsicher-
heit. Letztlich sind wir die erste Stufe der
Terrorabwehr. Zum anderen brauchen wir
viel Einfühlungsvermögen, um mit den un-
terschiedlichsten Menschen umzugehen. Für
die Passagiere sind wir zunächst einmal ein
Störfaktor auf ihrem Weg zum Flug. Hinzu
kommt, dass die Zahl der Fluggäste zunimmt.
Wir kriegen zwar neue Technik, die die Ab-
läufe vereinfacht, wie zum Beispiel 3-D-Scan-
ner, aber insgesamt werden die Abläufe

schneller, was auch unsere Schlagzahl erhöht.
Es war hier mal gemütlicher.

Es reicht nicht, nur einfühlsam zu sein.
Wir müssen zudem äußerst aufmerksam und
sorgfältig vorgehen, um am Monitor, per Ab-
tasten oder beim Durchsuchen von Taschen
wirklich alles zu finden, was nicht ins Flug-
zeug gehört. Ich habe im Handgepäck schon
eine Steinschleuder, Messer und eine Hand-
granatenattrappe gefunden. Damit wir wach-
sam bleiben, wechseln wir diese Aufgaben alle
20 Minuten.

Viele Kolleginnen und Kollegen stören die
Schichtarbeit und die vielen Kontrollen unse-
rer Arbeit durch den Arbeitgeber. Dafür geben
sich Beschäftigte als Passagiere aus und testen
zum Beispiel, ob wir alle Flüssigkeiten aus
dem Handgepäck fischen. Außerdem fehlt uns
Personal. Dabei wäre es leicht, den Arbeits-
platz attraktiver zu machen. Teilzeitbeschäf-
tigte kommen bei uns nicht auf genügend
Stunden, um Zuschläge zu erhalten. Hier
brauchen wir mehr Vollzeitverträge.“ ■



FILL
_THE

GAP

19. SEPTEMBER 2024
BERLIN UND DIGITAL

LABOR.A[®] 2024: FILL THE GAP

Lücken prägen die Auseinandersetzungen um die Transformation: Lücken im politischen Diskurs, im Finanzplan, in sozialen Fragen. Über diese Leerstellen und darüber, wie sie sich füllen lassen, will die Hans-Böckler-Stiftung auf der diesjährigen LABOR.A in Berlin diskutieren. Am 19. September lädt sie zum Austausch über eine

demokratische, von Fairness und Nachhaltigkeit geprägte Arbeits- und Wirtschaftswelt ein. Die Teilnahme ist sowohl live vor Ort als auch digital möglich.

Die Anmeldung zur Veranstaltung wird im Laufe des Sommers freigeschaltet.

PODCAST „GESCHICHTE WIRD GEMACHT“

Als Arbeitnehmer*innen haben wir Rechte. In dem neuen Podcast „**Geschichte wird gemacht.** **Erinnern. Verstehen. Gestalten.**“ zeigen wir, wie die Gewerkschaften als tragende Säulen der Demokratie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle erkämpft haben und wie wir heute davon profitieren – aber auch, wo noch Luft nach oben ist.

Viertagewoche, mitbestimmtes Arbeiten, innere Kündigung – die Frage, wie wir arbeiten und wie wir leben wollen, treibt uns um. Während wir darüber nachdenken, was sich ändern sollte, lohnt sich der Blick zurück: Was haben wir eigentlich schon dazugewonnen und wie kann es von hier aus weitergehen?

Überall da,
wo es Podcasts gibt!

